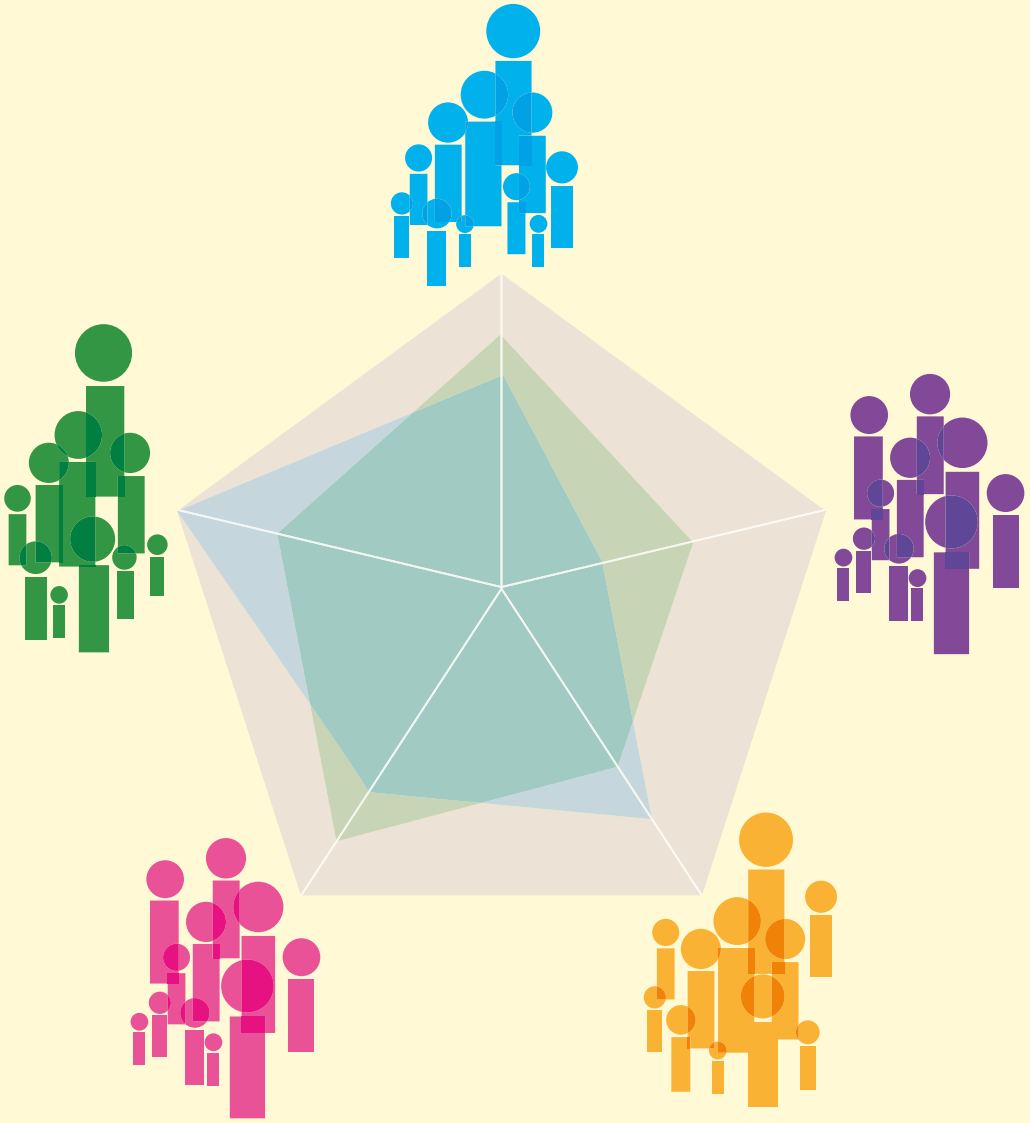
Integration gelungen?

Die fünf größten Zuwanderergruppen in
Baden-Württemberg im Generationenvergleich



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR INTEGRATION

Integration gelungen?

Die fünf größten Zuwanderergruppen in Baden-Württemberg im Generationenvergleich

Ergebnisse einer Mehrthemenbefragung

im Auftrag des

Ministeriums für Integration Baden-Württemberg

Universität Konstanz

Patrick Fick, Thomas Wöhler, Claudia Diehl, Thomas Hinz

Unter Mitarbeit von: Sven Kristen, Anna Stein, Wiebke von Wietersheim

Konstanz, 2014

Zentrale Ergebnisse

- Dem Bericht „Integration gelungen?“ liegt eine **einmalige und reichhaltige Datenbasis** zugrunde: In ganz Baden-Württemberg wurden insgesamt 2.566 Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Italien, der ehemaligen Sowjetunion und Polen sowie – zu Vergleichszwecken – 500 Deutsche ohne ausländische Wurzeln zu einem breiten Spektrum an Lebens- und Einstellungsbereichen telefonisch befragt. Vielen bislang nur wenig erforschten Themenbereichen, wie etwa der Vereinspartizipation, wurde dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Neu ist an dem Bericht vor allem, dass **drei Generationen von Migrantinnen und Migranten** befragt wurden – diejenigen, die ihr Land verlassen haben, die in Deutschland geborenen Kinder Zugewanderter sowie diejenigen, deren Großeltern bereits nach Deutschland eingewandert sind. Diese verschiedenen Gruppen von Personen mit ausländischen Wurzeln werden im Bericht an vielen Stellen mit Einheimischen – also Personen ohne ausländische Wurzeln – verglichen.

- Über alle Gruppen und Themen betrachtet finden sich deutliche Anzeichen für **eine im Generationenverlauf ansteigende Integration** im Sinne einer zunehmenden sozialen Einbindung in die deutsche Gesellschaft. Hinweise auf eine Abkehr von Deutschland oder zunehmende Distanzen zwischen den Wertorientierungen von Personen mit und ohne ausländische Wurzeln lassen sich an keiner Stelle des Berichts finden. Allerdings können je nach betrachteter Generation, Herkunftsgruppe und je nach Integrationsbereich einige Unterschiede festgestellt werden.

- Im Bereich der Sprache und der sozialen Kontakte zeichnet sich ein besonders klares Bild einer zunehmenden Annäherung an die Einheimischen ab: Die dritte Generation hat eher deutsche Freunde, verbringt mehr Zeit mit Einheimischen, identifiziert sich stärker mit Deutschland und fühlt sich weniger ausgegrenzt. Auch die tatsächliche Bindung an das Herkunftsland, gemessen etwa über Reisen dorthin, nimmt im Generationenverlauf ab. Der ganze **Bereich der Einstellungen, Normen und Werte widersetzt sich stärker dem generationalen Wandel**. Dies hat vermutlich viel damit zu tun, dass dieser Bereich innerhalb der Familie oft „verteidigt“ und stabilisiert wird.

- Abgesehen von diesen allgemeinen Tendenzen finden sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Herkunftsgruppen – darunter sind auch einige „Überraschungen“. Die **Gruppe der Türkischstämmigen** zeichnet sich in einigen Dimensionen durch eine größere Differenz zu den anderen untersuchten Herkunftsgruppen aus. Die Werte-Distanz scheint für sie größer, bei zugleich hoher Verbreitung einer gleichzeitigen Identifikation mit dem Her-

kunfts- und Zuwanderungsland und bei anhaltenden Bindungen an die eigene Herkunftsgruppe auch in den Folgegenerationen, etwa im Bereich der Sprache. Hinweise auf eine Marginalisierung im Sinne einer „doppelten" Entfremdung von der Herkunftsgesellschaft und der deutschen Gesellschaft oder für eine bewusste Abschottung von Letzterer lassen sich aber keine finden. Die Türkischstämmigen weisen allerdings von allen Gruppen am ehesten ein „besonderes" Integrationsmuster auf. Dieses zeichnet sich dadurch aus, dass bestimmte Formen der Teilhabe – politische Partizipation, soziale Unterstützung, Identifikation mit dem Zuwanderungsland – für diese Gruppe offenbar über einen anderen Weg erfolgen als für andere hier betrachtete Gruppen. Es finden sich Hinweise darauf, dass Integration hier auch unter Beibehaltung von Charakteristiken der eigenen ethnischen Gruppe stattfindet.

- Im Generationenverlauf zeigen vor allem die Personen mit Wurzeln im **ehemaligen Jugoslawien** und – nicht ganz so eindeutig – die **Italienischstämmigen** in vielen Bereichen eine fast linear zunehmende Ähnlichkeit mit den Einheimischen. Zu diesem Grundmuster gibt es allerdings wichtige Ausnahmen, die leicht aus dem Blick geraten, wenn man an das Thema Integration mit der Vorannahme herangeht, dass diese einen Automatismus darstellt. So weisen die Italienischstämmigen im Bildungsbereich immer noch einen deutlichen Abstand zu den Einheimischen auf, dies gilt auch für Angehörige der zweiten und dritten Generation. Im Bereich der politischen Partizipation zeigt sich ein ähnliches Muster. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die zweite und dritte italienischstämmige Generation zu einem höheren Anteil als die Angehörigen anderer Herkunftsgruppen in binationalen Elternhäusern aufgewachsen ist. Im Hinblick auf andere Aspekte von Integration, etwa dem Bereich der Sprachverwendung und -kompetenz, ähneln die Italienischstämmigen allerdings mehr den **Zuwanderern aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens, die im Generationenverlauf das wohl klarste Muster zunehmender Integration zeigen**.

- Zuwanderer aus dem Gebiet der **ehemaligen Sowjetunion und aus Polen** zeigen bereits in der ersten Generation viel Ähnlichkeit mit den Einheimischen, was schon damit beginnt, dass in der zweiten Generation fast alle die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Allerdings ist nur eine Minderheit von ihnen ausschließlich deutschsprachig aufgewachsen und ein vergleichsweise hoher Anteil spricht innerhalb der Familie und des Freundeskreises weiterhin auch die Herkunftssprache. Im Bereich der Werte nimmt die zweite polnischstämmige Generation eine deutlich stärkere Vereinbarkeit zwischen den Werten des Herkunftslandes und Deutschland wahr als die Nachkommen der Einwanderer aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. In vielen anderen Bereichen verfügen diese beiden Gruppen – die, nicht zu vergessen, eine völlig

andere Migrationsgeschichte nach Deutschland aufweisen – über viel Ähnlichkeit zu Zuwanderern aus Italien und dem ehemaligen Jugoslawien.

Rechtlicher Status und Einbürgerung

- Obwohl im Generationenverlauf ein immer größerer Anteil der Personen mit ausländischen Wurzeln im Besitz des deutschen Passes ist, sind verhältnismäßig **viele Befragte auch in der dritten Generation noch nicht eingebürgert**. Die niedrigste Einbürgerungstendenz weisen Befragte mit italienischen Wurzeln auf, die höchste diejenigen mit türkischen Wurzeln. Bei den (noch) nicht Eingebürgerten werden als Gründe für den unterbliebenen Erwerb des deutschen Passes fehlende Vorteile, die erzwungene Aufgabe der Staatsbürgerschaft des Herkunftslands sowie die unabhängig von der Einbürgerung bestehende gesellschaftliche Ausgrenzung genannt. Es dürfte für die künftige Entwicklung von großer Bedeutung sein, wie die derzeit geplanten Gesetzesänderungen im Staatsbürgerschaftsrecht gestaltet werden. Sollte zukünftig die doppelte Staatsbürgerschaft generell ermöglicht werden, dann dürfte sich dies vor allem auf die Gruppe derer auswirken, die bereits über eine Einbürgerung nachgedacht haben; je nach Gruppe und Generation sind dies ein Fünftel bis ein Drittel der Befragten aus der Türkei, dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und aus Italien.

- Personen mit ausländischen Wurzeln geben häufiger an, **Deutschland für einige Zeit oder dauerhaft verlassen zu wollen** als Einheimische, dies gilt insbesondere für Türkischstämmige und Befragte mit einem höheren Bildungsabschluss. Dabei gilt zu beachten, dass Personen mit Kontakten ins Ausland oder Auslandserfahrungen sich generell eher vorstellen können, eine Weile im Ausland zu leben und Personen mit Migrationshintergrund daher im Hinblick auf das Thema Auswanderung eine besondere „Risikogruppe“ darstellen.

Bildung und Arbeit

- **Bildung ist zentral für die langfristigen Chancen im Lebensverlauf** und den gesamten Integrationsprozess. Interessant sind die Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen: Nicht nur die Befragten mit türkischen Wurzeln, sondern auch diejenigen italienischer Herkunft haben auch in den Folgegenerationen vergleichsweise geringe Bildungsabschlüsse. Bei den Personen mit polnischen Wurzeln ist das formale Bildungsniveau in der ersten Generation höher als bei anderen Herkunftsgruppen, die zweite Generation ist diesbezüglich allerdings weniger erfolgreich. Bemerkenswert ist, dass Personen mit ausländischen Wurzeln ambitionierter sind als

Einheimische, was ihre Bildungsziele anbetrifft. Es mangelt also keinesfalls an Interesse für Bildung, vielmehr scheint es Probleme bei dessen Umsetzung zu geben.

- Im Generationenverlauf ist eine deutliche **Verschiebung der Anteilswerte von Arbeiter- hin zu Angestelltenpositionen** erkennbar. In der zweiten, erst recht aber in der dritten Generation, sind die Unterschiede zwischen Befragten mit ausländischen Wurzeln und Einheimischen in der beruflichen Stellung und damit auch hinsichtlich des beruflichen Prestiges nur noch marginal. Bei den **beruflichen Bildungsabschlüssen zeigen sich indes teilweise deutliche Abstände zu den einheimischen Befragten**. Zwar erreichen die Personen mit ausländischen Wurzeln im Generationenverlauf häufiger höhere berufliche Abschüsse, insbesondere bei Türkischstämmigen ist der Abstand zu den Einheimischen jedoch nach wie vor ausgeprägt. Einem Drittel der von dem Problem der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse Betroffenen sind ihre Zertifikate überhaupt nicht anerkannt worden. Diese Erfahrung machten offenbar besonders häufig die mit höheren Bildungsabschlüssen eingewanderten Türkischstämmigen sowie Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion.

Sprachliche Potenziale

- Eltern mit ausländischen Wurzeln ist es nahezu ausnahmslos wichtig, dass ihre Kinder Deutsch lernen. Gleichzeitig ist **Zweisprachigkeit für die meisten Befragten gelebte Realität**, selbst wenn diese in Deutschland geboren sind. Von den Angehörigen der zweiten Generation sind rund 10 bis 20 Prozent nicht mit Deutsch aufgewachsen. Dies unterstreicht die Bedeutung außerfamiliärer Gelegenheiten Deutsch zu lernen. Auffällig ist, dass die Angehörigen der zweiten und dritten Generation mit türkischen Wurzeln ihre eigenen Deutschkenntnisse zu einem höheren Anteil nur als mittelmäßig einschätzen als die Befragten anderer Herkunftsgruppen.

  Die **Selbsteinschätzung der Kenntnisse in der Herkunftssprache nimmt im Generationenverlauf ab**. Bei den Türkischstämmigen wird auch in der dritten Generation das Erlernen der türkischen Sprache als wichtig eingeschätzt, während dieser Anteil in den anderen Herkunftsgruppen im Generationenverlauf deutlich zurückgeht. Die Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen ähneln hinsichtlich ihres Interesses an der Bewahrung der Herkunftssprache den Italienischstämmigen und den Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien: bei ihnen lässt das Interesse einer Weitergabe der Herkunftssprache im Generationenverlauf stärker nach.

Geteilte Werte und Einstellungen

- Die **Vereinbarkeit der Werte** des eigenen Herkunftslands und Deutschlands wird von allen Zuwanderergruppen außer den Türkischstämmigen der ersten und zweiten Generation höher eingeschätzt als von den Befragten ohne ausländische Wurzeln. Auch bei den türkischstämmigen Befragten ist aber ein klarer ansteigender Trend im Generationenverlauf erkennbar: In der dritten Generation schätzen die Türkischstämmigen die Vereinbarkeit der Werte ähnlich gut ein wie die Befragten ohne Migrationshintergrund.

- Verlässt man die Ebene der eher abstrakten allgemeinen Wertevereinbarkeit und betrachtet stattdessen konkrete wertbezogene Ansichten, etwa über die **Gleichberechtigung der Geschlechter**, verringern sich die Unterschiede zwischen Personen mit und ohne ausländische Wurzeln. Alle Generations- und Herkunftsgruppen unterstützen die Gleichstellung der Geschlechter in einem Maße, das an das Niveau der einheimischen Befragten heranreicht. Die ermittelte Unterstützung ist auch in der Gruppe der Türkischstämmigen nur geringfügig geringer als in den anderen Herkunftsgruppen. Allerdings gibt es innerhalb der Generations- und Herkunftsgruppen größere geschlechtsspezifische Unterschiede: In der Tendenz erreichen Frauen mit ausländischen Wurzeln höhere Zustimmungswerte zur Geschlechtergleichstellung als die Männer der jeweiligen Gruppe, bei den Einheimischen unterscheiden sich Männer und Frauen hingegen kaum.

Religiöses Leben

- Die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft unterscheidet sich im Anteilswert kaum zwischen den Herkunftsgruppen und auch der **Besuch religiöser Veranstaltungen** ist bei den verschiedenen Herkunftsgruppen ähnlich hoch bzw. niedrig wie bei der einheimischen Vergleichsgruppe. Diesbezüglich zeigen sich allerdings zwei wichtige Ausnahmen: Die türkisch- und polnischstämmigen Einwanderer – beides Einwanderergruppen aus Gesellschaften, die stärker durch Religion geprägt sind als die deutsche Gesellschaft – nehmen insgesamt und auch noch in der zweiten und dritten Generation regelmäßiger an religiösen Veranstaltungen teil.

- Die **subjektive Religiosität** ist dagegen nur für die türkischstämmigen Einwanderer auch in der zweiten Generation vergleichsweise hoch, hier stellen die **Personen mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion die säkulare „Gegengruppe" dar.** Insgesamt lässt sich über alle Indikatoren hinweg kein klarer Trend hin zu einer Säkularisierung im Generationenverlauf ablesen.

- Die **Haltung gegenüber Muslimen in Deutschland** schätzen annähernd alle Gruppen als weder besonders schlecht noch als besonders gut ein; allerdings ist diesbezüglich die Gruppe der türkischen Einwanderer pessimistischer eingestellt. Der Aussage, dass sich die Haltung gegenüber Muslimen in den letzten zehn Jahren verschlechtert habe, stimmt ein recht hoher Anteil von 40 Prozent aller Befragten und 50 Prozent der Türkischstämmigen zu. Von denjenigen Befragten, die sich eine Meinung zum **nicht-christlichen Religionsunterricht** in Schulen gebildet haben, unterstützt die Mehrheit die Einrichtung solcher Angebote. So würden es 60 Prozent der Einheimischen und 59 Prozent der nicht-muslimischen Befragten befürworten, wenn baden-württembergische Schulen Religionsunterricht auch für nicht-christliche Konfessionen anböten, bei den muslimischen Befragten gilt dies für 86 Prozent. Nur eine Minderheit lehnt islamischen Religionsunterricht oder jeglichen Religionsunterricht an Schulen ab.

Soziale Netzwerke

- Für alle Herkunftsgruppen sind **soziale Kontakte zu Personen ohne ausländische Wurzeln** – im Freundeskreis, in der Nachbarschaft oder bei der Arbeit – in der Regel selbstverständlich. Nur drei Prozent der befragten Personen mit ausländischen Wurzeln haben keinen Kontakt zu Einheimischen. Von der ersten zur zweiten Generation steigt zudem der Anteil derjenigen, die mit einer **einheimischen Partnerin bzw. einem einheimischen Partner** zusammenleben. Bei den Türkischstämmigen liegt dieser Anteil bei rund 25 Prozent, bei den übrigen Herkunftsgruppen bei rund 50 Prozent. Für die dritte Generation lässt sich hier kein klares Muster ausmachen. Einheimische haben in 19 Prozent der Fälle einen Partner mit ausländischen Wurzeln.

- Die gesellschaftliche Bedeutung sozialer Kontakte rührt auch daher, dass sie eine wichtige **Quelle der Unterstützung** darstellen. Es wurde daher auch gefragt, ob die Befragten jemanden kennen, von dem sie sich im Krisenfall Geld leihen bzw. rechtlichen Rat holen können. Im Hinblick auf private finanzielle Unterstützung scheinen die betrachteten Generations- und Herkunftsgruppen gegenüber Einheimischen benachteiligt zu sein, allerdings nehmen die Unterstützungspotenziale im Generationenvergleich zu. Beim rechtlichen Rat sind die Ausgangsunterschiede kleiner und auch hier ist eine Zunahme des Unterstützungspotenzials erkennbar. Auffallend ist, dass bei den **Türkischstämmigen die Quelle der Hilfeleistung häufiger in der eigenen Herkunftsgruppe** zu finden ist als bei den anderen Herkunftsgruppen. Auch bei ihnen steigt im Generationenverlauf der Anteil derer, die jemanden um Rat fragen können. Dies wird

vor allem dadurch verursacht, dass ein zunehmend stärkeres familiäres Netzwerk aufgebaut werden kann.

Bürgerschaftliches Engagement

- Angehörige der ersten und zweiten Generation mit ausländischen Wurzeln sind weniger häufig **in Vereinen und Organisationen aktiv** als Einheimische, diese Unterschiede verringern sich jedoch in der dritten Generation. Ein knappes Drittel der in Vereinen aktiven Befragten hat mindestens ein Ehrenamt oder eine Leitungsfunktion inne. Ganz überwiegend sind die Personen mit ausländischen Wurzeln dabei gemeinsam mit einheimischen Mitgliedern aktiv. „Ethnische Vereine" spielen lediglich bei Personen mit Wurzeln in der Türkei sowie im ehemaligen Jugoslawien eine stärkere Rolle. Dies kann vor allem auf die Partizipation im religiösen Bereich zurückgeführt werden. Die **politische Partizipation** der Zuwanderer erscheint kaum niedriger als in der einheimischen Vergleichsgruppe und steigt ebenfalls im Generationenverlauf an. Es zeigen sich keine auffälligen Herkunftsgruppenunterschiede. Die Bereitschaft, sich in Deutschland auch politisch zu engagieren, ist durchaus vorhanden. Es kommt darauf an, Angebote zu schaffen und die Zuwanderer zur Beteiligung einzuladen.

- Hinsichtlich des Interesses an einer **Wahlteilnahme** zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den einzelnen Herkunfts- und Generationsgruppen im Vergleich zu Einheimischen. Auch hier stellen allerdings die Türkischstämmigen insofern eine Ausnahme dar, als sie bei ansonsten gleichen Bedingungen *stärker* als andere Herkunftsgruppen daran interessiert sind, sich an Wahlen zu beteiligen. Auch der **Zusammenhang zwischen der Vereinspartizipation und der politischen Beteiligung** wurde untersucht. Hier zeigt sich für den Indikator Wahlabsicht, dass *nur* die Teilnahme an „deutschen", nicht die an ethnischen Vereinigungen mit einer stärkeren Hinwendung zum politischen System des Aufnahmelandes einhergeht.

Zugehörigkeit, Akzeptanz, Benachteiligung

- Die **Einschätzung der Benachteiligung der eigenen Herkunftsgruppe** ist vor allem in der Gruppe türkischstämmiger Zuwanderer hoch. Bei allen Herkunftsgruppen bleibt die allgemeine Wahrnehmung von Benachteiligung über die Generationen hinweg relativ stabil. So geht beispielsweise nur die Hälfte aller Befragten mit ausländischen Wurzeln davon aus, die gleichen Chancen wie Einheimische auf einen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst zu haben. Auch die **Mehrheitsangehörigen haben ein Problembewusstsein für Benachteiligungen aufgrund**

der Herkunft: Lediglich eine Minderheit geht davon aus, dass Personen ohne deutsche Wurzeln nie schlechter behandelt werden als Einheimische, 40 Prozent der Deutschen sind sogar der Meinung, dies sei oft oder sehr oft der Fall.

- Im Bereich der **persönlichen Erfahrungen mit Diskriminierung** – etwa im Alltag, bei der Suche nach Arbeit oder einer Wohnung sowie im Kontakt mit Behörden – ist eine Abnahme über die Generationen erkennbar. Eine erneute Ausnahme stellen hier allerding die Personen mit türkischen Wurzeln dar, diese Gruppe berichtet über alle drei Generation hinweg deutlich häufiger von Diskriminierungserfahrungen als die anderen Herkunftsgruppen.

- Eine Mehrheit der befragten Personen mit ausländischen Wurzeln fühlt sich Deutschland zugehörig. Die **Identifikation mit Deutschland** ist allerdings bei den türkisch- und italienischstämmigen Befragten geringer als bei den anderen Herkunftsgruppen. Die Eingewanderten dieser beiden Herkunftsländer fühlten sich zudem nach ihrer Ankunft in Deutschland zu einem beachtlichen Anteil nicht willkommen. In der zweiten und dritten türkischstämmigen Generation ist die alleinige Identifikation mit dem Herkunftsland nur noch bei einer nennenswerten Minderheit von rund einem Viertel der Befragten vorzufinden. Insgesamt betrachtet identifizieren sich allerdings auch bei den türkischstämmigen Zuwanderern die meisten Personen mit *beiden* Kontexten. Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen identifizieren sich bereits in der ersten Generation vor allem mit Deutschland und kaum mehr mit ihren Herkunftsländern.

- Personen, die ihre eigene Herkunftsgruppe im Nachteil gegenüber nicht zugewanderten Personen sehen, fühlen sich seltener „eher zu Deutschland“ zugehörig. Ein noch stärkerer **negativer Zusammenhang besteht zwischen der Zugehörigkeit und persönlicher Erfahrung von Benachteiligung im Alltag oder im Kontakt mit Behörden**. Dass Personen mit türkischen Wurzeln deutlich häufiger solche Erfahrungen machen, könnte ein Grund für ihr zumindest teilweise schwächeres Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland sein.

Transnationalismus

- Transnationale Kontakte in die Herkunftsländer sind in allen Gruppen vorhanden, allerdings mit großen Unterschieden. Die **Herkunftsgruppen aus Südeuropa haben deutlich mehr Verbindungen in die entsprechenden Länder als die Zuwanderer aus Osteuropa**. Reisen in das Herkunftsland finden auch in der zweiten Generation noch bei relativ vielen befragten

Personen statt, als hauptsächlicher Grund werden in der ersten Generation Familienbesuche, in der zweiten Generation Urlaub genannt. Finanzielle Transfers zu Verwandten oder Freunden in den Herkunftsländern spielen vor allem in der ersten Generation eine Rolle.

Insgesamt betrachtet lässt sich resümieren, dass die **in Baden-Württemberg lebenden zugewanderten Personen und ihre Nachkommen „angekommen“** sind. In vielen Bereichen wie der Sprache, der sozialen Kontakte, dem Zugehörigkeitsgefühl und der Erfahrungen von Ausgrenzung im Alltag wird die Differenzierung zwischen Einheimischen und Zugewanderten immer unschärfer. Die dritte Generation dürfte bei einigen der betrachteten Gruppen vermutlich die letzte sein, die sich in Befragungen noch sinnvoll identifizieren und abgrenzen lässt. Es gibt allerdings spezifische Bereiche, in denen eine gezielte Integrationspolitik weiterhin gefragt ist. Wie die Ergebnisse zu einzelnen Integrationsbereichen zeigen, sollte sich Integrationspolitik nicht auf eine Gruppe, einen Bereich oder einen Weg zur Integration festlegen, sondern ein offenes Ohr auch für **unerwartete Probleme und Herausforderungen** haben, die im Schatten der oft lauten und oberflächlichen gesellschaftlichen und medialen Debatten auftreten.

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung 12

1. Einheimische, Zuwanderergruppen und Generationen 13
2. Methodik der Befragung 17
3. Profil der Befragten 19
4. Analysestrategie 22

II. Integration im Gruppen- und Generationenvergleich: Ein Überblick .. 23

1. Rechtlicher Status und Einbürgerung 25
2. Bildung und Arbeit 33
3. Sprachliche Potenziale 44
4. Geteilte Werte und Einstellungen 53
5. Religiöses Leben 58
6. Soziale Netzwerke 66
7. Bürgerschaftliches Engagement 73
8. Zugehörigkeit, Akzeptanz, Benachteiligung 81
9. Transnationalismus 94

III. Bedingungen gelingender Integration: Vertiefende Analysen 100

1. Ethnische Netzwerke und Beziehungen zur Aufnahmegesellschaft: Welche Kontakte nützen im Alltag? 102
2. Politische Partizipation: Welche Wege führen zum Engagement? 110
3. Exklusion und Integration: Verhindern Diskriminierungserfahrungen identifikative Integration? 118

IV. Zusammenfassung und Diskussion 126

Abbildungsverzeichnis 138
Tabellenverzeichnis 140
Literaturverzeichnis 141

I. Einleitung

Über 55 Jahre nach dem ersten Abkommen über den Arbeitsaufenthalt ausländischer Arbeitskräfte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien, auf welches weitere Abkommen unter anderem mit Jugoslawien sowie der Türkei folgten, sind Zuwanderung und das Zusammenleben von Personen unterschiedlichster Herkunft in Baden-Württemberg längst zur Normalität geworden. Die vorliegende Studie untersucht als Mehrthemenbefragung den Stand der Integration der fünf größten Zuwanderergruppen in Baden-Württemberg, die zugleich die Geschichte der Migration dieses Bundeslandes widerspiegeln: Personen mit Wurzeln in der *Türkei*, *Italien* und dem *Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens* kamen vor allem als Arbeitsmigranten in den 1950er bis 1970er Jahren nach Baden-Württemberg; ihre Familien folgten ihnen häufig später nach. Darüber hinaus kamen in den 1990er Jahren viele Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland. Der Zuzug aus *Polen* und den *Ländern der ehemaligen Sowjetunion* verstärkte sich zu Beginn der 1990er Jahre mit dem Fall des Eisernen Vorhangs. Längst leben nicht mehr nur diese ersten Zuwanderer in Baden-Württemberg, sondern auch die nachfolgenden Generationen, ihre Kinder und Enkel.

Wie ist es um die Integration all dieser Personen bestellt? Haben die Zugewanderten in Baden-Württemberg eine neue Heimat gefunden, haben ihre Kinder und Enkel mit Benachteiligungen zu kämpfen? Gibt es Abweichungen zwischen den verschiedenen Herkunftsgruppen und was könnten Gründe für Unterschiede im Integrationserfolg sein? Lässt sich eine weiterreichende Integration im Generationenvergleich feststellen, oder geht von Herkunftsland oder -kultur der Vorfahren gerade für die jüngste, in Deutschland geborene Generation eine identifikationsstiftende Kraft aus? Diesen Fragen geht der vorliegende Bericht nach. Dabei kann er sich auf eine einmalige Datenbasis stützen, die nicht nur den Vergleich von Personen mit Wurzeln in den oben genannten fünf Herkunftsländern mit Personen ohne ausländische Wurzeln erlaubt, sondern zusätzlich die Differenzierung zwischen Zuwanderern der ersten, zweiten und dritten Generation ermöglicht.

Mit dem Begriff der *Integration* wird dabei die zunehmende Ähnlichkeit der verschiedenen Herkunftsgruppen mit der Bevölkerung ohne ausländische Wurzeln verstanden, insbesondere im Generationenverlauf. Damit sind keine normativen Implikationen verbunden, es wird also nicht angenommen, dass eine im Generationenverlauf zunehmende Ähnlichkeit

mit der nicht zugewanderten Vergleichsgruppe wünschenswert ist. Für einige Aspekte von Integration ist eine Angleichung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund sicherlich erstrebenswert, man denke etwa an den Bereich der Bildungsabschlüsse oder der Diskriminierungserfahrungen. Für andere Aspekte von Integration ist eine solch normative Vorannahme indes zumindest diskussionswürdig, etwa im Bereich des politischen Interesses, und in wieder anderen Bereichen wäre eine unkritische Bewertung von „Integration", im Sinne einer Angleichung, als positiv geradezu abwegig. Etwa dann, wenn ein nachlassendes Interesse an der Bewahrung der Herkunftssprache als wünschenswert betrachtet wird. Damit wird auch deutlich, dass es nicht *die* Integration gibt, sondern Integrationsprozesse in unterschiedlichen Bereichen ungleichzeitig erfolgen können. Zu beachten ist auch, dass die Angleichung von Zugewanderten an die einheimische Bevölkerung im Zeit- oder Generationenverlauf auch daraus resultieren kann, dass umgekehrt die Einheimischen den Personen mit ausländischen Wurzeln ähnlicher werden. Diese Idee liegt wohl dem Ausspruch *Integration ist keine Einbahnstraße* zugrunde. Anhand der vorliegenden Daten können allerdings über derartige Dynamiken seitens der Einheimischen keine Aussagen gemacht werden.

Integration muss mehrdimensional betrachtet werden. Die nachfolgenden Analysen befassen sich mit unterschiedlichen Aspekten von Integration und deren Beziehungen zueinander. Dies geschieht häufig in vergleichender Perspektive zu Deutschen ohne Migrationshintergrund, um mögliche Besonderheiten besser erkennen zu können.

In den folgenden Abschnitten werden die Datenerhebung, die untersuchten Gruppen sowie die Analysestrategie knapp vorgestellt. In Kapitel II werden dann zentrale Aspekte von Integration im Gruppen- und im Generationenvergleich behandelt, bevor in Kapitel III vertiefende Analysen zu besonders interessanten Fragestellungen im Bereich der Integration präsentiert werden.

1. Einheimische, Zuwanderergruppen und Generationen

Mehr als ein Viertel der Einwohner Baden-Württembergs, genauer 2,9 der 10,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger, haben einen *Migrationshintergrund* (27 %). Sie sind also selbst zugewandert oder haben Eltern bzw. Großeltern, die zugewandert sind; im Bericht wird in

diesem Zusammenhang von *Personen mit ausländischen Wurzeln* die Rede sein. Personen ohne ausländische Wurzeln werden hingegen als *Einheimische* bezeichnet. Von den 2,9 Millionen Bürgerinnen und Bürgern mit ausländischen Wurzeln haben 1,6 Millionen die deutsche Staatsbürgerschaft, 1,3 Millionen sind im rechtlichen Sinne *Ausländer*. Damit hat Baden-Württemberg unter den bundesdeutschen Flächenländern den höchsten Anteil an Einwohnern mit ausländischen Wurzeln. Nach Nordrhein-Westfalen ist es dasjenige Bundesland, in dem in absoluten Zahlen die meisten Personen mit Migrationshintergrund leben (vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013). Für die vorliegende Studie wurden die fünf größten Zuwanderergruppen ausgewählt, dies sind Personen mit Wurzeln in der Türkei, im ehemaligen Jugoslawien, in Italien, in der ehemaligen Sowjetunion und in Polen. Diese wurden ihrerseits nach Zuwanderergeneration differenziert, also danach, ob sie selbst oder ihre Eltern bzw. Großeltern nach Baden-Württemberg zugewandert sind.

Tabelle 1 zeigt die Verteilung der in der vorliegenden Studie befragten Personen mit ausländischen Wurzeln auf die *Generationsgruppen*. Dieser Begriff bezeichnet dabei nicht Personen ähnlicher Geburtskohorten oder die familiäre Generationenfolge Großeltern-Eltern-Kinder. Er benennt den generationalen Abstand zur erfolgten Zuwanderung nach Deutschland.

Die *erste Generation (G1)* ist im Ausland geboren und verfügt somit über eigene Zuwanderungserfahrung, unabhängig davon, ob sie Mitte der 1960er Jahre zugewandert ist oder erst kürzlich.

Befragte der *zweiten Generation (G2)* sind in Deutschland geboren oder so früh nach Deutschland gekommen, dass sie einen Großteil ihrer Sozialisation und die gesamte Schulzeit in Deutschland verbracht haben. Ihre ausländischen Wurzeln und damit ihr Migrationshintergrund werden also zurückgeführt auf ihre Elterngeneration; mindestens ein Elternteil ist nach Deutschland zugewandert.

Diese ausländischen Wurzeln liegen für Angehörige der *dritten Generation (G3)* noch weiter zurück. Hier verfügt mindestens ein Elternteil nicht mehr über eine eigene Migrationserfahrung, sondern ist als Kind zugewanderter Eltern in Deutschland geboren worden.

Eine wichtige und über bisherige Studien hinausgehende Frage ist, ob sich die familiär relativ weit zurückliegende Migration auf die Integration der dritten Generation auswirkt. Bei Personen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen ist diese dritte

Generation noch sehr jung und zahlenmäßig klein. In der vorliegenden Studie wird daher bei den Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen lediglich zwischen der ersten und zweiten Zuwanderergeneration unterschieden.

Eine weitere Differenzierung ist zu beachten: Sowohl in der zweiten als auch in der dritten Generation ist es möglich, dass ein Elternteil keinen Migrationshintergrund hat. Diese Personen aus *binationalen* Elternhäusern werden in den nachfolgenden Analysen gelegentlich eigens betrachtet, da für sie besondere Bedingungen gelten: Wächst etwa ein Kind in einem Elternhaus auf, in dem nur ein Elternteil ausländische Wurzeln hat, könnte dieses Kind es leichter haben, die deutsche Sprache zu erlernen, weil der andere Elternteil und dessen Eltern einheimische Deutsche sind.

Tabelle 1: Überblick über die drei Generationen mit ausländischen Wurzeln

	Erste Generation (G1)	**Zweite Generation (G2)**		**Dritte Generation (G3)**	
			Binational		***Binational***
Geburtsland Deutschland	Nein	Ja bzw. vor dem siebten Lebensjahr zugewandert		Ja	
Migrationsstatus der Eltern	-	G1	Ein Elternteil G1, anderer Elternteil einheimisch	Beide Eltern G2 oder ein Elternteil G2, anderer G1	Ein Elternteil G2, anderer Elternteil einheimisch

Befragungen der dritten Generation sind in der deutschen Migrations- und Integrationsforschung bislang selten und wurden, wenn überhaupt, im schulischen Kontext durchgeführt. Der wohl wichtigste Grund dafür ist, dass sich die *dritte Generation häufig noch im Kindes- oder frühen Jugendalter* befindet. Die für eine Erhebung infrage kommende Gruppe, die mindestens 14 Jahre alt ist und damit schon sinnvollerweise zu eigenen Integrationserfahrungen befragt werden kann, ist *zahlenmäßig sehr klein*. Auch in der amtlichen Statistik, insbesondere dem jährlich durchgeführten Mikrozensus, können aufgrund einer fehlenden gesetzlichen Grundlage Personen der dritten Generation nur unvollständig ausgewiesen werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die eigentliche Identifikation der dritten Generation aufwendig ist, da im Rahmen eines Screenings detailliert Auskünfte über die familiäre Migrationsbiografie erhoben werden müssen. Die vorliegende Mehrthemenbefragung von Einheimischen und Personen mit ausländischen Wurzeln, unter Einschluss der dritten Generation, betritt insofern ein Stück weit Neuland.

In Tabelle 2 sind die 2.566 befragten Personen mit ausländischen Wurzeln getrennt nach Herkunftsland und Generationenzugehörigkeit ausgewiesen. Ziel war es, aus jeder Gruppe eine hinreichend große Zahl an Personen zu befragen, um Herkunftsgruppen und Generationen auf belastbarer Grundlage miteinander vergleichen zu können. Zur Bestimmung der Generationenzugehörigkeit wurden, falls die Person nicht selbst zugewandert ist, das Geburtsland der Eltern sowie aller vier Großelternteile erfasst. Zu beachten ist, dass die hier berichteten Anteilswerte nicht den Anteilswerten der jeweiligen Gruppe in der Gesamtbevölkerung entsprechen. Insgesamt haben 44 Prozent der Befragten eine eigene Migrationserfahrung und zählen damit zur ersten Generation, weitere 43 Prozent sind der zweiten Generation zuzuordnen. Bei den Befragten mit Wurzeln in der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien sowie Italien gehören 20 bzw. 16 oder 28 Prozent zur dritten Generation.

Tabelle 2: Generationen nach Herkunftsland (in Prozent; Fallzahl in Klammern)

	Türkei	Ehem. Jug.	Italien	Ehem. SU	Polen	Gesamt
Erste Generation (G1)	31	39	31	53	70	44
	(169)	(188)	(165)	(263)	(349)	(1.134)
Zweite Generation (G2)	49	46	41	47	30	43
	(267)	(223)	(220)	(237)	(151)	(1.098)
ohne binationale Eltern	*97*	*81*	*62*	*90*	*70*	*82*
	(259)	*(181)*	*(137)*	*(214)*	*(105)*	*(896)*
mit binationalen Eltern	*3*	*19*	*38*	*10*	*30*	*18*
	(8)	*(42)*	*(83)*	*(23)*	*(46)*	*(202)*
Dritte Generation (G3)	20	16	28	/	/	13
	(108)	(77)	(149)	/	/	(334)
ohne binationale Eltern/Großeltern	*98*	*71*	*54*	/	/	*72*
	(106)	*(55)*	*(80)*	/	/	*(241)*
mit binationalen Eltern/Großeltern	*2*	*29*	*46*	/	/	*28*
	(2)	*(22)*	*(69)*	/	/	*(93)*
Gesamt	100	100	100	100	100	100
	(544)	(488)	(534)	(500)	(500)	(2.566)

Quelle: Integration gelungen?; ungewichtet; Fallzahl: 2.566.

In der Tabelle werden zweite und dritte Generation differenzierter ausgewiesen, nämlich danach, ob die Befragten aus binationalen Elternhäusern stammen oder nicht. Je nach Herkunftsgruppe gründen unterschiedlich viele der befragten Personen eine Familie mit Einheimischen. So stammen beispielsweise 38 Prozent der zweiten Generation italienischer Herkunft, d.h. der in Deutschland Geborenen mit einem in Italien geborenen Elternteil, aus binationalen Elternhäusern und haben somit entweder eine einheimische Mutter oder einen einheimischen Vater. Bei den entsprechenden Personen aus der türkischen Herkunftsgrup-

pe kommt dies nur selten vor, nämlich in drei Prozent der Fälle. Selbst in der dritten Generation tritt dieser Fall lediglich bei zwei von 108 türkischstämmigen Befragten auf. Die Verteilung der binationalen Familien nach Herkunftsgruppen steht im Einklang mit entsprechenden Forschungsergebnissen bezüglich interethnischer Partnerschaften in Deutschland, denen zufolge insbesondere Personen mit italienischen Wurzeln und Einheimische häufig Partnerschaften eingehen (vgl. Gonzalez-Ferrer 2006; Schroedter & Kalter 2008). Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass, wie eingangs beschrieben, die Zuwanderung aus Italien schon früher stattgefunden hat als die Zuwanderung aus den übrigen Herkunftsländern. Für Angehörige der italienischen Herkunftsgruppe ergab sich folglich die Möglichkeit, einen deutschen Partner bzw. eine deutsche Partnerin zu finden und eine Familie zu gründen, in der Regel schon deutlich früher. Bei den Zuwanderergruppen mit Wurzeln in Italien, Polen und dem ehemaligen Jugoslawien sind binationale Elternhäuser in der zweiten bzw. dritten Generation relativ häufig, sie sollen daher nachfolgend besondere Aufmerksamkeit finden.

2. Methodik der Befragung

Für die Studie wurden insgesamt 3.066 Personen telefonisch befragt, davon 2.566 mit ausländischen Wurzeln (vgl. Tabelle 2) und als Vergleichsgruppe weitere 500 einheimische Personen. Das weitgehend standardisierte Frageinstrument sowie das komplexe Screening zur Identifikation der Zugehörigkeit zu Herkunfts- und Generationsgruppen wurden von einer Arbeitsgruppe an der Universität Konstanz[1] in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Integration Baden-Württemberg und TNS-Infratest Sozialforschung entwickelt.[2] Um mögliche sprachliche Hürden für eine Befragungsteilnahme niedrig zu halten, wurden die Fragebögen in alle relevanten Sprachen übersetzt. Die Telefoninterviews konnten in Deutsch, Türkisch, Italienisch, Polnisch, Russisch oder Serbokroatisch geführt werden. Für alle fremdsprachigen Interviews wurden muttersprachliche Interviewerinnen und Interviewer eingesetzt.

[1] Prof. Dr. Claudia Diehl, Prof. Dr. Thomas Hinz, Patrick Fick, Thomas Wöhler.

[2] Im Rahmen dieses Berichts können die gewonnenen Informationen nicht alle in der vollen Detailschärfe dargestellt werden. Der umfangreiche Fragebogen kann unter der Rubrik Forschung und Wissenschaft auf den Internetseiten des Baden-Württembergischen Integrationsministeriums (www.integrationsministerium-bw.de) eingesehen werden.

Das der Befragung vorgeschaltete Screening diente zur Erfassung einiger Basisdaten zur Haushaltssituation und vor allem zur detaillierten Bestimmung der Migrationsgeschichte aller Haushaltsmitglieder. Auf Grundlage des Screening-Ergebnisses wurde eine Person des betreffenden Haushaltes zur Teilnahme an der Telefonbefragung eingeladen. Das Screening dauerte im Durchschnitt drei Minuten, das anschließende Interview nahm durchschnittlich 25 Minuten in Anspruch. Der Mittelwert liegt bei den Befragten mit ausländischen Wurzeln höher (26 Minuten) als bei den Einheimischen (19 Minuten), weil unterschiedlich lange Befragungsinstrumente zum Einsatz kamen. Die Durchführung der Befragung oblag TNS-Infratest Sozialforschung. Die Feldzeit umfasste Juli bis Oktober 2013.

Die Grundgesamtheit setzt sich aus in Baden-Württemberg lebenden Personen ab 14 Jahren zusammen, die entweder Wurzeln in einem für die Studie relevanten Herkunftsland haben oder zu den Einheimischen gehören. Die Einheimischen wurden über ein in der Surveyforschung übliches Telefonsample von TNS-Infratest Sozialforschung nach einem Zufallsverfahren ausgewählt. Eine Herausforderung lag in der spezifischen Auswahl von Personen mit Migrationsgeschichte, da es hierfür keine Registerdaten gibt. In den kommunalen Einwohnermeldeämtern ist lediglich die Staatsbürgerschaft der in Baden-Württemberg gemeldeten Personen registriert. Um aber auch eingebürgerte Personen mit ausländischen Wurzeln auswählen zu können, wurde in der vorliegenden Studie ein zweistufiges Auswahlverfahren verwendet: Als Grundlage für die Auswahl der anzurufenden Telefonnummern diente ein sogenanntes *onomastisches Verfahren*, d.h. die Zuordnung von Namen und Namensbestandteilen in zugänglichen Telefonverzeichnissen zu möglichen Herkunftsländern. Die so ausgewählten Telefonanschlüsse wurden als Haushaltsstichprobe verwendet. In jedem Haushalt wurde dann das erwähnte Screening durchgeführt, bei dem für jedes Haushaltsmitglied der Migrationshintergrund erfasst wurde.[3] Dazu wurde die Auskunftsperson nach den Geburtsländern aller Haushaltsmitglieder, sowie deren Eltern und Großeltern befragt. Erst nach dieser Erfassung möglicher ausländischer Wurzeln erfolgte eine Zufallsauswahl der zu befragenden Person im Haushalt. Dieses aufwendige, aber letztlich alternativlose Verfahren ermöglichte es, auch Personen mit einer weiter zurückliegenden Zuwanderungsgeschichte zu erfassen und binationale Haushaltskonstellationen zu identifizieren.

[3] Bei Haushalten größer als vier Personen wurde eine Zufallsauswahl unter den Personen im Haushalt getroffen.

Die Beteiligungsquote lag in der regulären Telefonstichprobe bei 20 Prozent, in der Onomastik-Stichprobe bei 15 Prozent der Nettostichprobe. Dabei variierte die Quote bei den Herkunftsländern zwischen 18 Prozent bei Personen der jugoslawischen Herkunftsgruppe und 13 Prozent bei Personen der türkischen Herkunftsgruppe. Das Erhebungsdesign legt eine nachträgliche Gewichtung der Befragten für die deskriptiven Auswertungen nahe. Die Referenz für die Gewichtung ist eine Sonderauswertung des Mikrozensus 2011 für Baden-Württemberg und beruht auf folgenden drei Schritten: Ausgleich der unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten von Personen der ersten Generation gegenüber der zweiten bzw. dritten Generation und Umwandlung von einer Haushaltsstichprobe zu einer Personenstichprobe (1); Gewichtung der befragten Personen nach Alter, Geschlecht und Bildung (2); Ausgleich der unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten von Angehörigen der unterschiedlichen Herkunftsgruppen (3).

3. Profil der Befragten

Die jeweiligen Herkunftsgruppen unterscheiden sich bereits hinsichtlich der Migrationsmotive, die in Tabelle 3 für die Personen mit eigener Migrationserfahrung aufgeführt sind (vgl. Han 2005). Bei Migrantinnen und Migranten aus der Türkei und aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens dominieren familiäre Zuwanderungsgründe, dazu zählt der Zuzug zu Familienangehörigen, die bereits in Deutschland leben, ebenso wie die gemeinsame Migration mit einer Partnerin oder einem Partner.

Tabelle 3: Zuwanderungsgründe der ersten Generation (Mehrfachantworten; in Prozent)

	Türkei	Ehem. Jug.	Italien	Ehem. SU	Polen	Gesamt
Ökonomische Gründe	32	25	47	10	29	27
Familiäre Gründe	60	41	41	65	47	51
Politische Gründe	4	25	5	11	17	13
Wunsch	1	6	3	6	5	4
Sonstiges	8	14	12	22	17	15
Fallzahl	*166*	*182*	*163*	*253*	*340*	*1.104*

Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Es gibt ja unterschiedliche Gründe nach Deutschland zu ziehen. Könnten Sie mir bitte sagen, welche Gründe es bei Ihnen waren?“ (Mehrfachantworten möglich); Gründe wurden nicht vorgelesen und wie folgt codiert: *Ökonomische Gründe* (um arbeiten gehen oder Geld verdienen zu können; Bildungs-/Ausbildungssituation im Herkunftsland nicht gut; Arbeitslosigkeit im Herkunftsland; vom Arbeitgeber geschickt), *Familiäre Gründe* (Familiennachzug; Gemeinsame Zuwanderung mit Familienangehörigen; Rat von Freunden oder Familie), *Politische Gründe* (Unzufriedenheit mit politischem System/Keine Zukunftsperspektive mehr/Umweltbedingungen im Herkunftsland; Verfolgung), *Wunsch* (in Deutschland zu leben), *Sonstiges*; gewichtet; Fallzahl: 1.104.

Darüber hinaus spielen auch ökonomische Gründe bei diesen beiden Gruppen eine wichtige Rolle. Ökonomische Gründe erfassen in der vorliegenden Stichprobe hauptsächlich Personen, die zur Arbeitsaufnahme nach Deutschland gekommen sind oder einer Ausbildung oder einem Studium nachgehen bzw. nachgegangen sind.

Der relativ hohe Anteil von Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die aus politischen Gründen nach Deutschland gekommen sind, erklärt sich mit der Aufnahme von Flüchtlingen in Folge der beiden Balkankriege in den 1990er Jahren. Bei den italienischstämmigen Migrantinnen und Migranten dominieren ökonomische Zuwanderungsgründe, darunter ganz überwiegend die Aufnahme von Arbeit, gefolgt von familiären Motiven. Die erste Generation aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gab in 65 Prozent der Fälle an, ebenfalls aus familiären Gründen nach Deutschland gekommen zu sein. Sowohl bei dieser Gruppe als auch bei den Migrantinnen und Migranten aus Polen gaben darüber hinaus relativ viele Befragte nicht näher bestimmte „sonstige“ Zuwanderungsgründe an. In beiden Gruppen dürften nicht selten Aussiedler und Spätaussiedler anzutreffen sein, die als ethnische Deutsche im Ausland oder in ehemals deutschen Gebieten geboren wurden und in späteren Jahren nach Deutschland gekommen sind (vgl. Geißler 2014). Zur Zuwanderung als (Spät-)Aussiedler passt sowohl die Angabe familiärer als auch sonstiger Migrationsmotive. Schließlich finden sich unter der ersten Generation aus Polen ebenfalls zahlreiche Befragte, die nach Deutschland gekommen sind, um hier einer Beschäftigung nachzugehen.

Nachfolgend werden soziodemografische Basismerkmale für die Befragten in den verschiedenen Herkunftsgruppen und Generationen dargestellt (vgl. Tabelle 4). Die ermittelte durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,2 Personen bei den Einheimischen entspricht ziemlich genau dem Wert deutscher Haushalte für Baden-Württemberg (vgl. Statistisches Bundesamt 2012). Auch die durchschnittlich hohe Anzahl an Personen in Haushalten von Personen mit ausländischen Wurzeln, besonders in türkischstämmigen Haushalten, ist aus anderen Studien bekannt. Interessant ist, dass die erste Migrantengeneration in kleineren Haushalten lebt als die nachfolgenden Generationen. Dies dürfte mit dem höheren Durchschnittsalter zusammenhängen. Die Befragten befinden sich also in einem Lebensabschnitt, in dem ihre Kinder meistens nicht mehr Teil des Haushalts sind.

Beim Durchschnittsalter sind besonders die niedrigen Werte bei den Befragten der dritten Generation auffällig. Das vergleichsweise höhere Alter bei den Personen der dritten Gene-

ration aus der italienischen Herkunftsgruppe (31,9 Jahre gegenüber 24,8 bzw. 19,0 Jahren bei der jugoslawischen bzw. türkischen Herkunftsgruppe) reflektiert erneut den früheren Anwerbebeginn von Arbeitsmigranten aus Italien im Vergleich zur Anwerbung von Personen aus der Türkei und aus Jugoslawien. Auch die Personen der zweiten Generation aus der ehemaligen Sowjetunion sind noch vergleichsweise jung. Allgemein ist das mittlere Alter der Befragten höher als das in der Gesamtbevölkerung, da nur Personen über 14 Jahre befragt wurden.

Tabelle 4: Merkmale der Befragten (in Prozent, soweit nicht anders angegeben)

	Alter (Mittelwert)	Haushalts-größe (Mittelwert)	Frauen	RB Stuttgart	RB Karlsruhe	RB Freiburg	RB Tübingen	Fallzahl
Einheimische	54,7	2,2	58	37	27	19	17	500
Türkei (G1)	46,1	3,6	59	46	20	10	24	169
Türkei (G2)	27,2	4,1	58	43	24	15	18	267
Türkei (G3)	19,0	4,1	45	42	19	13	27	108
Ehem. Jug. (G1)	52,9	2,8	49	48	20	16	16	188
Ehem. Jug. (G2)	31,8	3,4	51	42	19	18	21	223
Ehem. Jug. (G3)	24,8	3,9	52	27	34	14	25	77
Italien (G1)	55,9	2,3	42	42	16	30	12	165
Italien (G2)	35,2	3,1	46	37	16	30	17	220
Italien (G3)	31,9	3,4	52	35	21	30	15	149
Ehem. SU (G1)	45,3	2,7	68	33	25	21	21	263
Ehem. SU (G2)	24,1	3,7	52	26	22	31	21	237
Polen (G1)	49,8	2,4	61	29	34	20	17	349
Polen (G2)	36,2	2,9	57	35	30	20	15	151

Quelle: Integration gelungen?; ungewichtet; Fallzahl: 3.066.

Der Anteil von Männern und Frauen variiert zwischen den Gruppen, aber bis auf die Gruppe der Italienerinnen und Italiener sowie Türkischstämmiger der dritten Generation befinden sich jeweils mehr Frauen als Männer in der Stichprobe. Teilweise spiegelt das Zahlenverhältnis der Befragungsdaten die realen Verteilungen wider, wie man sie aus der amtlichen Statistik kennt, beispielsweise bei den Zuwanderern aus Italien und aus der ehemaligen Sowjetunion. Allgemein werden aber die realisierten Stichproben bei Telefonbefragungen dahingehend verzerrt, dass tendenziell mehr Frauen als Männer erreicht werden und die Befragten tendenziell etwas älter sind sowie einen höheren Bildungsabschluss haben als die Gesamtbevölkerung. Um dies auszugleichen wird in den deskriptiven Auswertungen ein entsprechender Gewichtungsfaktor verwendet.

4. Analysestrategie

Im folgenden Kapitel II wird ein Gruppen- und Generationenvergleich bezüglich zentraler Integrationsindikatoren durchgeführt: Zwischen Personen mit und ohne ausländische Wurzeln, zwischen den fünf Herkunftsgruppen und zwischen den drei Generationen. Die Unterschiede bei Mittelwerten und Anteilen für die untersuchten Gruppen informieren über den durch die Befragung ermittelten Ist-Zustand in Baden-Württemberg. Die Mittel- und Anteilswerte werden gewichtet und unter Ausschluss der fehlenden Angaben *(item non response)* dargestellt. Informationen zu Fallzahlen und dem genauen Fragetext finden sich in den Fußnoten der entsprechenden Tabellen bzw. Abbildungen. Die Ergebnisse des Vergleichs von Mittel- und Anteilswerten werden zusätzlich durch multivariate Analysen mit Einbezug von Informationen etwa zu Alter, Geschlecht, Bildung und Wohnort, teilweise zusätzlich auch zu binationalen Elternhäusern, abgesichert. Gegebenenfalls abweichende Resultate werden an der entsprechenden Stelle im Text genauer erläutert.

Folgende Aspekte von Integration werden in Kapitel II untersucht: Rechtlicher Status und Einbürgerung (1), Bildung und Arbeit (2), Sprache (3), Werte (4), religiöses Leben (5), soziale Netzwerke (6), bürgerschaftliches Engagement (7), Zugehörigkeit, Akzeptanz sowie Benachteiligung (8) und Transnationalismus (9).

Auf den Überblick über die genannten neun Aspekte von Integration, folgt in Kapitel III eine Zuspitzung auf drei thematische Schwerpunkte. Untersucht werden die Rolle sozialer Netzwerke (1) und gesellschaftlicher Partizipation (2) sowie die Bedeutung von Diskriminierungserfahrungen (3) für ausgewählte Aspekte von Integration. Diese Schwerpunktsetzungen knüpfen an die jeweiligen Ergebnisse aus Kapitel II an, diskutieren jedoch tiefergehend verschiedene Einflussfaktoren auf die Integration in Baden-Württemberg.

II. Integration im Gruppen- und Generationenvergleich: Ein Überblick

Das folgende Kapitel nimmt verschiedene Aspekte von Integration in den Blick: Rechtlicher Status und Einbürgerung (1), Bildung und Arbeit (2), Sprache (3), Werte (4), Religiöses Leben (5), soziale Netzwerke (6), bürgerschaftliches Engagement (7), Zugehörigkeit, Akzeptanz sowie Benachteiligung (8) und Transnationalismus (9).

Die Untersuchung besteht hauptsächlich in einem Vergleich der jeweiligen Herkunfts- und Generationsgruppen. Wo dies sinnvoll und möglich ist, werden auch die Ergebnisse der Befragung einheimischer Personen herangezogen. Es ist möglich, dass beim Vergleich verschiedener Gruppen Unterschiede auftreten, die in einem statistischen Sinn nicht signifikant sind. Dies bedeutet dann, dass die Abweichungen mit sehr großer Wahrscheinlichkeit nicht auf alle in Baden-Württemberg lebenden Mitglieder der jeweiligen Gruppe verallgemeinerbar sind.

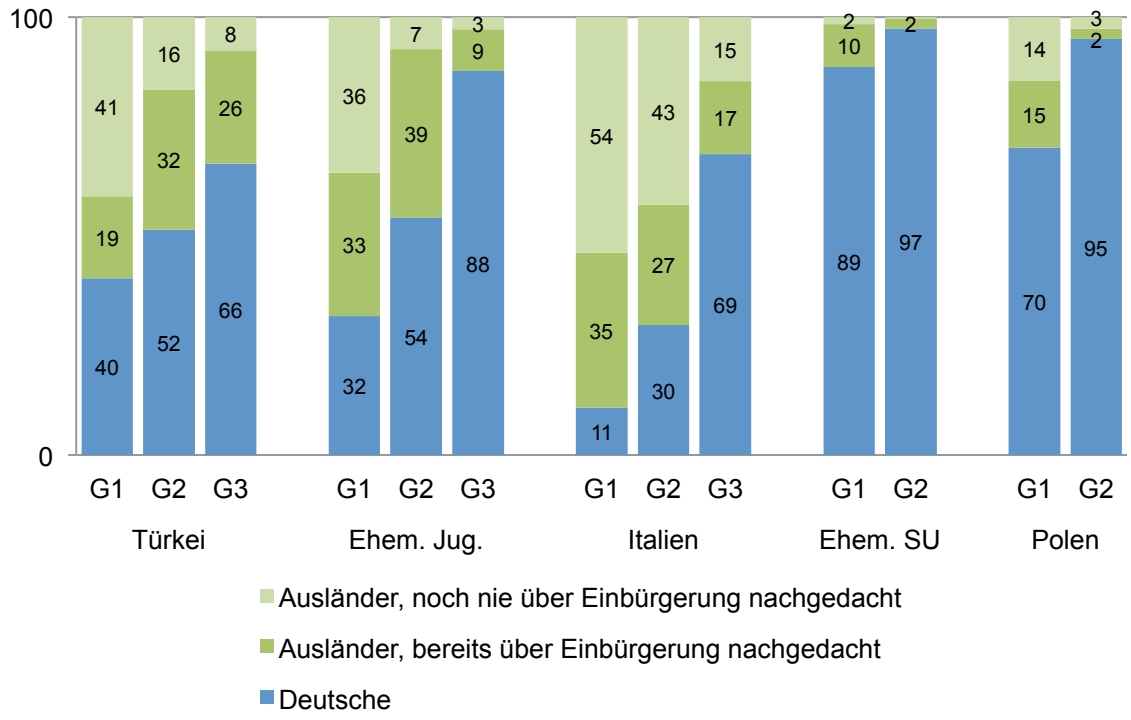
Zur Absicherung des jeweiligen Ergebnisses wurden weitere Analysen durchgeführt. Denn beim Vergleich der jeweiligen Aspekte von Integration muss berücksichtigt werden, dass sich die beobachteten Mittel- und Anteilswerte zum Teil auch auf unterschiedliche Gruppenzusammensetzungen zurückführen lassen. So sind beispielsweise die befragten Personen der dritten Generation durchschnittlich jünger als die Personen der ersten Generation. Bei Merkmalen, die sich mit zunehmendem Alter verändern, wie z.B. der beruflichen Tätigkeit, können dann Gruppenunterschiede nicht auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Zuwanderungsgeneration zurückgehen, sondern schlicht auf die unterschiedliche Altersverteilung. Mit Hilfe eines einfachen statistischen Modells werden deshalb um solche „Drittvariablen“ bereinigte Mittel- oder Anteilswerte berechnet. Diese fließen in die Interpretation der Ergebnisse ein und helfen, die Relevanz der Ergebnisse abzusichern, werden aber nur selten explizit berichtet. Berücksichtigt werden hierbei Alter, Geschlecht, Bildung und Wohnort (Großstadt vs. kleinere Wohnorte), teilweise auch die Herkunft aus einem binationalen Elternhaus. Die unter Kontrolle dieser Merkmale berechneten Mittelwertunterschiede zeigen dann jeweils an, wie stark die Differenzen zwischen den Migrantengruppen noch ausgeprägt wären, wenn es keine Unterschiede der Gruppenzusammensetzung in Bezug auf diese Merkmale gäbe. So ist beispielsweise der bereinigte Mittelwert der dritten Generation hinsichtlich der Selbsteinschätzung ihrer Religiosität derjenige Wert, der sich

ergäbe, wenn diese Generation sich hinsichtlich ihres Bildungsgrads oder ihrer Altersverteilung nicht von den anderen Generationsgruppen unterschiede. Technisch geschieht dies durch die Berechnung durchschnittlicher Marginaleffekte (Average Marginal Effects oder kurz: AMEs) auf der Grundlage linearer oder logistischer multivariater Regressionsmodelle (vgl. Graubard & Korn 1999; Long 1997).

1. Rechtlicher Status und Einbürgerung

Die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft wird häufig als Meilenstein der Integration beschrieben. Fast zwei Drittel der befragten Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger mit ausländischen Wurzeln sind bereits im Besitz des deutschen Passes.[4] Dies kann aus unterschiedlichen Gründen so sein: Entweder weil sie als (Spät-)Aussiedler einen Anspruch auf den deutschen Pass besaßen, sie sich haben einbürgern lassen, ein Elternteil bereits im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft war oder sie von der seit dem Jahr 2000 geltenden konditionalen *jus soli* Regelung profitierten, nach der in Deutschland geborene Kinder dauerhaft hier lebender Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten (vgl. Diehl & Fick 2012).

Abbildung 1: Staatsbürgerschaft und Einbürgerungserwägung (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Fragen: „Welche Staatsbürgerschaften haben Sie?“, „Haben Sie schon einmal überlegt die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen?“; gewichtet; Fallzahl: 2.563.

In Abbildung 1 sind herkunfts- sowie generationenspezifische Unterschiede bezüglich des rechtlichen Status dargestellt. Differenziert wird einerseits zwischen Deutschen (blau) und Ausländern (grün), andererseits werden die verbleibenden ausländischen Staatsbürger da-

[4] Dabei gibt fast jede fünfte Person unter den befragten Deutschen mit ausländischen Wurzeln an, neben der deutschen Staatsbürgerschaft noch mindestens eine weitere zu besitzen. Rechtlich sind solche Abweichungen vom Prinzip der Vermeidung doppelter Staatsbürgerschaft möglich.

nach unterschieden, ob sie eine Einbürgerung schon einmal in Betracht gezogen haben oder ob dies für sie noch nie eine Rolle gespielt hat. Aus der Abbildung sticht hervor, dass Personen mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion, aber auch in Polen ganz überwiegend im Besitz des deutschen Passes sind und insofern eine Sonderrolle einnehmen. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass beide Gruppen nicht nur aus ausländischen Zuwanderern bestehen, sondern Personen beinhalten, die als (Spät-)Aussiedler und damit als (ethnische) Deutsche nach Baden-Württemberg gekommen sind und ohne formelle Einbürgerung einen Anspruch auf den deutschen Pass hatten.

Nicht dargestellt ist in Abbildung 1 der Aufenthaltsstatus derjenigen, die nicht im Besitz des deutschen Passes sind. Die überwiegende Mehrheit der Befragten genießt entweder als EU-Bürgerin oder EU-Bürger Freizügigkeit oder ist im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis. Eine Minderheit von insgesamt gut zwei Prozent gab an, über eine befristete Aufenthaltsgenehmigung zu verfügen. Am häufigsten ist hiervon die erste Generation aus der Türkei (8 %) sowie aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens (5 %) betroffen (Italien G1: 0 %; ehem. SU G1: 1 %; Polen G1: 0 %).

In allen Herkunftsgruppen nimmt der Anteil der Deutschen im Generationenverlauf zu. So sind beispielsweise 32 Prozent der ersten Generation aus dem ehemaligen Jugoslawien im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, in der zweiten und dritten Generation haben dann schon 54 bzw. 88 Prozent den deutschen Pass. Türkischstämmige der ersten Generation sind im Vergleich zu Migrantinnen und Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien und Italien häufiger eingebürgert (40 % im Vergleich zu 32 bzw. 11 %).

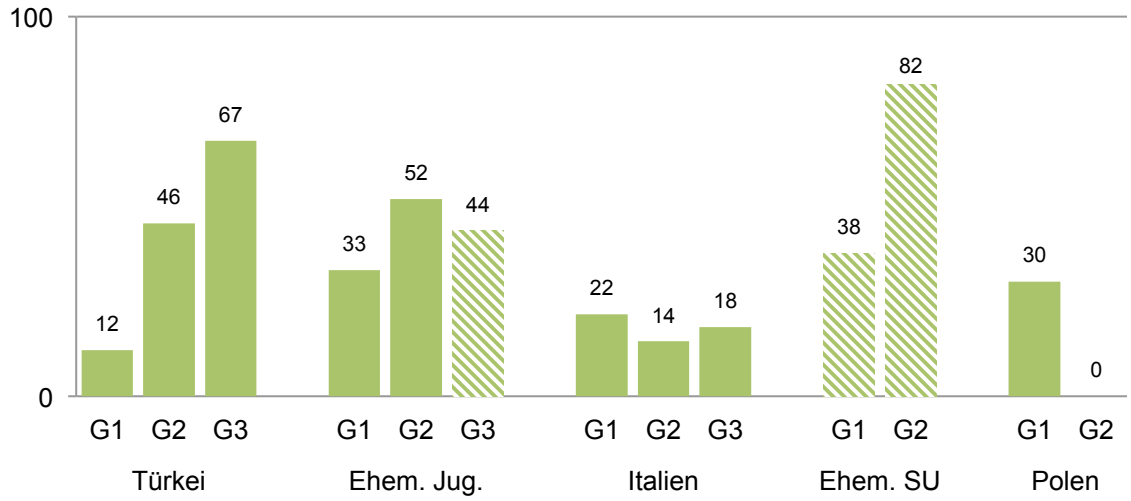
Dass Italienerinnen und Italiener der ersten Generation sich relativ selten haben einbürgern lassen, kann vor allem darauf zurückgeführt werden, dass sie als EU-Angehörige den Deutschen rechtlich nahezu gleich gestellt sind. Dies trifft seit dem Jahr 2004 auch auf Polinnen und Polen sowie seit Mitte 2013 auf Kroatinnen und Kroaten zu. Vor diesem Hintergrund der rechtlich größeren Einbürgerungsanreize für Türkischstämmige überrascht, dass der Vorsprung gegenüber Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Italien in der zweiten und dritten Generation kleiner wird oder sich umkehrt. Die weitergehende Analyse, welche die jeweils unterschiedliche Gruppenzusammensetzung miteinbezieht, relativiert diesen Befund allerdings. Wird berücksichtigt, dass vor allem Italienischstämmige aus binationalen Elternhäusern kommen, also über ein Elternteil den deutschen Pass erhalten haben, dann bleibt zwischen Türkisch- und Italienischstämmigen der zweiten

und dritten Generation der erwartete Abstand bestehen: Lässt man die Fälle mit binationalen Elternhäusern unberücksichtigt, so sind bei den Italienischstämmigen nur noch gut 16 Prozent der zweiten und 47 Prozent der dritten Generation im Besitz des deutschen Passes (ehem. Jug. G2: 48 %; ehem. Jug. G3: 82 %). Auch in der zweiten und dritten Generation geben sich die Italienerinnen und Italiener offenkundig mit ihrem EU-Bürger-Status zufrieden und schlagen seltener den Weg zur Einbürgerung ein als Nicht-EU-Ausländer dies tun. Insgesamt ist bemerkenswert, dass in allen drei Generationen der so genannten ehemaligen „Gastarbeiter"-Nationalitäten immer noch ein deutlicher Anteil nicht im Besitz des deutschen Passes und somit etwa von der Teilnahme an Wahlen in Baden-Württemberg teilweise ausgeschlossen ist.

Einbürgerungsabsicht

Aus Abbildung 1 geht hervor, dass viele der befragten ausländischen Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger es zumindest schon einmal in Erwägung gezogen haben, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen. Um mehr über das Einbürgerungspotenzial zu erfahren, wurden die ausländischen Migrantinnen und Migranten gefragt, ob sie beabsichtigen, in den kommenden zwei Jahren einen Antrag auf Einbürgerung zu stellen.

Abbildung 2: Einbürgerung innerhalb der nächsten zwei Jahre (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Wie ist das in den nächsten zwei Jahren, werden Sie da auf jeden Fall, mit ziemlicher Sicherheit, eher nicht oder auf gar keinen Fall die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen?"; Anteil der ausländischen Befragten, die eine Einbürgerung auf jeden Fall/mit ziemlicher Sicherheit beabsichtigen; Polen G2 und schraffierter Balken mit Fallzahl < 30; gewichtet; Fallzahl: 765.

In Abbildung 2 sind die Anteile derjenigen Ausländer ausgewiesen, die dies auf jeden Fall oder zumindest mit ziemlicher Sicherheit planen; ob diese Absicht wirklich umgesetzt wird, kann natürlich nicht abgeschätzt werden. Innerhalb der Herkunftsgruppen sind auch hier generationale Unterschiede erkennbar. Diese sind aber, mit Ausnahme des Unterschieds zwischen erster und zweiter bzw. dritter Generation türkischer Herkunft, statistisch nicht signifikant und daher zu vernachlässigen. Bei den herkunftsspezifischen Unterschieden ist für die Interpretation ein gewisser Sättigungseffekt zu berücksichtigen: Türkischstämmige sind bereits relativ häufig im Besitz des deutschen Passes. Somit ist weniger das geringe Interesse der türkischen ersten Generation, als vielmehr das generationsübergreifende Desinteresse der Personen italienischer Herkunft bemerkenswert. Von den verbleibenden Italienerinnen und Italienern der dritten Generation haben nur 18 Prozent ein Interesse an der Einbürgerung, die türkische dritte Generation erreicht hingegen deutlich höhere Zustimmungswerte (67 %).

Um mehr über mögliche Einbürgerungshemmnisse zu erfahren, wurden ausländische Befragte nach dem wichtigsten Grund gefragt, der aus ihrer Sicht gegen eine Einbürgerung spricht. Die Antworten sind in Tabelle 5 differenziert nach Herkunftsgruppen ausgewiesen. Auffällig ist, dass ein relativ großer Anteil der noch nicht Eingebürgerten davor zurückschreckt, die bisherige Staatsbürgerschaft aufzugeben. Bei allen Herkunftsgruppen ist dies der am häufigsten genannte Grund gegen den Erwerb des deutschen Passes (bei Personen aus der Türkei und aus Italien der zweithäufigste Grund).

Tabelle 5: Gründe gegen eine Einbürgerung (in Prozent)

Gegen den deutschen Pass spricht, dass...	Türkei	Ehem. Jug.	Italien	Ehem. SU	Polen	Gesamt
...er mir kaum rechtliche Vorteile bring	12	14	20	4	9	14
...ich weiterhin als Ausländer behandelt werden würde	24	5	7	13	16	12
...mein Partner, Familie oder Freunde gegen eine Einbürgerung sind	1	1	2	0	2	1
...die Einbürgerung zu teuer und aufwendig ist	17	21	15	25	19	18
...ich meinen derzeitigen Pass aufgeben müsste	22	25	20	48	25	23
...ich mich nicht als Deutsche/r fühle	15	13	24	4	21	18
Sonstiges	9	20	14	6	9	13
Fallzahl	*212*	*183*	*248*	*27*	*103*	*773*

Quelle: Integration gelungen?; Frage: siehe Tabelle (nur eine Antwortmöglichkeit); nur Ausländer; gewichtet; Fallzahl: 773.

Im deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz ist weiterhin das Prinzip der Vermeidung doppelter Staatsbürgerschaft verankert und die Aufgabe jedes weiteren Passes vorgesehen. Allerdings betrifft dieser Ausschluss der doppelten Staatsbürgerschaft nicht alle Nationalitätengruppen gleichermaßen. Der Befund aus Tabelle 5 ist insofern zugleich als Informationsdefizit einiger Gruppen zu werten. Als EU-Angehörige und aufgrund bilateraler Abkommen können sich beispielsweise italienische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Deutschland einbürgern lassen und beantragen, ihren italienischen Pass behalten zu dürfen. Ganz offenkundig ist aber eine Minderheit von ihnen über diese Möglichkeit nicht informiert, und auch Polinnen und Polen wissen über ihre privilegierte Lage ganz offensichtlich häufig nicht Bescheid. Dieses Informationsdefizit liegt selbst bei den Befragten vor, die eine Einbürgerung schon einmal in Betracht gezogen haben *und* angeben sich darüber informiert zu haben.

Über diesen Ablehnungsgrund hinaus sind tendenziell herkunftsspezifische Unterschiede erkennbar. So verweisen italienische und polnische Migrantinnen und Migranten häufiger darauf, dass sie sich nicht als Deutsche fühlen. Zudem versprechen sich viele Italienerinnen und Italiener kaum mehr rechtliche Vorteile vom deutschen Pass (20 %), was aufgrund ihres EU-Status nicht überraschend ist. Die Auswertung einer weiteren, hier nicht detaillierter ausgewiesenen Frage zeigt, dass nicht einmal die Hälfte der Ausländer davon ausgeht, das alltägliche Leben könne mit deutschem Pass leichter sein. In der Tendenz zeigt sich hier, dass insbesondere Türkinnen und Türken sowie Polinnen und Polen eine entsprechende Erwartung haben, während dies bei Italienerinnen und Italienern deutlicher seltener der Fall ist. Gerade die Italienischstämmigen versprechen sich also einerseits wenig Verbesserung von einer Einbürgerung und fühlen sich andererseits weiter ihrem Herkunftsland verbunden, was sie davon abhält, die deutsche Staatsbürgerschaft und damit gleiche politische Teilhaberechte zu erwerben.

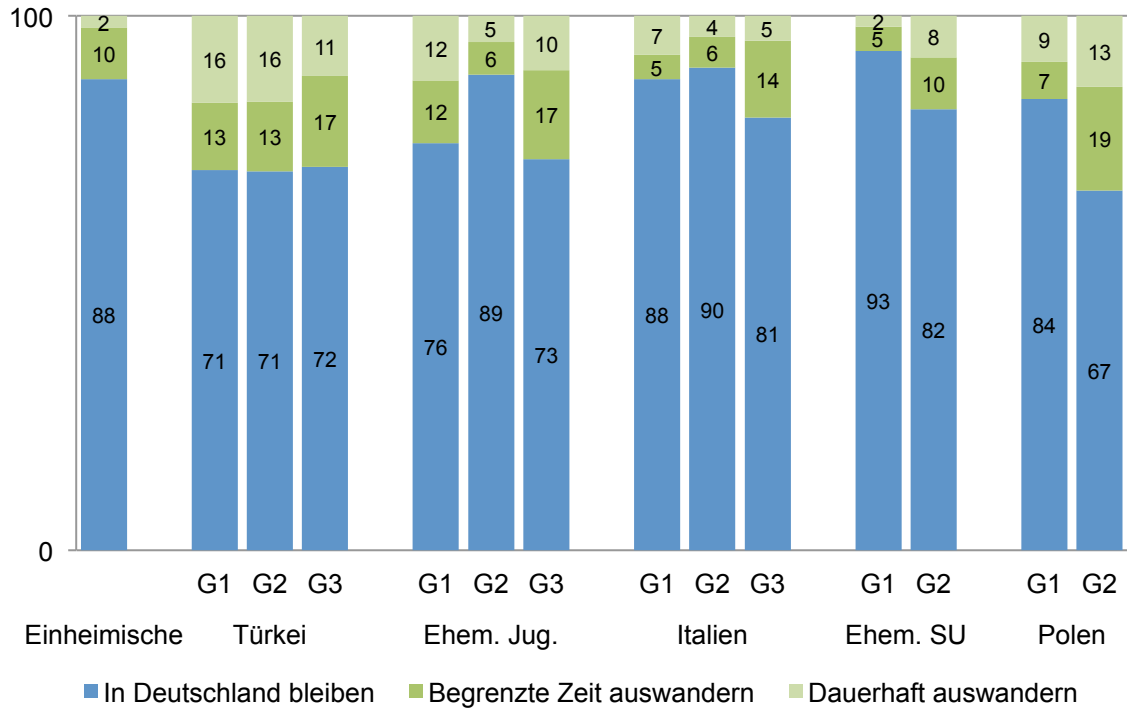
Bemerkenswert sind schließlich zwei weitere Befunde: *Erstens* scheuen Ausländer offenkundig eher die fehlende Möglichkeit doppelter Staatsbürgerschaft als die Kosten und den Aufwand des Ein- bzw. Ausbürgerungsprozesses an sich. Jedoch beklagen insbesondere Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie aus der ehemaligen Sowjetunion den Aufwand des Verfahrens, was möglicherweise mit Bedenken bezüglich der Behörden des Herkunftslandes und der Dauer des Ausbürgerungsverfahrens zu tun hat (vgl. Halisch & Wüst 2013). *Zweitens* sehen Personen mit türkischen Wurzeln zwar die rechtlichen Vortei-

le des deutschen Passes – sie haben sich wohl auch aus diesem Grund häufig schon einbürgern lassen bzw. bekunden ein starkes Interesse am Erwerb des deutschen Passes. Knapp 24 Prozent der Personen türkischer Nationalität bringen aber die Befürchtung zum Ausdruck, nach einer Einbürgerung zwar rechtlich Deutsche oder Deutscher zu sein, aber weiterhin als Ausländer und damit „anders“ behandelt zu werden.

Auswanderungsabsicht

Betrachtet man den Erwerb oder Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft als Festigung des Aufenthalts in Baden-Württemberg, so stellt das Nachdenken darüber, das Land für einige Zeit oder sogar dauerhaft zu verlassen, gewissermaßen den Gegenpol dar (vgl. Abbildung 3). Tatsächlich möchte die überwiegende Mehrheit der Befragten dauerhaft in Deutschland bleiben. Ein Blick auf die Einheimischen zeigt, dass eine gewisse „Wanderlust“ nicht unüblich ist, so denken immerhin zwölf Prozent der befragten Einheimischen darüber nach, Deutschland zu verlassen, allerdings nur zwei Prozent dauerhaft.

Abbildung 3: Auswanderungsabsicht (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Fragen: „Und wie ist das heute? Denken Sie derzeit darüber nach, Deutschland zu verlassen?“, „Würden Sie dann gerne auf Dauer in diesem Land leben, oder nur für eine begrenzte Zeit?“; gewichtet; Fallzahl: 2.986.

Bei Betrachtung der Auswanderungsabsicht von Personen mit ausländischen Wurzeln ist im Generationenvergleich zunächst das geringere Durchschnittsalter von zweiter und dritter Generation zu bedenken. In diesen Gruppen sind also mehr jüngere Personen vertreten, die allein aus diesem Grund eine gesteigerte „Wanderlust“ erwarten lassen – man denke hier nur an Auslandspraktika oder -studium. Wird dies zusammen mit anderen Gruppencharakteristika in einer vertiefenden Analyse berücksichtigt, verringern sich die Abstände zu den Einheimischen oder verlieren ihre statistische Bedeutung. Können sich Befragte mit ausländischen Wurzeln vorstellen Deutschland zu verlassen, dann geben sie ganz überwiegend ihr jeweiliges Herkunftsland als Ziel an.

Knapp ein Drittel der ersten Generation ist aus ökonomischen Gründen nach Deutschland gekommen, also etwa um hier einer Beschäftigung oder Ausbildung nachzugehen. Insofern muss eine im Vergleich zu den Einheimischen oder den in Deutschland geborenen Generationen höhere dauerhafte Auswanderungsabsicht bzw. eine Rückkehrabsicht nicht unbedingt überraschen. Eine erkennbare Ausnahme bilden hier Zugewanderte aus der ehemaligen Sowjetunion, was auf die (Spät-)Aussieder in dieser Gruppe zurückzuführen ist, deren Heimat Deutschland ist und die nicht „zurückkehren“ können oder möchten.

Tendenziell häufiger als Einheimische zieht es insbesondere die zweite Generation mit Wurzeln in der Türkei oder in Polen fort. Selbst in der dritten Generation berichten noch elf Prozent der Türkischstämmigen, dass sie beabsichtigen, Deutschland dauerhaft zu verlassen. Für alle Gruppen zeigt sich im Übrigen, dass diejenigen mit Abitur häufiger eine dauerhafte Auswanderungsabsicht berichten. Dies überrascht kaum, handelt es sich doch um den Personenkreis mit den nötigen Bildungsressourcen, um dauerhaft oder für einige Jahre im Ausland zu arbeiten oder zu studieren.

Zusammenfassend zeigt sich, dass fast zwei Drittel der befragten Personen mit Migrationshintergrund deutsche Staatsbürger sind. Auffällig ist, dass selbst in der dritten Generation noch verhältnismäßig viele Personen mit Migrationshintergrund nicht im Besitz des deutschen Passes sind. Während Personen mit Wurzeln in der Türkei und im ehemaligen Jugoslawien insgesamt ein recht starkes Interesse am Erwerb des deutschen Passes zeigen, ist die Einbürgerungsneigung der Italienischstämmigen insgesamt als eher zögerlich zu charakterisieren.

Generelle Einbürgerungshemmnisse bestehen vor allem in der fehlenden Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft bzw. der fehlenden Kenntnis entsprechender Ausnahmeregelungen, welche diese ermöglichen, sowie dem Aufwand von Ein- bzw. Ausbürgerung. Bei Türkischstämmigen wird als häufigster Grund gegen die Einbürgerung die Sorge vorgebracht auch mit deutschem Pass weiterhin als Ausländer behandelt zu werden; bei Italienischstämmigen wird hier die fehlende Identifikation mit Deutschland genannt.

In der Tendenz ist die berichtete Absicht von Personen mit ausländischen Wurzeln Deutschland dauerhaft zu verlassen, vor allem im Vergleich zu Einheimischen, wenig besorgniserregend. Insbesondere Türkischstämmige und formal höher gebildete Personen berichten jedoch eine höhere Auswanderungsabsicht.

2. Bildung und Arbeit

Für alle Bevölkerungsgruppen stellt Bildung ein wichtiges Fundament für die gesellschaftliche Integration dar, insbesondere für die in den Arbeitsmarkt. Die Integration der in Deutschland geborenen Migrantenkinder ist besonders interessant: Im Gegensatz zur ersten Generation haben zweite und dritte Generation das deutsche Bildungssystem durchlaufen oder sind zum Befragungszeitpunkt noch in Ausbildung. Bekannt ist, dass Kinder und Jugendliche mit ausländischen Wurzeln in den Schulen durchschnittlich schlechter abschneiden als einheimische Kinder. Für den Grundschulbereich ist dies vielfach nachgewiesen worden, etwa in Form von Unterschieden bei Leistungstests, Noten, Übergangsempfehlungen bis hin zu typischen Übergangsmustern (vgl. Bos et al. 2007; Dollmann 2010; Kristen & Dollmann 2009; Schwippert et al. 2003). Auch für die sich an die Primarstufe anschließenden Phasen bis hin zur beruflichen Bildung sind Unterschiede im Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern mit ausländischen Wurzeln gegenüber Einheimischen bekannt (vgl. Alba et al. 1994; Baumert & Schümer 2001; Diehl et al. 2009; Hunkler 2008; Kristen 2008; Stanat et al. 2006).

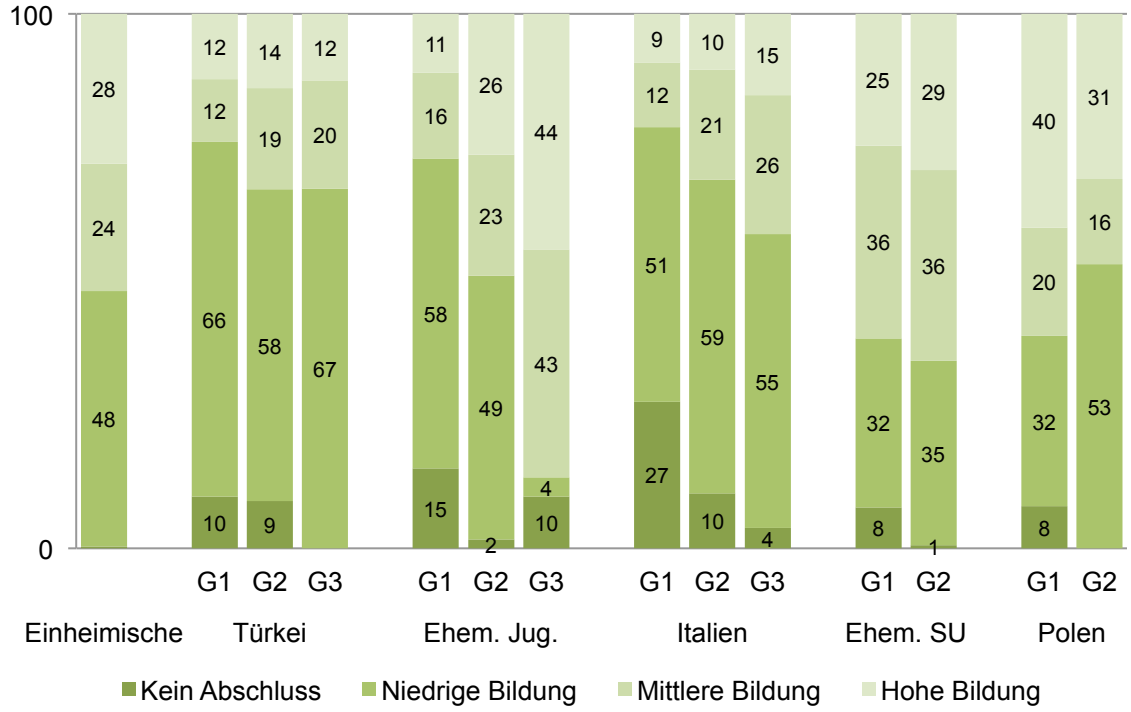
Herkunftsspezifische Unterschiede im Bildungserfolg sind zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass das deutsche Bildungssystem immer noch außerordentlich sozial selektiv ist und Migrantenkinder aufgrund der geringeren Bildung und der geringeren finanziellen Ressourcen ihrer Eltern durchschnittlich unter schwierigeren Bedingungen aufwachsen als einheimische Kinder. Im Folgenden werden Unterschiede in Bezug auf schulische und berufliche Bildungsabschlüsse und die Stellung auf dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg skizziert. Hinsichtlich der vertiefenden Diskussion möglicher Ursachen sei auf die umfangreiche Forschung verwiesen, die dafür auf teilweise hochspezialisierte Surveys zurückgreifen kann.

Schulische und berufliche Bildung

In Abbildung 4 ist der höchste erreichte schulische Bildungsabschluss von Einheimischen und Personen mit ausländischen Wurzeln dargestellt, die mindestens 18 Jahre alt sind. Von der Analyse ausgeschlossen wurden diejenigen, die noch zur Schule gehen (weniger als 2 %). Personen ohne Schulabschluss haben weder in Deutschland noch im Ausland einen

Bildungsabschluss erreicht, in die Kategorie „niedrige Bildung“ fallen Personen, wenn sie den Hauptschulabschluss bzw. einen Pflichtschulabschluss im Herkunftsland erworben haben, „mittlere Bildung“ entspricht der Mittleren Reife bzw. dem Abschluss einer weiterführenden Schule im Herkunftsland, eine „hohe Bildung“ schließlich der (Fach-)Hochschulreife.

Abbildung 4: Schulische Bildungsabschlüsse (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Befragte im Alter ab 18 Jahren, ohne Personen, die noch zur Schule gehen (45 Personen oder 2 %); gewichtet; Fallzahl: 2.541.

Wenig überraschend ist zunächst, dass die erste Generation im Vergleich zu allen übrigen Gruppen ein eher geringes formales Bildungsniveau aufweist.[5] Etwas mehr als ein Viertel der zugewanderten Italienerinnen und Italiener verfügen über keinen Schulabschluss, gefolgt von den Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (15 %) sowie der Türkei (10 %). Nur etwa jede zehnte Person der genannten Gruppen verfügt über einen Abschluss, der sie

[5] Der Vergleich ausländischer Bildungsabschlüsse ist, allein aufgrund unterschiedlicher Bildungssysteme, häufig nicht ganz einfach und die Befunde zu den Bildungsabschlüssen der ersten Generation sollen hier nicht überinterpretiert werden. Im Vergleich mit den amtlichen Daten des Mikrozensus gibt es eine Auffälligkeit bei der ersten türkischstämmigen Generation: Hier sind in der amtlichen Statistik deutlich mehr Personen ohne Schulabschluss (38 %) und dafür weniger mit niedriger Bildung (42 %) ausgewiesen. Dies kann auf ein Problem bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen hindeuten, dürfte aber auch den Umstand widerspiegeln, dass mehrere Bildungsreformen in der Türkei die Vergleichbarkeit insgesamt schwierig machen. Nicht zuletzt dürfte es den Befragten schwerfallen, sich selbst richtig einzuordnen, was dazu führt, dass sie den Besuch einer türkischen Grundschule (teilweise bis zum 14. Lebensjahr) mit dem Abschluss einer deutschen Hauptschule gleichsetzen.

zum Besuch einer Hochschule berechtigt. Hier unterscheidet sich die erste Generation der ehemaligen Gastarbeiternationen (Türkei, ehemaliges Jugoslawien, Italien) deutlich von Migrantinnen und Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion sowie aus Polen, die hinsichtlich ihres Bildungsniveaus eine größere Heterogenität aufweisen: Jeweils acht Prozent beider Gruppen fehlt ein Schulabschluss, während deutlich mehr Personen als in anderen Herkunftsgruppen einen mittleren und hohen Bildungsabschluss erreicht haben. So besitzen beispielsweise 40 Prozent der polnischen ersten Generation eine (Fach-)Hochschulreife, mehr als in der Gruppe der Einheimischen. Auch wenn die abweichende Altersstruktur beider Gruppen berücksichtigt wird, bleibt dieser Befund bestehen. Dies unterstreicht, dass die Zuwanderung nach Deutschland ab den 1990er Jahren, im Gegensatz zur Zuwanderung der Arbeitsmigranten in den 1960er bis 1970er Jahren, von formal höher gebildeten Personen erfolgte (vgl. Brücker 2013).

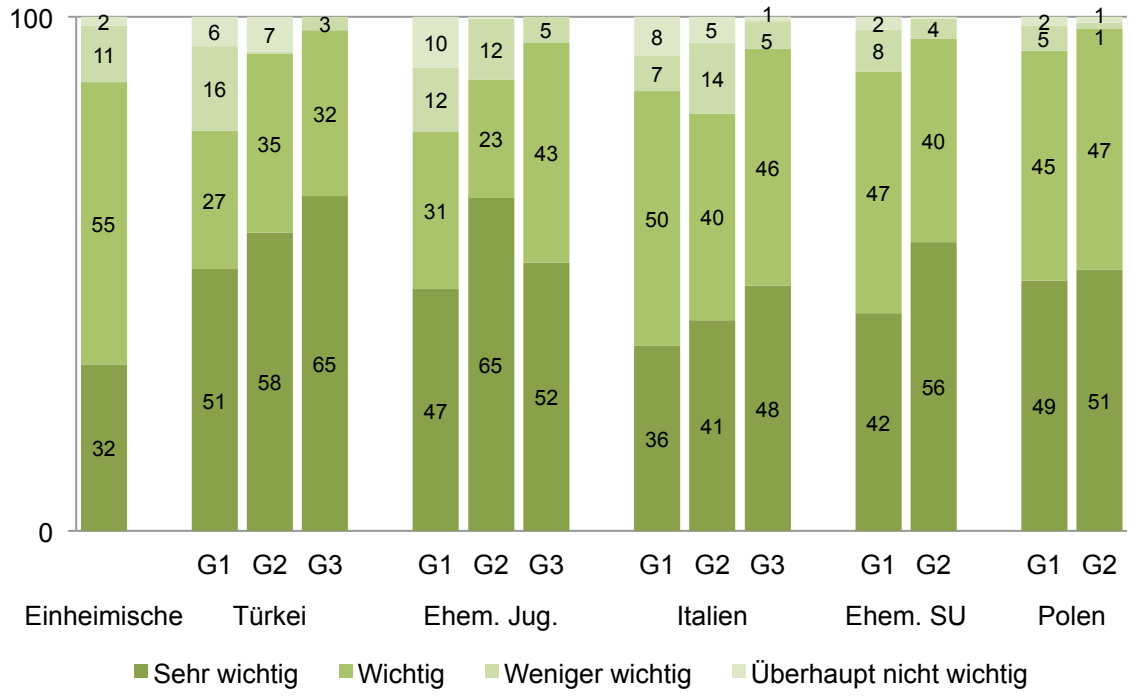
Der weitere Generationenvergleich zeigt, dass das Bildungsniveau in der zweiten und dritten Generation in der Regel steigt. Die dritte Generation mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien hat zwar immer noch einen hohen Anteil, der ohne Abschluss bleibt, sie unterscheidet sich hinsichtlich der hohen Bildungsabschlüsse jedoch nicht mehr von den Einheimischen. Für die Befragten mit türkischen und italienischen Wurzeln gilt dies allerdings nicht. Auch in der dritten Generation erreichen sie noch deutlich seltener das Abitur als Einheimische (12 bzw. 15 %). Diese Abstände bleiben auch bestehen, wenn Geschlecht und Alter ebenso wie das Vorhandensein binationaler Elternhäuser berücksichtigt werden. Türkisch- und Italienischstämmige liegen in Bezug auf ihr formales Bildungsniveau also auch in der dritten Generation hinter der einheimischen Bevölkerung. Dieser Umstand dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass die genannten Gruppen aus bildungsfernen Schichten kommen und sie insofern als Nachkömmlinge der ersten bzw. zweiten Generation ungleiche Startvoraussetzungen erfahren haben. Auffällig bleibt indes, dass es der dritten Generation mit jugoslawischen Wurzeln trotz ähnlicher Ausgangsbedingungen gelingt höhere Bildungsabschlüsse zu erreichen.

Betrachtet man die (nicht eigens tabellierte) Bedeutung des zweiten Bildungswegs für das Erreichen des höchsten Schulabschlusses, fällt auf, dass alle Zuwanderergruppen auch im Generationenvergleich auf diese nachholende Qualifizierung in höherem Maße zurückgreifen als Einheimische. In dieser Gruppe liegt der Anteil derjenigen, die den zweiten Bildungsweg beschritten, bei 13 Prozent. Deutlich höhere Werte finden sich für Zuwanderer

der ersten Generation aus dem ehemaligen Jugoslawien (35 %) und Italien (34 %) und der zweiten Genenation mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion (34 %). Für die Angehörigen der zweiten und dritten Generation, welche in der Regel in Deutschland beschult wurden, liegen die Anteile durchweg über dem Vergleichswert der Einheimischen. Der zweite Bildungsweg ist also insbesondere für Personen mit ausländischen Wurzeln von Bedeutung, wenn Schulabschlüsse nachgeholt werden.

In diesem Zusammenhang kann die Bildungsaspiration, die bei Zuwanderern im Allgemeinen sehr hoch ist (vgl. Becker 2010), noch detaillierter analysiert werden. Erhoben wurde die Wichtigkeit der schulischen Bildung für die Eltern der Befragten (vgl. Abbildung 5). Man findet auch in Baden-Württemberg deutlich höhere Bildungsaspirationen unter allen betrachteten Gruppen mit ausländischen Wurzeln im Vergleich zu den Einheimischen.

Abbildung 5: Wichtigkeit der schulischen Bildung für die Eltern der Befragten (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Ist/war Ihre Schulbildung Ihren Eltern sehr wichtig/wichtig/weniger wichtig/überhaupt nicht wichtig?“; gewichtet; Fallzahl: 3.017.

Dies zeigt sich etwa daran, dass sich die Anteilswerte der Kategorie „sehr wichtig“ stark unterscheiden. Im Generationenvergleich ist die Bedeutung schulischer Bildung für die Eltern aus Sicht der Befragten mit ausländischen Wurzeln noch gestiegen. In den ersten Generationen mit Wurzeln in der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und in Italien gibt es eine relativ große Gruppe, deren Schulbildung den Eltern weniger oder überhaupt nicht

wichtig war. Die Anteilswerte dieser Nennungen sind jedoch im Generationenvergleich rückläufig und liegen für die dritte Generation unterhalb der Vergleichsgruppe der Einheimischen. Auffällig ist noch, dass die Befragten mit italienischen Wurzeln die vergleichsweise geringsten Bildungswünsche ihrer Eltern berichten. Insgesamt bestätigt die Befragung jedoch die teils sehr hohen Bildungsaspirationen Zugewanderter bzw. ihrer Nachkommen, die im Bildungssystem nicht vollständig umgesetzt werden können.

Mitunter wird vermutet, dass selbständige Zuwanderer ihre Kinder in höherem Maße im eigenen Betrieb mitarbeiten lassen. Die Befragung ergibt diesbezüglich keine erhöhten Anteilswerte für die Zuwanderergruppen gemessen an der einheimischen Vergleichsgruppe. Wenn die Eltern selbständig sind oder waren, dann hat etwa die Hälfte der Befragten in ihrer Jugend im elterlichen Betrieb mitgearbeitet. Allerdings zeigt sich in der Tendenz, dass bei einer Mitarbeit im elterlichen Betrieb die Schulabschlüsse geringer ausfallen. Dies gilt für die einheimischen Befragten sogar stärker als für die Personen mit Migrationshintergrund.

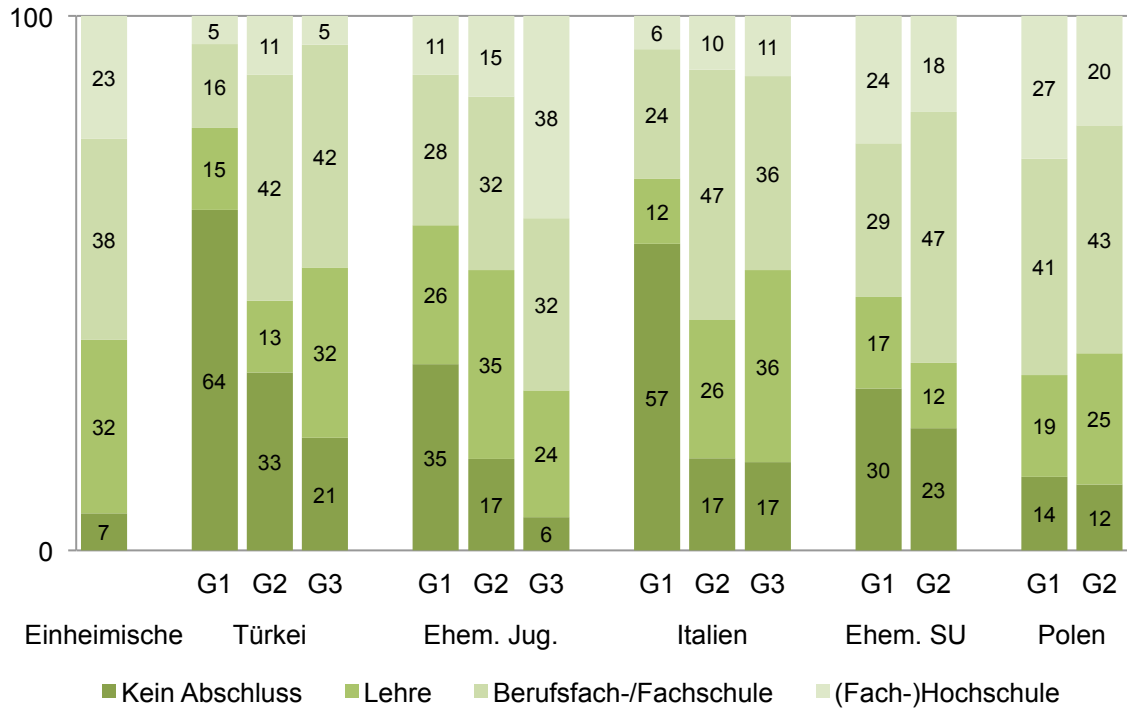
In Abbildung 6 werden die beruflichen Bildungsabschlüsse der jeweiligen Gruppen berichtet. Die Frage nach dem beruflichen Abschluss wurde nur gestellt, falls die Person das allgemeinbildende Schulsystem bereits verlassen hatte. Aus Darstellungsgründen bleiben in der Abbildung darüber hinaus diejenigen unberücksichtigt, die sich derzeit noch in einer entsprechenden beruflichen Ausbildung befinden (4 %). Aufgrund des geringeren Durchschnittsalters der zweiten und dritten Generation befinden sich in dieser Gruppe deutlich mehr Personen noch in einer Ausbildungsphase.

Die erste Generation der befragten Migrantinnen und Migranten aus klassischen „Gastarbeiternationen“ besitzt häufig keinerlei beruflichen Bildungsabschluss: Während die Türkischstämmigen (64 %) und Italienerinnen und Italiener (57 %) mehrheitlich keinen Abschluss haben, ist dieser Anteil bei den Zuwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien deutlich geringer (35 %). Ähnlich wie bei den schulischen Bildungsabschlüssen zeigt sich auch hier, dass der Abstand von Migrantinnen und Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion sowie aus Polen zu den Einheimischen deutlich geringer ist.

Eine weitere Analyse der Daten zeigt, dass die erste Generation ihren beruflichen Abschluss überwiegend im Ausland erworben hat (80 %). Davon geben 45 Prozent an, dass ihnen dieser Abschluss voll und ganz, weitere 22 Prozent, dass er ihnen immerhin teilweise

anerkannt worden ist, in 33 Prozent der Fälle wurde der berufliche Bildungsabschluss in Deutschland nicht anerkannt. Insbesondere Türkischstämmige und Personen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion berichten überdurchschnittlich häufig davon, dass ihre Abschlüsse überhaupt nicht anerkannt worden sind (48 bzw. 44 %). Eine Differenzierung nach unterschiedlichen Abschlussarten ergibt die höchsten Werte der Nicht-Anerkennung für Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion bei beruflicher Lehre (54 %), Berufs- oder Handelsschule (47 %) und Fachschule (38 %). Zuwanderer der ersten Generation aus dem ehemaligen Jugoslawien berichten für Fachhochschul- und Universitätsabschlüsse Probleme der Anerkennung (39 % bzw. 52 %). Für die weiteren Abschlussarten sind die Fallzahlen für eine differenzierte Auswertung zu gering.

Abbildung 6: Höchster beruflicher Bildungsabschluss (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Befragte im Alter ab 16 Jahre, die sich nicht mehr in der schulischen Bildung befinden; ohne Personen in andauernder beruflicher Ausbildung (201 Personen oder 4 %); gewichtet; Fallzahl: 2.675.

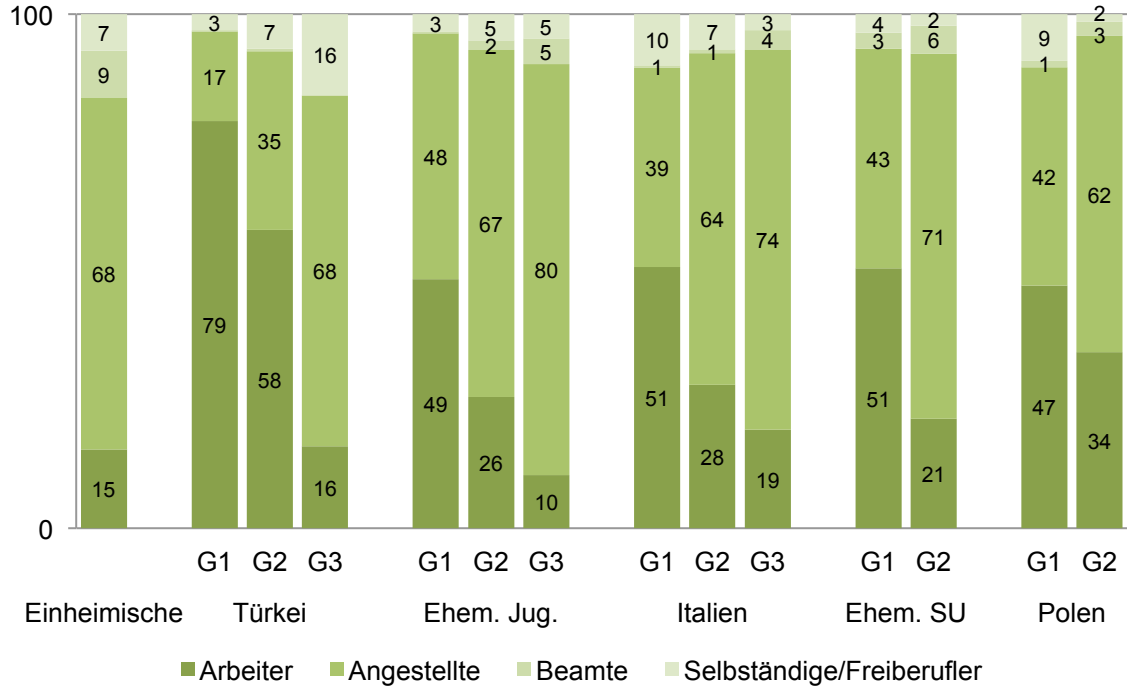
Ein Blick auf die weiteren Generationen in Abbildung 6 zeigt eine insgesamt positive Entwicklung bezüglich der beruflichen Bildungsabschlüsse. Der Anteil von Personen mit ausländischen Wurzeln ohne jegliche berufliche Bildung sinkt im Generationenverlauf deutlich und nähert sich in der dritten Generation dem Wert der Einheimischen an, umgekehrt steigt der Anteil an (Fach-)Hochschulabsolventen. Der Abstand aller Herkunftsgruppen zu den Einheimischen verringert sich in der zweiten bzw. dritten Generation deutlich. Ver-

gleicht man Türkisch- und Italienischstämmige mit Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien, so muss man bei diesen eine Verlangsamung dieser Entwicklung konstatieren: Letztere haben die Einheimischen hinsichtlich der beruflichen Abschlüsse sogar überholt, wenngleich hier aufgrund der geringen Fallzahl lediglich von einer Tendenz gesprochen werden kann.

Berufliche Stellung

Abschließend soll die Arbeitsmarktintegration der hier unterschiedenen Gruppen miteinander verglichen werden. Dazu wird in Abbildung 7 zunächst die berufliche Stellung im gegenwärtigen bzw. letzten Beruf betrachtet. Unterschieden werden Arbeiter, Angestellte, Beamte und Selbständige (Freiberufler eingeschlossen).

Abbildung 7: Berufliche Stellung in derzeitiger bzw. letzter Erwerbstätigkeit (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Befragte in Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Altersteilzeit; gewichtet; Fallzahl: 2.348.

Für alle Zuwanderergruppen kann festgestellt werden, dass im Generationenvergleich die Anteile der als Arbeiter beschäftigten Befragten sehr stark zurückgegangen sind. Am deutlichsten ist das Bild bei den Türkischstämmigen. Hier reduziert sich der Arbeiteranteil von 79 Prozent in der ersten Generation auf 16 Prozent in der dritten Generation und liegt da-

mit auf dem Niveau der einheimischen Vergleichsgruppe. Auffällig ist weiterhin, dass für die türkischstämmigen Zuwanderer der Anteil der Selbständigen über die Generationen zugenommen hat und in der dritten Generation 16 Prozent beträgt. Für die Befragten mit italienischen Wurzeln ist der Trend der Selbständigkeit über die Generationen genau gegenläufig. Von zehn Prozent geht der Anteilswert auf drei Prozent zurück. Zuwanderer mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien sind in der dritten Generation zu einem überproportionalen Anteil Angestellte. Die zweite Generation der Personen mit polnischen Wurzeln ist zu einem relativ hohen Anteil als Arbeiter tätig. Schließlich sind die Befragten mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion in der zweiten Generation hinsichtlich der beruflichen Stellung in etwa mit den Italienischstämmigen der dritten Generation vergleichbar.

Abgesehen von den Beamtenpositionen, die in der Regel an die Staatsbürgerschaft gebunden sind, unterscheidet sich die Verteilung der beruflichen Stellung der Zuwandergruppen der jeweils letzten befragten Generation nicht wesentlich von den Einheimischen. Eine zusätzlich durchgeführte Untersuchung der Arbeitszeiten ergibt keine besonderen Abweichungen. Im Durchschnitt arbeiten die Erwerbstätigen pro Woche zwischen 35 und 40 Stunden. Einzig die mit geringen Fallzahlen besetzte Gruppe der türkischstämmigen dritten Generation erreicht einen erhöhten Durchschnittswert, was mit dem erhöhten Anteil von Selbständigen in dieser Gruppe einhergeht.

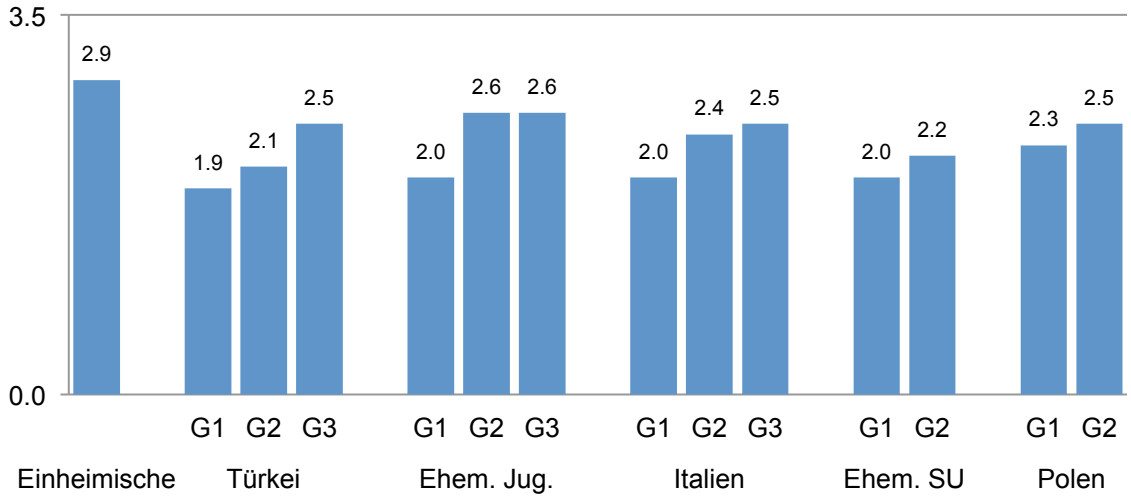
Zusätzlich soll die „Autonomie des Handelns“ in der aktuell bzw. zuletzt ausgeübten beruflichen Tätigkeit als Klassifikation des sozialen Prestiges untersucht werden (vgl. Hoffmeyer-Zlotnik 2003). Die hier dargestellte fünfstufige Skala beginnt bei niedriger Handlungsautonomie (einfache Tätigkeit, z.B. un- oder angelernte Beschäftigte) und endet bei hoher Handlungsautonomie (umfassende Führungsaufgaben, z.B. bei Beamten im höheren Dienst oder Selbständigen mit zehn und mehr Mitarbeitern).

In Abbildung 8 sind die Mittelwerte der Skala „Autonomie des Handelns“ für die jeweiligen Gruppen ausgewiesen. Im Anschluss an die Betrachtung der beruflichen Bildungsabschlüsse und der beruflichen Stellung ist hier zunächst wenig überraschend, dass die selbst zugewanderten ersten Generationen im Vergleich zu den Einheimischen häufiger einfacheren beruflichen Tätigkeiten nachgehen und somit geringere Werte auf der eingesetzten Berufsprestigeskala „Autonomie des Handelns“ erreichen. Erwartungsgemäß verringern sich die Abstände zu den Einheimischen von Generation zu Generation. Insbesondere den Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien gelingt es, ihre höheren Bildungsabschlüsse auf

dem Arbeitsmarkt umzusetzen. Auffällig ist indes, dass dies Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in der ersten und zweiten Generation offenkundig nicht in gleicher Weise gelingt, trotz ihrer relativ hohen beruflichen Bildungsabschlüsse. Allerdings war die Betroffenheit der Nicht-Anerkennung von beruflichen Abschlüssen bei den Zugewanderten aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion besonders ausgeprägt – insbesondere bei einfachen und mittleren beruflichen Abschüssen. In Bezug auf die zweite Generation wäre hier eigentlich ein ähnlich hoher Wert als in der zweiten Generation aus dem ehemaligen Jugoslawien erwartbar gewesen, doch offenkundig gelingt es auch der zweiten Generation mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion nicht, ihre relativ hohen beruflichen Bildungsabschlüsse in ähnlicher Weise umzusetzen.

Berücksichtigt man in einer weitergehenden Analyse Alter, Geschlecht und den Wohnort, so verliert der Abstand von Türkischstämmigen der dritten Generation sowie der zweiten und dritten Generation der Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien seine statistische Bedeutung. Diese Gruppen erreichen somit im Schnitt ähnlich hohe berufliche Positionen wie Einheimische. Bei den übrigen Gruppen bleibt der Abstand zu den Einheimischen hingegen statistisch signifikant.

Abbildung 8: Berufsprestigeskala „Autonomie des Handelns“ (Mittelwerte)

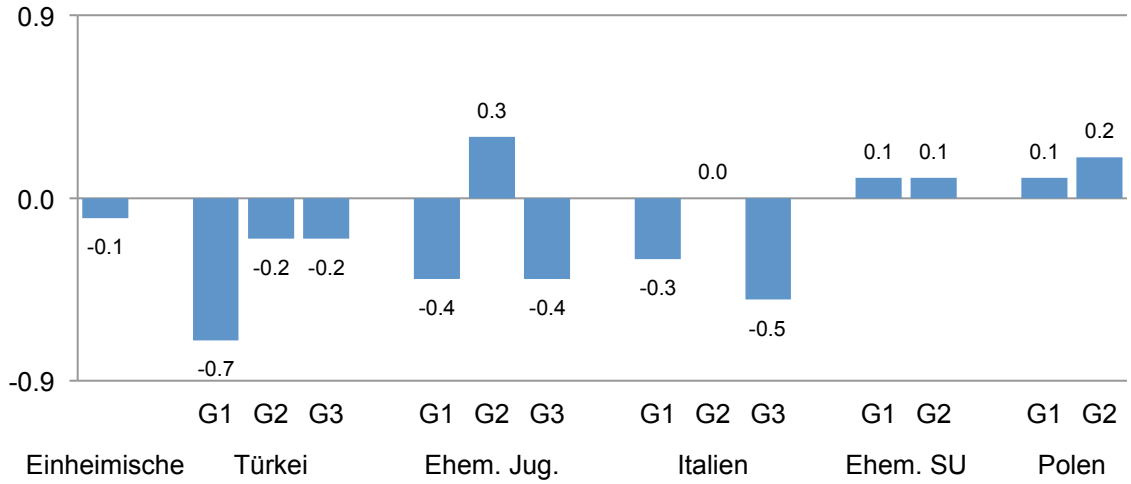


Quelle: Integration gelungen?; Fünfstufige-Skala "Autonomie des Handelns" gebildet nach Hoffmeyer-Zlotnik (2003): Einfache Tätigkeiten mit niedriger Handlungsautonomie (1) bis zu umfassenden Führungsaufgaben und hoher Handlungsautonomie (5); gewichtet; Fallzahl: 2.274.

Frauen erzielen insgesamt ein geringeres berufliches Prestige als Männer (vgl. Abbildung 9). Bei den Türkischstämmigen verringert sich dieser Unterschied in der Generationenfolge und erreicht in der dritten Generation annähernd ein Ausmaß wie es bei den Einheimi-

schen zu finden ist. Keine klare Tendenz ist bei Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien und in Italien erkennbar.

Abbildung 9: Abstände der Frauen auf der Berufsprestigeskala zu den Werten der Männer



Quelle: Integration gelungen?; Differenz des Mittelwertes (Frauen - Männer) bezüglich der "Autonomie des Handelns" (vgl. Abbildung 8); gewichtet; Fallzahl: 2.274.

Die Geschlechterdifferenz ist hier in der dritten Generation immer noch ausgeprägt, wie schon in der ersten Zuwanderergeneration. Ein anderes Bild zeigt sich bei Personen aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen, hier nehmen in allen Generationsgruppen zumindest tendenziell Frauen berufliche Positionen mit größerem Prestige ein.

Insgesamt zeigt sich, dass Befragte der ersten Generation aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien sowie Italien vergleichsweise geringe Bildungsabschlüsse besitzen. Die formale Bildung der zugewanderten Befragten aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen ist aber tendenziell höher. Im Generationenverlauf erzielen die befragten Personen, mit Ausnahme der Polnischstämmigen, häufiger auch höhere Bildungsabschlüsse, sodass die Unterschiede zu den Einheimischen geringer werden oder ihre Bedeutung völlig verlieren.

Die Wichtigkeit schulischer Bildung ist in den Elternhäusern der Befragten mit ausländischen Wurzeln im Vergleich zu Einheimischen stärker ausgeprägt und nimmt im Generationenverlauf sogar tendenziell zu. Kinder in Zuwandererfamilien wachsen somit eher in Haushalten mit hoher Bildungsaspiration auf als Kinder in einheimischen Familien.

Bei den beruflichen Bildungsabschlüssen zeigen sich teilweise deutliche Abstände zu den einheimischen Befragten. Zwar erreichen die Personen mit ausländischen Wurzeln im Generationenverlauf zunehmend höhere berufliche Abschüsse, insbesondere bei Türkischstämmigen ist der Abstand zu Einheimischen jedoch nach wie vor sehr ausgeprägt. Einem Drittel derjenigen, die ihre ausländischen Bildungsabschlüsse anerkennen lassen wollten, sind diese überhaupt nicht anerkannt worden. Besonders häufig ist dies offenkundig bei Türkischstämmigen und Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion der Fall.

In allen Zuwanderergruppen ist der Anteil der Arbeiter im Generationenvergleich gesunken und gleichzeitig der Angestelltenanteil gestiegen. In der zweiten, erst recht aber in der dritten Generation, sind die Unterschiede in der beruflichen Stellung zwischen Befragten mit ausländischen Wurzeln und Einheimischen und damit auch die Unterschiede hinsichtlich des beruflichen Prestiges nur noch marginal.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass es im Generationenverlauf zwar zu einem Abbau von Unterschieden zwischen Einheimischen und Personen mit ausländischen Wurzeln gekommen ist, jedoch weiterhin Anstrengungen nötig sind, um den ungleichen Bildungschancen von zweiter und dritter Generation entgegenzuarbeiten.

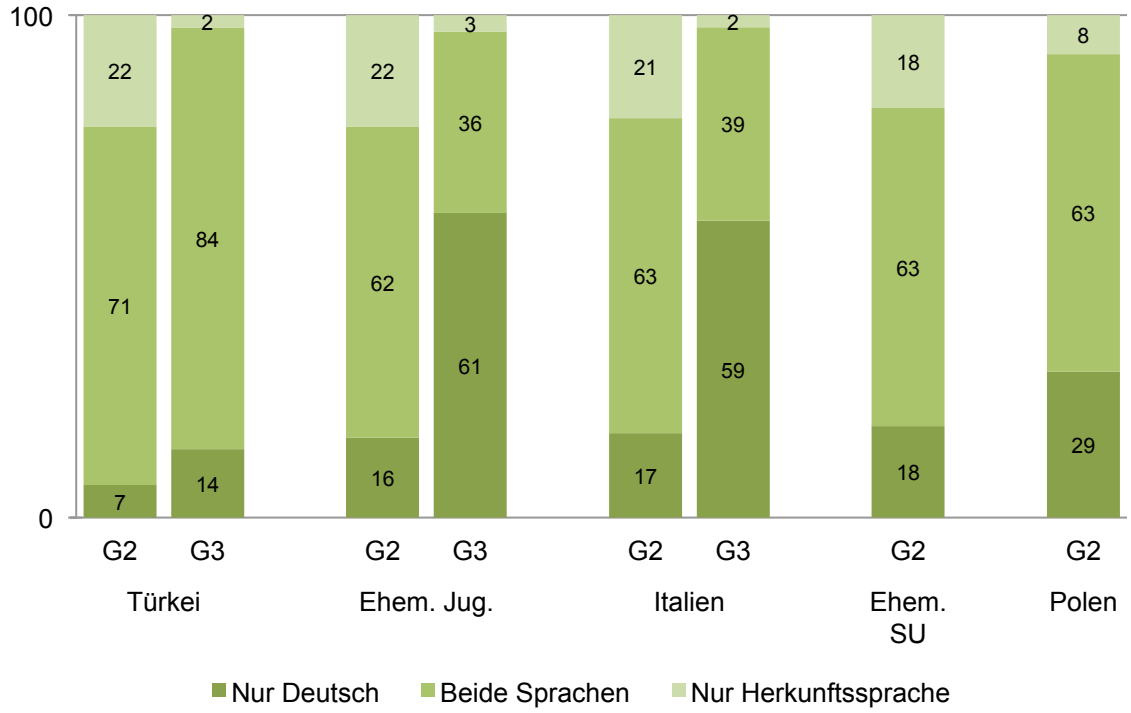
3. Sprachliche Potenziale

Der Spracherwerb ist ein zentraler Bestandteil des Integrationsprozesses von Migrantinnen und Migranten. Keine oder auch nur geringe Kenntnisse der deutschen Sprache erschweren die Kontaktaufnahme mit Einheimischen, die Partizipation in Vereinen oder das Ersuchen um Hilfe in schwierigen Lebenslagen. Natürlich kann auch der Fremd- bzw. Herkunftssprache eine wichtige Funktion zufallen. Als kleinster gemeinsamer Nenner kann sie helfen, den Kontakt mit Verwandten und Freunden über Landesgrenzen hinweg aufrecht zu erhalten, das Reisen zu erleichtern oder Neuankömmlinge zu unterstützen. Gerade mit Blick auf die Integration in den Arbeitsmarkt bleibt die deutsche Sprache aber die zentrale Ressource (vgl. Esser 2006).

Sprachkompetenzen

Die individuellen sprachlichen Ressourcen von Migrantinnen und Migranten tragen zur Sprachenvielfalt in Baden-Württemberg bei. Die Mehrheit der zweiten Generation aller fünf Herkunftsgruppen ist bilingual erzogen worden, also nicht nur mit Deutsch, sondern auch mit einer der Herkunftssprachen aufgewachsen (vgl. Abbildung 10). Bereits in der zweiten Generation sind herkunftsspezifische Unterschiede festzustellen: Während ein knappes Drittel der Personen mit polnischen Wurzeln ausschließlich mit Deutsch aufwächst, ist dies lediglich bei sieben Prozent der Türkischstämmigen der Fall. Auch Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien, Italien und der ehemaligen Sowjetunion wachsen häufiger ausschließlich mit der deutschen Sprache auf (16 bzw. 17 und 18 %). Bemerkenswert ist, dass in allen zweiten Generationen, die polnische ausgenommen, etwa jede bzw. jeder Fünfte angibt, ausschließlich mit der Herkunftssprache aufgewachsen zu sein. Dies deutet darauf hin, dass ein beträchtlicher Teil von ihnen darauf angewiesen war, die deutsche Sprache in Institutionen wie dem Kindergarten oder der Schule nicht nur zu verbessern, sondern vor allem erst einmal zu erlernen.

Abbildung 10: Als Kind erlernte Sprache (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Mit welcher Sprache oder welchen Sprachen sind Sie als Kind aufgewachsen?"; gewichtet; Fallzahl: 1.426.

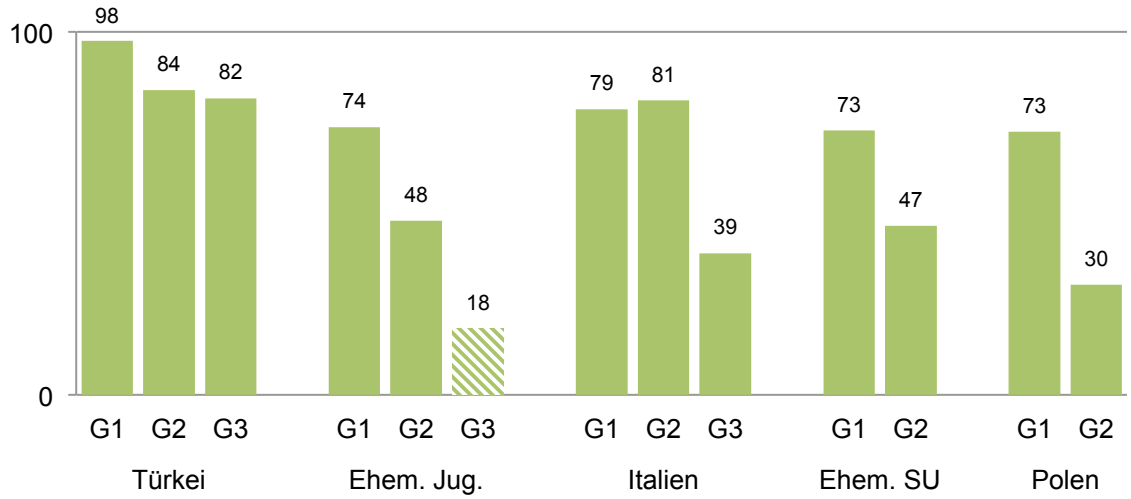
Der Abstand der Türkischstämmigen nimmt in der dritten Generation weiter zu: Während Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien sowie in Italien zu 61 bzw. 59 Prozent ausschließlich mit Deutsch groß geworden ist, wuchs eine Mehrheit der Türkischstämmigen bilingual auf, lediglich 14 Prozent der dritten Generation aus der türkischen Herkunftsgruppe sind ausschließlich mit Deutsch aufgewachsen, was nachvollziehbar erscheint: Denn beherrschen die Eltern die deutsche Sprache womöglich eher mäßig, so kann es eine sinnvolle Strategie sein, Türkisch als Familiensprache beizubehalten, um zu verhindern, dass das Kind die unvollständigen Deutschkenntnisse der Eltern übernimmt.

In einer vertiefenden Analyse wurden Gruppenunterschiede hinsichtlich des Alters, Geschlechts, Wohnorts und Vorhandenseins binationaler Elternhäuser berücksichtigt. Im Ergebnis bleiben die Abstände der Türkischstämmigen zu den übrigen Gruppen beträchtlich. Die türkischen Wurzeln sind also, zumindest in Gestalt der Sprache, in der dritten Generation noch sehr präsent.

Abbildung 11 verdeutlicht, dass einer großen Mehrheit der baden-württembergischen Eltern die Weitergabe der Herkunftssprache wichtig ist. Viele von ihnen möchten, dass ihre Kinder diese erlernen. Stabil bleibt dieser Befund bis in die dritte Generation bei den Per-

sonen mit türkischen Wurzeln, hier geben 82 Prozent der Eltern an, dass es ihnen wichtig sei, die Herkunftssprache an die Kinder weiterzugeben. Es ist also damit zu rechnen, dass der Befund aus Abbildung 10 fortgeschrieben wird und auch in der vierten Generation noch überdurchschnittlich viele Kinder mit türkischen Wurzeln zumindest bilingual aufwachsen werden.

Abbildung 11: Wichtigkeit der Herkunftssprache für eigene Kinder (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Ist bzw. war es Ihnen wichtig, dass ihre Kinder [Herkunftssprache] lernen?“; nur Befragte mit eigenen Kindern; schraffierter Balken mit Fallzahl < 30; gewichtet; Fallzahl: 1.688.

Auffällig ist, dass auch italienischstämmige Eltern der zweiten Generation den Wunsch der Weitergabe der italienischen Sprache an ihre Kinder relativ häufig zum Ausdruck bringen. Ähnlich wie beim Festhalten an der Staatsbürgerschaft (siehe oben) ist also in der italienischstämmigen zweiten Generation noch eine starke Orientierung am Herkunftsland festzustellen, jedenfalls im Sinne einer sprachlichen Orientierung, die es beispielsweise ermöglicht, mit Verwandten in Kontakt zu bleiben. Bei den übrigen Gruppen lässt hingegen das Interesse an der Herkunftssprache häufig schon in der zweiten Generation deutlich nach. Eine vertiefende Analyse zeigt, dass Eltern mit Abitur eher Wert darauf legen, dass ihre Kinder die Herkunftssprache erlernen. So liegt die Zustimmung der Eltern mit Hochschulreife zu dieser Frage durchschnittlich um neun Prozentpunkte höher. Dies kann darauf hindeuten, dass Eltern ihre Kinder bewusst bilingual erziehen, in der Hoffnung, dass sich die Mehrsprachigkeit der Kinder zum Beispiel positiv in ihren Arbeitsmarktchancen niederschlägt.

Die Eltern wurden darüber hinaus gefragt, ob es ihnen wichtig sei, dass ihre Kinder Deutsch lernen. Hier überrascht es wenig, dass nur eine sehr kleine Minderheit (weniger

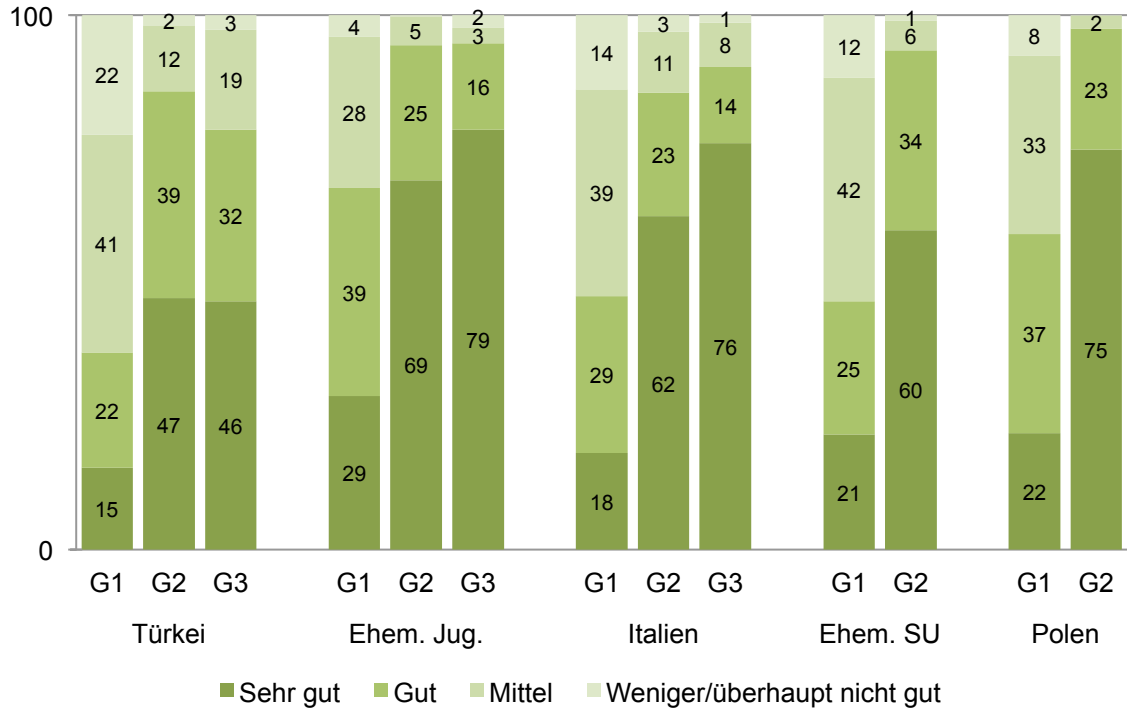
als 4 %) dies verneint. Den Eltern ist die Integrationsfunktion der deutschen Sprache also bewusst, von „Integrationsverweigerung“ oder „Abschottung“ kann hier somit keine Rede sein.

Um mehr über die Deutschkenntnisse der Personen mit ausländischen Wurzeln in Baden-Württemberg zu erfahren, wurden die Befragten gebeten, ihre Sprachkenntnisse selbst einzuschätzen (vgl. Abbildung 12).[6] Darüber hinaus wurde auch die Sprachkompetenz in der Herkunftssprache erhoben (Abbildung 13). Die erste Generation, die in der Regel nicht unter deutschen Muttersprachlern aufgewachsen ist, schätzt ihre Deutschkenntnisse erwartungsgemäß am schlechtesten ein. Die Migrantinnen und Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen geben dabei mehrheitlich an, schon einmal einen Deutschkurs, in der Regel in Deutschland, absolviert zu haben (75 bzw. 65 %). Die erste Generation der übrigen Herkunftsgruppen hat solche Angebote bislang deutlich seltener in Anspruch genommen (Türkei G1: 49 %; ehem. Jug. G1: 42 %, Italien G1: 32 %).

Während die Sprachkompetenz in der Herkunftslandsprache über die Generationen abnimmt, nehmen die deutschen Sprachkenntnisse im Generationenverlauf erwartungsgemäß zu: In der dritten Generation – bei Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen sogar schon in der zweiten Generation – schätzen mehr als 90 Prozent ihre Sprachkenntnisse als sehr gut oder gut ein. Eine Ausnahme bilden hier allerdings die Personen mit türkischen Wurzeln: Zum einen findet in der dritten Generation keine weitere Verbesserung gegenüber der zweiten Generation statt, zum anderen liegen sie mit ihren selbst eingeschätzten Sprachkenntnissen erkennbar hinter den übrigen Herkunftsgruppen. Obwohl bereits die Eltern der hier befragten türkischen zweiten und dritten Generation sehr daran interessiert sind, dass ihre Kinder Deutsch lernen (siehe oben), scheint es in diesen Gruppen Hemmnisse zu geben. Gerade dann, wenn sie selbst unsicher im Gebrauch der deutschen Sprache sind, dürfte es ihnen häufig leichter fallen, auf die Herkunftssprache zurückzugreifen.

[6] Diese Selbsteinschätzung ist natürlich subjektiv und muss nicht die objektiven Sprachkenntnisse widerspiegeln. Zusätzlich wurden auch die Interviewer am Ende der Befragung um eine (ebenfalls subjektive) Einschätzung der Deutschkenntnisse der Befragten gebeten. Dabei zeigt sich, dass alle hier unterschiedenen Gruppen ihre Deutschkenntnisse schlechter einschätzten als die Interviewer, diese stuften die Sprachkenntnisse der Befragten häufiger als „sehr gut“ ein.

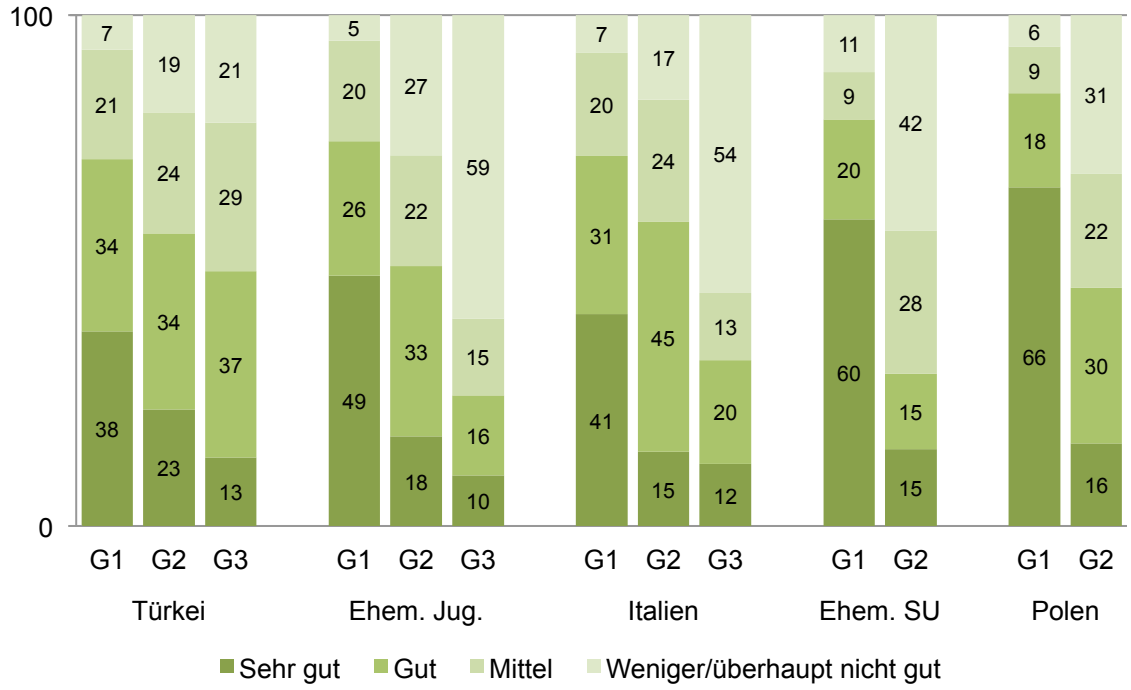
Abbildung 12: Selbsteinschätzung der Deutschkenntnisse (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: "Wie gut können Sie nach Ihrer eigenen Einschätzung Deutsch sprechen?"; „sehr gut“ für Befragte, die nur mit Deutsch aufgewachsen sind; gewichtet; Fallzahl: 2.561.

In einer vertiefenden Betrachtung zeigt sich, wie erwartet, ein allgemein positiver Zusammenhang der Sprachkenntnisse mit dem formalen Bildungsniveau der Befragten. Geschlechtsspezifische Unterschiede oder solche des Wohnorts lassen sich indes nicht finden. Darüber hinaus ist die deutsche Sprachkompetenz zumindest tendenziell positiv mit der Sprachkompetenz in der Herkunftssprache korreliert, insbesondere bei der zweiten türkisch- und italienischstämmigen Generation. Gute Kenntnisse der Herkunftssprache stehen also nicht im Widerspruch zu guten Deutschkenntnissen.

Abbildung 13: Selbsteinschätzung Sprachkenntnisse der Herkunftslandsprache (in Prozent)



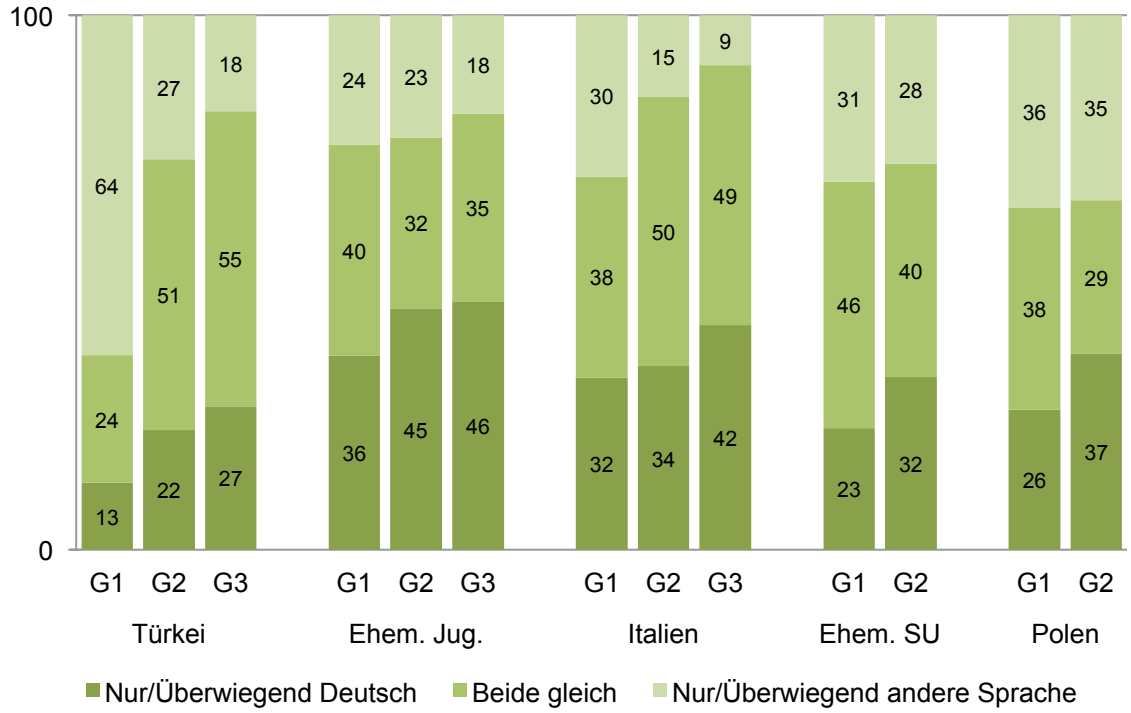
Quelle: Integration gelungen?; Frage: "Wie gut können Sie nach Ihrer eigenen Einschätzung [Herkunftslandsprache] sprechen?"; Sollte die befragte Person Angaben zu unterschiedlichen Herkunftslandsprachen (z.B. Ukrainisch und Russisch) gemacht haben, so wurde die Antwort mit den jeweils besseren Sprachkompetenzen ausgewertet; gewichtet; Fallzahl: 2.563.

Sprachverwendung

Informationen über die Sprachverwendung können zeigen, wie wichtig die eine oder andere Sprache in bestimmten sozialen Situationen ist. In Abbildung 14 ist zunächst dargestellt, auf welche Sprache die Befragten zu Hause zurückgreifen – also innerhalb der Familie oder mit der Partnerin bzw. dem Partner (Alleinlebende bleiben somit unberücksichtigt). Bis auf die erste Generation mit türkischen Wurzeln, von der nur 13 Prozent zu Hause überwiegend Deutsch mit ihren Familienangehörigen spricht, fallen herkunfts- und generationenspezifische Unterschiede kaum ins Gewicht. In der zweiten und dritten Generation ähneln die Werte der Türkischstämmigen stärker denen der übrigen Herkunftsgruppen. Bemerkenswert ist, dass in 35 bis 55 Prozent der Haushalte selbst in der dritten Generation gleichermaßen Deutsch und eine ausländische Sprache gesprochen werden. Der Blick auf die Unterschiede zwischen den jeweiligen Generationsgruppen zeigt, dass die jeweilige Herkunftssprache in der dritten Generation immer noch eine wichtige Funktion besitzt. Interessanterweise lässt sich in einer vertiefenden Analyse kein genereller Bildungseffekt

feststellen. Befragte mit Hochschulreife sprechen zu Hause nicht häufiger ausschließlich Deutsch als Befragte mit einem geringeren formalen Bildungsabschluss.

Abbildung 14: Sprachverwendung zu Hause (in Prozent)



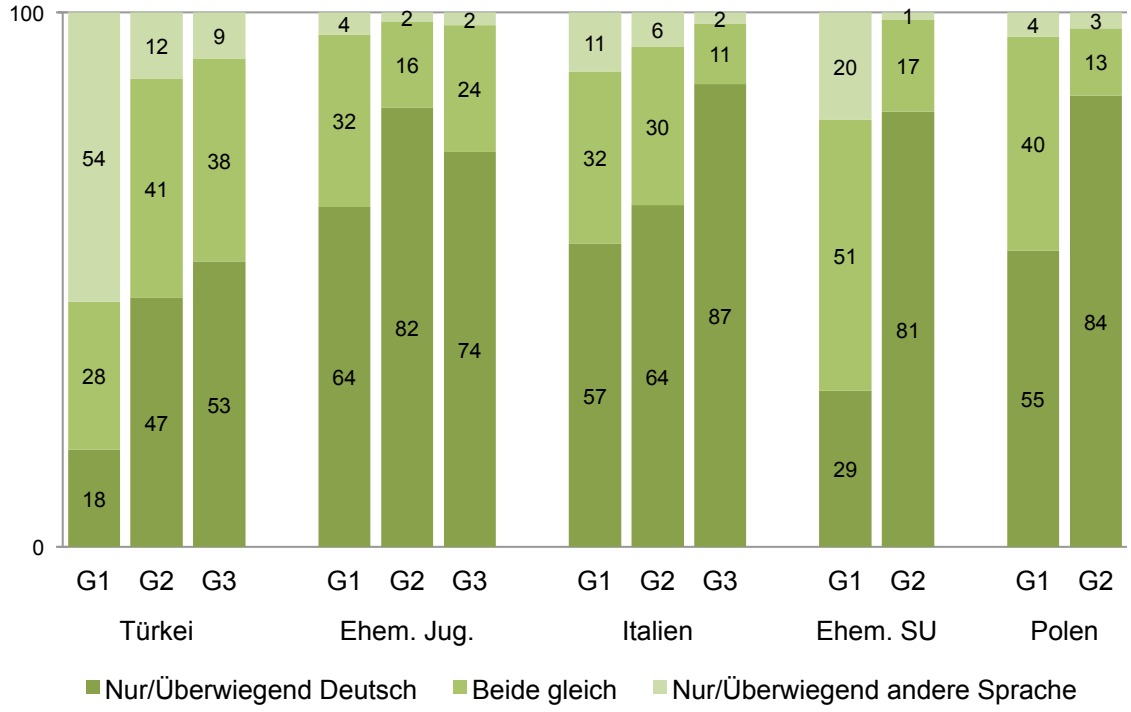
Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Welche Sprachen sprechen Sie mit folgenden Personen: Mit Ihren Familienangehörigen zu Hause?"; ohne Alleinlebende; gewichtet; Fallzahl: 1.840.

In der Kommunikation mit Freundinnen und Freunden verliert die Herkunftssprache allerdings deutlich stärker an Bedeutung, Deutsch ist hier die dominierende Sprache (vgl. Abbildung 15). Überwiegend oder ausschließlich in der Herkunftssprache kommuniziert mit ihren Freunden nur die erste Generation mit türkischen Wurzeln, hier greifen lediglich 18 Prozent überwiegend auf Deutsch zurück. Dies deutet bereits darauf hin, dass die Freundeskreise der Türkischstämmigen ethnisch homogener sind und es überhaupt erst ermöglichen bzw. es aufgrund des größeren Anteils Türkisch sprechender Personen in Baden-Württemberg mehr Gelegenheiten dazu gibt, sich in der Herkunftssprache zu unterhalten (vgl. Abschnitt 6). Auch die erste Generation aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion greift im Freundeskreis nur in 29 Prozent der Fälle überwiegend auf die deutsche Sprache zurück, mehr als die Hälfte verwendet jedoch beide Sprachen gleich häufig. Zwar ähneln die Werte der Türkischstämmigen in zweiter und dritter Generation stärker denen der anderen Herkunftsgruppen, es bleibt aber bei deutlichen Abständen hinsichtlich der Sprachver-

wendung. Dennoch, auch bei den befragten Personen mit türkischen Wurzeln dominiert die deutsche Sprache.

Zusammengenommen verdeutlichen Abbildung 14 und Abbildung 15, dass auch in der dritten Generation sowohl Deutsch als auch eine ausländische Sprache Verwendung finden, die eine eher als Sprache außerhalb des eigenen Haushaltes mit Freundinnen und Freunden, die andere eher als Familiensprache. Wenig überraschend ist hingegen, dass, gefragt nach der Sprachverwendung mit Kolleginnen und Kollegen, die überwiegende Mehrheit aller Herkunfts- und Generationengruppen angibt, in diesem Bereich ausschließlich oder überwiegend Deutsch zu sprechen.

Abbildung 15: Sprachverwendung mit Freunden (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Welche Sprachen sprechen Sie mit folgenden Personen: Mit Ihren Freundinnen und Freunden?"; gewichtet; Fallzahl: 2.128.

Es hat sich gezeigt, dass in der zweiten Generation eine Mehrheit der Befragten mit ausländischen Wurzeln bilingual aufgewachsen ist, auch in der dritten Generation ist dies noch relativ häufig der Fall. Gleichzeitig sind acht bis 22 Prozent der Angehörigen der zweiten Generation als Kind nicht mit Deutsch aufgewachsen. Dies unterstreicht die Bedeutung außerfamiliärer Gelegenheiten Deutsch zu lernen.

Eltern mit ausländischen Wurzeln ist es nahezu ausnahmslos wichtig, dass ihre Kinder Deutsch lernen. Gleichzeitig möchten viele von ihnen aber auch, dass ihre Kinder die Sprache ihres Herkunftslands erlernen; in der zweiten Generation sind dies zwischen 30 und 84 Prozent, durchschnittlich häufiger diejenigen mit Hochschulreife.

Die Kenntnisse der deutschen Sprache nehmen im Generationenverlauf zu. Auch wenn in der zweiten Generation mehr als die Hälfte der Befragten ihre Deutschkenntnisse als sehr gut oder gut einschätzen, so gibt es auch in der dritten Generation Befragte, die hier offenkundig selbst Defizite sehen. Die zweite und dritte Generation mit türkischen Wurzeln schätzt im Vergleich zu anderen Herkunftsgruppen ihre eigenen Deutschkenntnisse zu einem höheren Anteil nur als mittelmäßig ein.

In der dritten Generation wird bei 35 bis 55 Prozent der Familien zu Hause sowohl Deutsch als auch eine ausländische Sprache gesprochen. Ganz anders am Arbeitsplatz oder in der Freizeit: hier ist Deutsch die dominierende Sprache. Die zweite und dritte Generation unterhält sich mehrheitlich mit ihren Freundinnen und Freunden ausschließlich oder überwiegend auf Deutsch.

4. Geteilte Werte und Einstellungen

Migrationsbewegungen bringen für Zuwanderer und für die Aufnahmegesellschaft Vielfalt und Veränderungen von Werten und Einstellungen mit sich. Ob eine Angleichung dieser Werte und Einstellungen Teil des Integrationsprozesses ist, soll im Folgenden untersucht werden, indem gefragt wird: Wie schätzen Einheimische und in Baden-Württemberg lebende Personen mit ausländischen Wurzeln die Vereinbarkeit von Werten der deutschen Gesellschaft mit denen anderer Gesellschaften ein? Und wie stehen Einheimische und Personen mit ausländischen Wurzeln zur normativen Gleichstellung der Geschlechter?

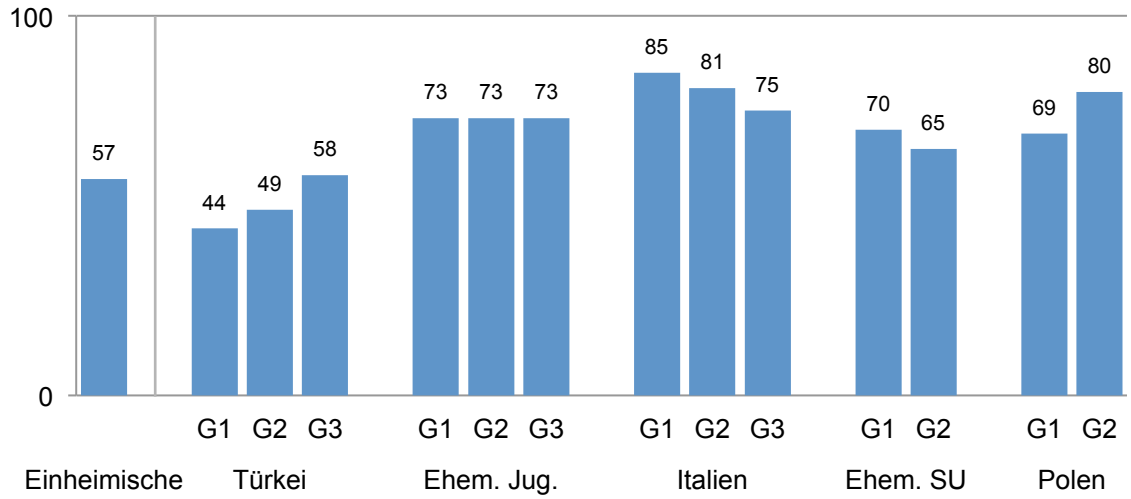
Vereinbarkeit von Werten

Zuwanderer und Einheimische wurden gebeten, die Vereinbarkeit der Werte der eigenen Gruppe mit denen von Einheimischen bzw. Zuwanderern einzuschätzen.

Eine große Mehrheit der Befragten mit ausländischen Wurzeln hält die Werte der Deutschen mit den Werten ihres eigenen Herkunftslandes für vereinbar (vgl. Abbildung 16). Interessanterweise schätzen Personen mit ausländischen Wurzeln die Werte eher als vereinbar ein als Einheimische. Eine Ausnahme stellen Personen mit türkischen Wurzeln in der ersten und zweiten Generation dar. Bei ihnen steigt der Anteil derer, die eine Vereinbarkeit der Werte sehen, im Generationenverlauf jedoch von 44 auf 58 Prozent und erreicht damit das Niveau der Einheimischen. Bei Personen mit italienischen Wurzeln halten hingegen im Generationenverlauf zunehmend weniger Befragte eine Vereinbarkeit der Werte für gegeben. Vertiefende Analysen zeigen, dass die dritte Generation mit italienischen Wurzeln die Werte von Deutschen mit denen von Zuwanderern auch unter Berücksichtigung der demografischen Merkmale (Geschlecht, Alter, Bildung, Wohnort) seltener für vereinbar hält als die erste oder zweite Generation.

Der im Generationenverlauf leichte Rückgang der Wertevereinbarkeit bei Personen mit italienischen Wurzeln ist vor allem auf Befragte mit zwei zugewanderten Elternteilen zurückzuführen. Bei Italienischstämmigen aus binationalen Elternhäusern bleibt die Wertevereinbarkeit im Generationenverlauf hingegen stabil.

Abbildung 16: Vereinbarkeit der Werte von Einheimischen und Personen mit ausländischen Wurzeln (in Prozent)

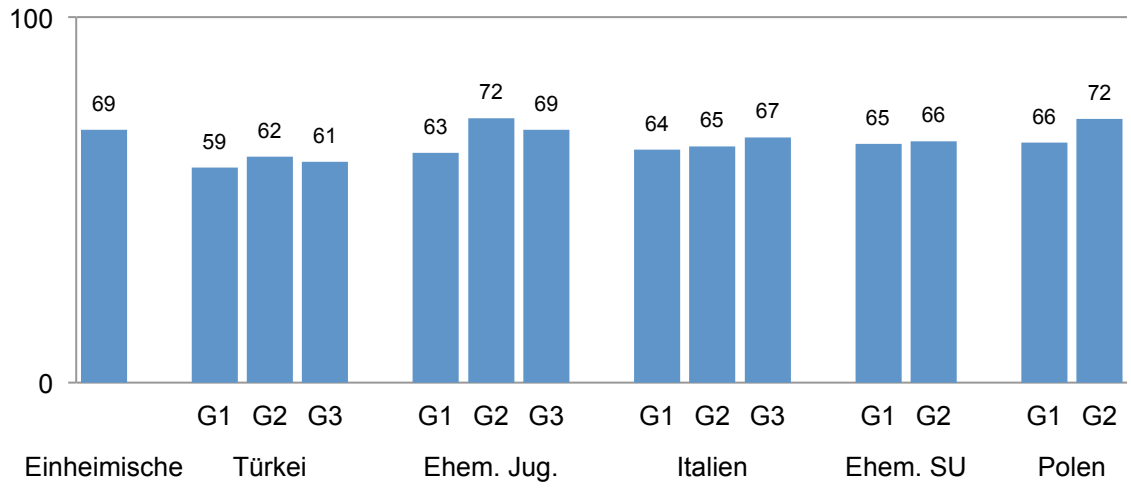


Quelle: Integration gelungen?; Frage für Einheimische: „Sind Sie der Ansicht, dass die Werte der Einheimischen mit den Werten der Personen, die nach Deutschland zugewandert sind voll und ganz (1), eher (2), eher nicht (3) oder überhaupt nicht (4) miteinander vereinbar sind?“ Frage für Zuwanderer: „Sind Sie der Ansicht, dass die Werte der Einheimischen mit den Werten der Personen aus [Herkunftsland] voll und ganz (1), eher (2), eher nicht (3) oder überhaupt nicht (4) miteinander vereinbar sind?“; Prozentsatz der Befragten, die „voll“ oder „eher“ zustimmen; gewichtet; Fallzahl: 486 (Einheimische), 2.388 (Zuwanderer).

Gleichstellung der Geschlechter

Mit Hilfe eines gebildeten Index, der *Gender Equality Scale*, kann nun die Zustimmung der verschiedenen Gruppen zur Gleichstellung der Geschlechter miteinander verglichen werden (vgl. zur Gender Equality Scale Inglehart & Norris 2005). Der Index basiert auf vier Fragen zur Messung der Einstellung gegenüber der Gleichstellung von Frauen: Einstellung zu Frauen als politische Führungskräfte und als Unternehmerinnen, die Berufstätigkeit von Müttern, sowie die Priorität akademischer Ausbildung von Jungen im Vergleich zu Mädchen. Alle Personen mit ausländischen Wurzeln erreichen Zustimmungswerte von über 50 bzw. 60 Prozent (vgl. Abbildung 17). Bis auf drei Ausnahmen (zweite und dritte jugoslawische Generation, zweite polnische Generation) ist jedoch eine geringere Zustimmung zur Geschlechtergleichheit als bei Einheimischen zu verzeichnen. Besonders ausgeprägt sind die Abstände zu den Einheimischen bei Türkischstämmigen insgesamt, der ersten Generation mit jugoslawischen Wurzeln und auch der ersten und zweiten Generation italienischer Herkunft. Befragte dieser Gruppen stimmen der Gleichstellung der Geschlechter statistisch signifikant seltener zu als Einheimische.

Abbildung 17: Zustimmung zur Geschlechtergleichstellung (Gender Equality Scale)



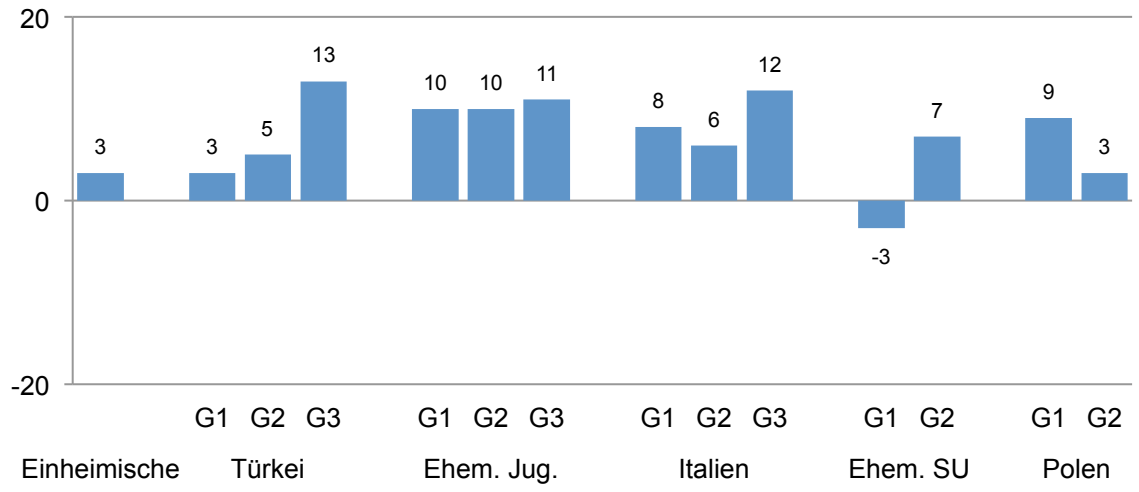
Quelle: Integration gelungen?; Additiver und auf 100 standardisierter Index folgender Items (vgl. Inglehart & Norris 2005): „Bitte sagen Sie mir nun zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie voll und ganz übereinstimmen (1), übereinstimmen (2), nicht übereinstimmen (3) oder gar nicht übereinstimmen (4): Im Vergleich zu Frauen sind Männer die besseren politischen Führungskräfte; Ein Kleinkind wird wahrscheinlich darunter leiden, wenn die Mutter berufstätig ist; Eine Universitätsausbildung ist für Jungen wichtiger als für Mädchen; Männer sind die besseren Manager und Unternehmer als Frauen"; gewichtet; Fallzahl: 3.059.

Von der ersten bis zur dritten türkischstämmigen Generation kann eine relative Stabilität in Bezug auf die Zustimmung zur Geschlechtergleichstellung beobachtet werden. Anders verhält es sich bei den übrigen Herkunftsgruppen, hier nähert sich der Wert der zweiten bzw. dritten Generation stärker dem Wert der Einheimischen an, bei den Personen aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen sind die Abstände zu den Einheimischen statistisch nicht von Bedeutung. Auch wenn in einer vertiefenden Analyse weitere demografische Merkmale (Alter, Bildung, Wohnort) berücksichtigt werden, bleiben die berichteten Unterschiede bestehen. Die vertiefende Analyse zeigt auch, dass jüngere Befragte, diejenigen mit Hochschulreife und Befragte in Großstädten progressivere Einstellungen vertreten.

Mit Blick auf die vier Bereiche, die Grundlage der Indexbildung sind, lässt sich zwischen Zuwanderern und Einheimischen eine ähnliche Tendenz erkennen. Beispielsweise stößt die Erwerbstätigkeit von Müttern mit insgesamt 62 Prozent unter Befragten aller Herkunftsgruppen auf weitaus mehr Ablehnung als eine traditionelle Einstellung zur Gleichstellung der Geschlechter in Beruf und Bildung (16 bzw. 12 %). Am häufigsten vertritt dabei die erste und zweite Generation Türkischstämmiger konservative Rollenvorstellungen in der Kindererziehung. Bezüglich der Priorität der Hochschulausbildung für Jungen äußerten Befragte der zweiten Generation mit Wurzeln in Polen und dem ehemaligen Jugoslawien progressivere Ansichten als Einheimische.

Mit Ausnahme der ersten Generation aus der ehemaligen Sowjetunion stehen in allen Gruppen Männer einer Gleichstellung der Geschlechter kritischer gegenüber als Frauen (vgl. Abbildung 18). Bei den Einheimischen liegt die Zustimmung der Frauen zur Geschlechtergleichstellung drei Prozentpunkte über dem Wert der Männer. Bei den Türkischstämmigen ist der relativ eindeutige Trend bemerkenswert: Im Generationenverlauf wächst die Differenz zwischen Türkinnen und Türken in der Einstellung zur Geschlechtergleichstellung an. Diese Zunahme in der geschlechtsspezifischen Zustimmung zur Geschlechtergleichstellung ist darauf zurückzuführen, dass die Türkinnen der dritten Generation ähnlich hohe Zustimmungswerte erreichen wie die einheimischen Frauen, während bei Türken sogar ein leichter Rückgang in der Zustimmung im Generationenvergleich zu verzeichnen ist. Relativ stabil bleibt die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Einstellung bei Befragten mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien und in Italien, bei den Polnischstämmigen nimmt sie ab.

Abbildung 18: Abstände der Frauen auf der Gender Equality Scale zu den Werten der Männer



Quelle: Integration gelungen?; Differenz der Gender Equality Scale (Frauen – Männer); zur Gender Equality Scale vgl. Abbildung 17; gewichtet; Fallzahl: 3.059.

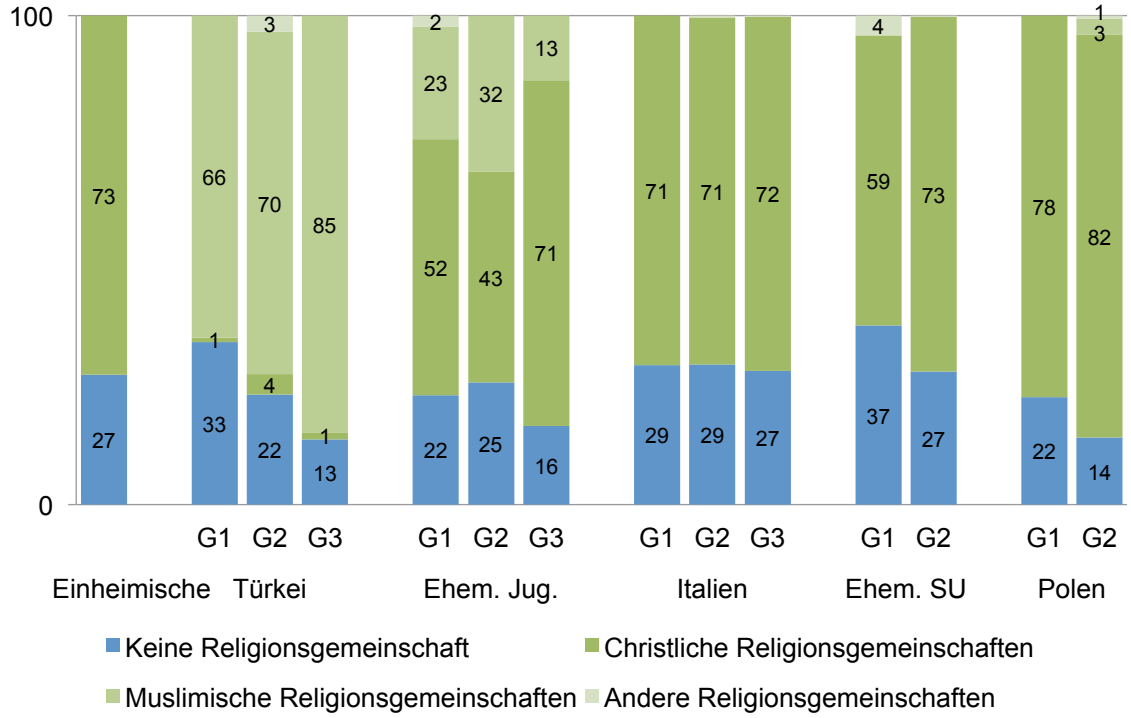
Zusammenfassend zeigt sich, dass alle befragten Herkunfts- und Generationengruppen, mit Ausnahme der türkischstämmigen ersten und zweiten Generation, die Werte der Deutschen mit den Werten ihres jeweiligen Herkunftslandes eher für vereinbar halten als die einheimischen Befragten dies in Bezug auf die Vereinbarkeit mit den Werten Zugewanderter tun.

Bei einer großen Mehrheit der Personen mit ausländischen Wurzeln kann eine starke Zustimmung zur Gleichstellung der Geschlechter festgestellt werden. Jedoch fällt die Zustimmung bei Türkischstämmigen generell, der ersten Generation mit jugoslawischen Wurzeln sowie der ersten und zweiten Generation italienischer Herkunft weniger stark aus als bei Einheimischen. Frauen neigen hier ganz überwiegend häufiger zu progressiveren Einstellungen als Männer.

5. Religiöses Leben

Drei Viertel der befragten Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger ordnen sich einer Religionsgemeinschaft zu. 58 Prozent gehören christlichen, 15 Prozent islamischen Glaubensgemeinschaften an. Mitglieder anderer Religionen bilden eine sehr kleine Minderheit von unter einem Prozent. Abbildung 19 gibt einen Überblick über die Verteilungen innerhalb der Herkunfts- und Generationsgruppen.

Abbildung 19: Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaft (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Fragen: „Gehören Sie einer Religion oder Glaubensgemeinschaft an?“, „Welcher Religion oder Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?“; gewichtet; Fallzahl: 3.023.

Unter Einheimischen und Befragten mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien, Italien, in der ehemaligen Sowjetunion und Polen dominieren christliche Religionsgemeinschaften. Katholiken bilden unter den Christen aus Italien, Polen und dem ehemaligen Jugoslawien wenig überraschend den größten Anteil. Bei den Einheimischen sind 41 Prozent der Christen katholisch und 54 Prozent Protestanten. Christen mit einem Migrationshintergrund aus der ehemaligen Sowjetunion gehören zum Großteil der evangelischen Kirche (ohne Freikirchen) an. Angehörige evangelischer Freikirchen und orthodoxer Kirchen bilden unter allen befragten Christen eine Minderheit. Rund 33 Prozent der ersten Generation mit türkischen Wurzeln gibt an, keiner Religion oder Glaubensgemeinschaft anzugehören. Darüber hinaus gehören Türkischstämmige vornehmlich muslimischen Religionsgemeinschaften

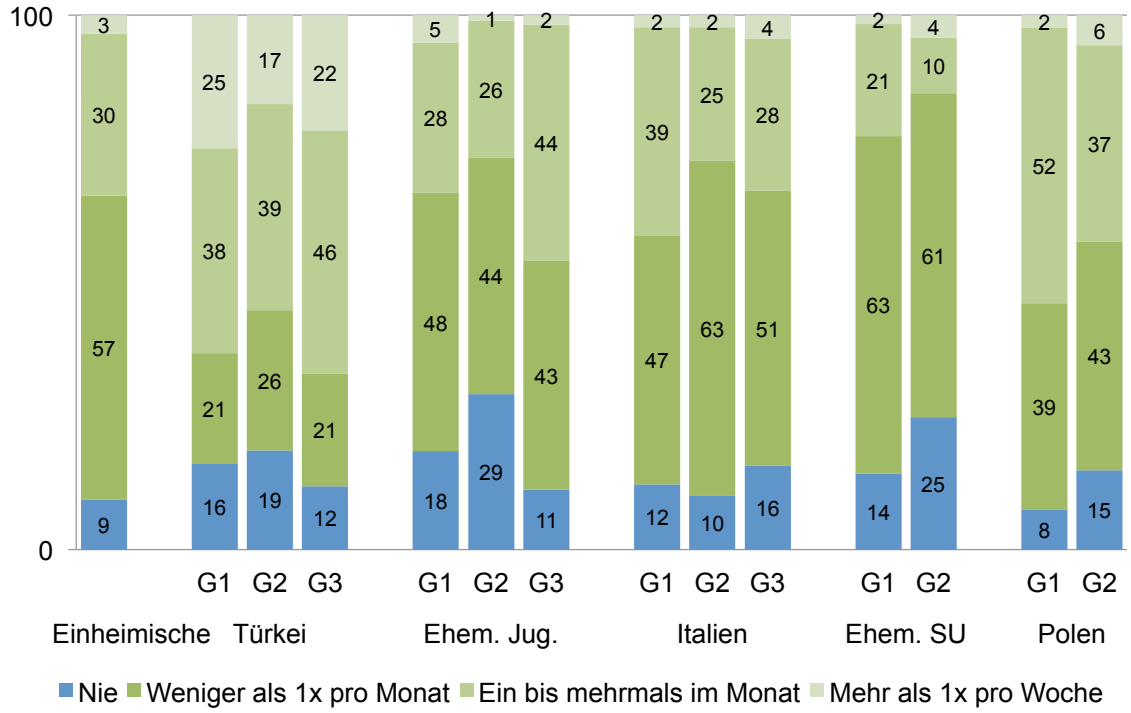
an. Muslime finden sich auch unter den Migrantinnen und Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien. Von allen befragten Muslimen gehören 39 Prozent einer sunnitischen, sieben Prozent einer alevitischen und ein Prozent einer schiitischen Glaubensgemeinschaft an. Interessanterweise wollen oder können sich 53 Prozent der befragten Muslime keiner spezifischen islamischen Glaubensrichtung zuordnen.[7] Wie bereits erwähnt stellen Angehörige anderer Religionsgemeinschaften eine sehr kleine Minderheit dar. Dazu gehören auch Befragte jüdischen Glaubens, die ausschließlich unter denjenigen Befragten mit Wurzeln in Ländern der ehemaligen Sowjetunion repräsentiert sind.

Besuche von Gottesdiensten und religiösen Veranstaltungen

Um mehr über die praktische Religionsausübung zu erfahren, wurden Angehörige von Religionsgemeinschaften gefragt, wie häufig sie einen Gottesdienst oder eine andere religiöse Veranstaltung besuchen. Unterschieden wurde zwischen den Kategorien „nie“, „weniger als einmal im Monat“, „ein- bis mehrmals im Monat“ und „mehr als einmal in der Woche“ (vgl. Abbildung 20).

[7] Zu bedenken ist jedoch, dass diese Frage für zahlreiche Befragte nicht einfach zu beantworten ist. Ähnlich schwer dürfte es beispielsweise Protestanten fallen, ihre genaue Konfession anzugeben, also beispielsweise evangelisch-lutherisch, evangelisch-reformiert oder französisch-reformiert.

Abbildung 20: Besuche von Gottesdiensten oder anderen religiösen Veranstaltungen (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Wie oft besuchen Sie Gottesdienste oder religiöse Veranstaltungen [in der Kirche/in der Synagoge/in der Moschee/im Cem-Haus/im Gemeindehaus]?“ Nur Mitglieder einer Religionsgemeinschaft; gewichtet; Fallzahl: 2.255.

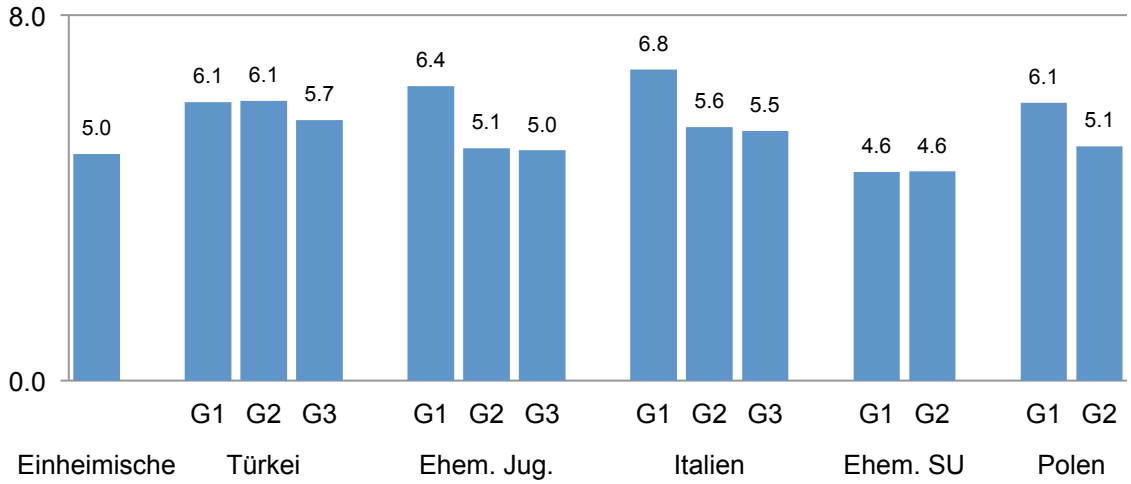
Knapp die Hälfte der Mitglieder einer Religionsgemeinschaft besucht weniger als einmal pro Monat einen Gottesdienst oder eine religiöse Veranstaltung. Insgesamt besuchen 40 Prozent der Gläubigen regelmäßig einen Gottesdienst (mindestens einmal im Monat), sechs Prozent nehmen sogar mehrmals pro Woche an religiösen Veranstaltungen teil, 14 Prozent nie. Von diesen Durchschnittswerten weichen die einzelnen Gruppen jedoch deutlich ab. Personen mit Wurzeln in der Türkei besuchen beispielsweise öfter religiöse Veranstaltungen; häufig auch mehrmals pro Woche. So geben 25 Prozent der Türkischstämmigen der ersten Generation an, mehrmals in der Woche an religiösen Veranstaltungen teilzunehmen, in der zweiten und dritten Generation werden hier ähnlich hohe Werte erreicht (17 bzw. 22 %). Da diese Gruppe (im Gegensatz zu allen anderen Befragten) vor allem muslimischen Glaubens ist, könnte das engagierte Besuchsverhalten durch eine abweichende religiöse Praxis im Islam bedingt sein. Nicht nur bei den Befragten türkischer Herkunft ist die religiöse Praxis im Vergleich der jeweiligen Generationen relativ stabil, dies ist auch bei allen anderen Gruppen, mit Ausnahme der Befragten aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen, der Fall. Bei diesen beiden Gruppen zeigt sich im Vergleich, dass die erste Generation tendenziell religiöser ist als die jeweilige zweite Generation, jedenfalls dann, wenn man die Teilnahme an Gottesdiensten als Maßstab hierfür heranzieht.

Selbsteinschätzung der Religiosität

Wichtiger als die oben untersuchte Frage nach der „formalen" religiösen Zugehörigkeit, die eher dem Verständnis der institutionell gefestigten deutschen christlichen Kirchen gerecht wird als dem des Islam, ist die Frage nach der Intensität der Religiosität. Dazu wurden alle Befragten gebeten, auch Personen, die keiner Glaubensgemeinschaft angehören, ihre Religiosität auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht religiös") bis 10 („sehr religiös") einzustufen. Da formale Kriterien wie Gottesdienstbesuche oder die Häufigkeit des Betens religionsbedingt variieren können, bietet diese Selbsteinschätzung eine Möglichkeit, den Stellwert von Religiosität im Alltag der Befragten besser vergleichen zu können (vgl. Abbildung 21).

Die Ergebnisse zeigen, dass Türkischstämmige sich religiöser einschätzen als es Einheimische tun, im Vergleich zu Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien oder Italien sind die Unterschiede aber geringer und, je nachdem welche Generation zum Vergleich herangezogen wird, auch statistisch nicht bedeutsam. Befragte mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion zeigen im Durchschnitt die geringste Religiosität. Auffallend ist, dass sich in einigen Gruppen die erste Generation religiöser einschätzt als die folgenden Generationen. Für Migrantinnen und Migranten aus Italien und Polen ist dieser Unterschied statistisch signifikant, dies steht also im Einklang zur oben beschriebenen Abnahme der Besuchshäufigkeit von Gottesdiensten. Die im Generationenvergleich relativ stabile Teilnahme an religiösen Veranstaltungen, wie sie oben festgestellt werden konnte, bestätigt sich bei den Türkischstämmigen in ihrer Einschätzung der Religiosität. Diese bleibt, im Einklang mit bisherigen Forschungsbefunden, über die Generationen hinweg konstant (vgl. Diehl & Koenig 2009).

Abbildung 21: Selbsteinschätzung der Religiosität (Mittelwerte)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Würden Sie von sich sagen, dass Sie eher religiös oder eher nicht religiös sind? Stellen Sie sich bitte eine Skala von 0 bis 10 vor. 0 bedeutet, dass Sie „überhaupt nicht religiös“ sind, 10 bedeutet, dass Sie „sehr religiös“ sind. Wo würden Sie sich selbst einstufen?“; gewichtet; Fallzahl: 3.044.

Weitergehende Analysen zeigen, dass sich unabhängig von Herkunft und Generation starke Unterschiede zwischen den Geschlechtern abzeichnen. Mit Ausnahme der ersten Generation mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien liegt der Mittelwert der religiösen Selbsteinschätzung von Frauen deutlich über dem der Männer. Auch formale Bildung besitzt einen entscheidenden Einfluss: Personen mit Hochschulreife schätzen ihre Religiosität im Mittel niedriger ein als Personen mit geringerer formaler Bildung. Ein Unterschied zwischen städtischen oder ländlichen Regionen lässt sich hier nicht feststellen.

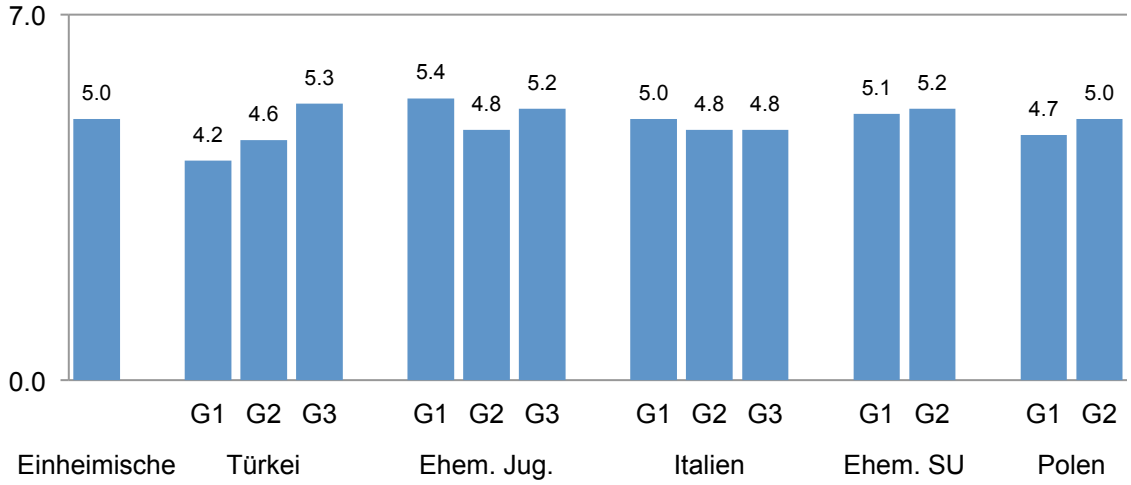
Interreligiöser Dialog und Religionsunterricht in der Schule

Die Befragten wurden um eine Einschätzung zur Haltung der deutschen Gesellschaft gegenüber Muslimen gebeten (vgl. Abbildung 22). Im Ergebnis kommen annähernd alle Gruppen zu einem ähnlichen Ergebnis und schätzen die Haltung gegenüber Muslimen in Deutschland weder als besonders schlecht noch als besonders gut ein. Lediglich die erste türkischstämmige Generation schätzt die Haltung gegenüber Muslimen statisch signifikant schlechter ein als einheimische Befragte.

Während 40 Prozent aller Befragten und 46 Prozent der Einheimischen angeben, dass sie der Meinung sind, die Haltung gegenüber Muslimen habe sich in den letzten zehn Jahren verschlechtert (ohne Abbildung), sind dies bei den Türkischstämmigen der ersten Generation sogar 51 Prozent (Türkei G2: 53 %; Türkei G3: 30 %). Ebenfalls verhältnismäßig ne-

gativ bewerten Befragte aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien die Entwicklung, hier konstatieren 38 Prozent der ersten Generation eine Verschlechterung der Haltung gegenüber Muslimen innerhalb der letzten zehn Jahre (Ehem. Jug. G2: 50 %; Ehem. Jug. G3: 46 %).

Abbildung 22: Einschätzung der Haltung gegenüber Muslimen in Deutschland (Mittelwert)



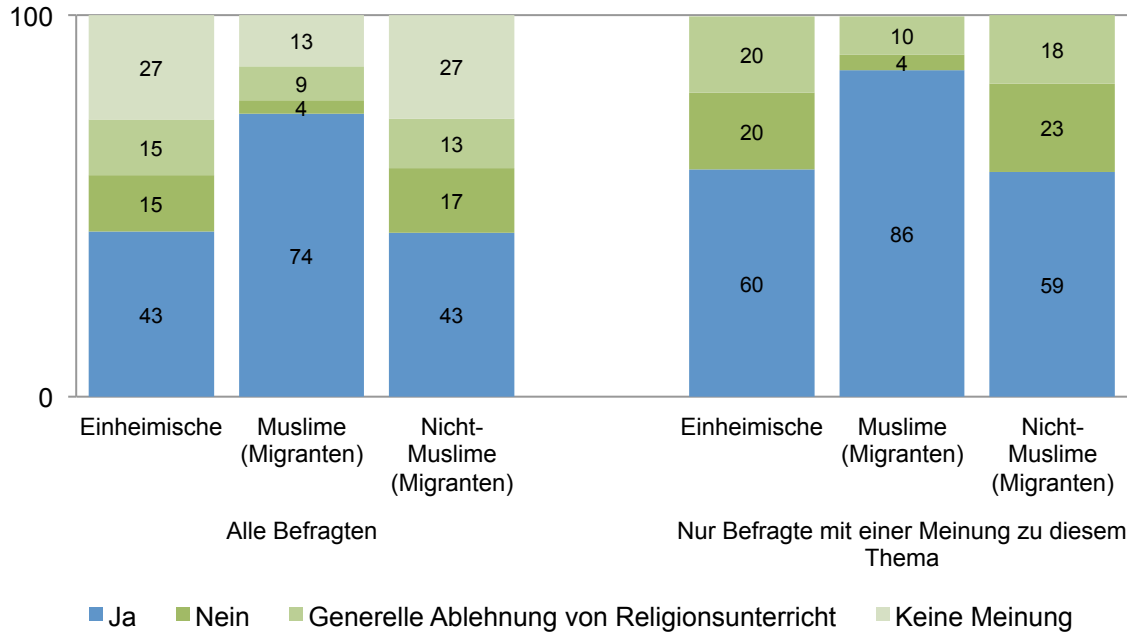
Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Stellen Sie sich bitte eine Skala von null bis zehn vor. Null bedeutet ‚sehr schlecht', zehn bedeutet ‚sehr gut'. Was ist Ihr Eindruck, wie ist die Haltung gegenüber Muslimen in Deutschland momentan?"; gewichtet; Fallzahl: 2.878.

Darüber hinaus wurden alle Personen gefragt, ob sie in ihrer Wohngegend schon einmal in einem Gotteshaus der jeweils anderen Religion gewesen sind. Dabei gaben gut 77 Prozent aller Muslime an, schon einmal in einer Kirche gewesen zu sein, während nur 18 Prozent aller Christen schon einmal eine Moschee in ihrer Wohngegend besucht haben. Zu berücksichtigen ist dabei natürlich, dass islamische Gotteshäuser nicht in allen Regionen zu finden sind und christliche Gemeindehäuser nicht selten für überkonfessionelle Veranstaltungen genutzt werden. Beides kann also sowohl die häufigere Besuchsquote christlicher Kirchen durch Muslime, als auch die geringere Besuchsquote von Christen in Moscheen begründen.

Ungefähr die Hälfte aller Befragten (49 %) würde es befürworten, wenn an baden-württembergischen Schulen auch Schülerinnen und Schülern anderen Glaubens als des Christentums Religionsunterricht angeboten werden könnte. Abgelehnt wird dies von 28 Prozent, von denen in etwa die Hälfte Religionsunterricht an Schulen generell ablehnend gegenübersteht. Knapp ein Viertel der Befragten hat keine Meinung zur Frage des Religionsunterrichts (23 %).

Im Folgenden wird nun die Zustimmungsrate der Einheimischen mit der Zustimmungsrate der befragten Muslime verglichen (vgl. Abbildung 23). Bei der Interpretation dieser Werte ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich die Ergebnisse jeweils auf eine bestimmte Auswahl von Personengruppen beziehen: Die Befragung der Einheimischen basiert auf einer Zufallsstichprobe aller Einwohner Baden-Württembergs, die älter als 14 Jahre sind und die keine ausländischen Wurzeln haben. Die Gruppe der Muslime umfasst nicht alle Muslime, sondern nur Personen mit Wurzeln in der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien. Das Ergebnis kann daher lediglich eine Annäherung an die tatsächliche Meinung der in Baden-Württemberg lebenden Muslime darstellen. Die dritte dargestellte Gruppe wird nur der Vollständigkeit halber gezeigt; sie umfasst alle befragten Migrantinnen und Migranten, die nicht dem Islam angehören.

Abbildung 23: Meinung zu nicht-christlichem Religionsunterricht (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „In der Schule gibt es bisher nur für Schüler christlichen Glaubens eigenen Religionsunterricht. Sollte es Ihrer Meinung nach auch für Schüler anderen Glaubens eigenen Religionsunterricht in der Schule geben (z.B. für Juden, Muslime)?“; gewichtet; Fallzahl: 2.945 bzw. 2.265.

Die Ergebnisse zeigen in allen Gruppen eine deutliche Zustimmung zum Religionsunterricht für Schüler nicht-christlichen Glaubens. Diese findet sich vor allem dann, wenn Befragte von der Auswertung ausgeschlossen werden, die zu diesem Thema keine Meinung geäußert haben (vgl. rechte Hälfte von Abbildung 23). Von den einheimischen Baden-Württembergerinnen und Baden-Württembergern sprechen sich dann 60 Prozent für ein Angebot an nicht-christlichem Religionsunterricht aus. Bei den Muslimen, die derzeit ein

solches Angebot nicht vorfinden, liegt dieser Wert mit 86 Prozent erwartbar deutlich höher.

Insgesamt schätzt sich die zugewanderte erste Generation tendenziell religiöser ein als die zweite bzw. dritte Generation. Während die religiöse Selbsteinschätzung der Türkischstämmigen, auch über die Generationen hinweg, relativ stabil über der Religiosität einheimischer Befragter liegt, kann bei Personen mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion die geringste Religiosität konstatiert werden. Insgesamt nehmen 40 Prozent der Gläubigen mindestens einmal im Monat an einer gemeinschaftlichen religiösen Feier teil.

Die Haltung gegenüber Muslimen in Deutschland schätzen annähernd alle Gruppen weder als besonders schlecht noch als besonders gut ein; signifikant schlechter als Einheimische bewertet die erste türkischstämmige Generation die Haltung gegenüber Muslimen in Deutschland. Der Aussage, dass sich die Haltung gegenüber Muslimen in den letzten zehn Jahren verschlechtert habe, stimmen 40 Prozent aller Befragten und 50 Prozent der Türkischstämmigen zu.

Ungefähr die Hälfte aller Befragten würde es befürworten, wenn baden-württembergische Schulen Religionsunterricht auch für nicht-christliche Konfessionen anböten; 28 Prozent lehnen dies ab bzw. stehen Religionsunterricht an Schulen generell ablehnend gegenüber, knapp ein Viertel der Befragten hat keine Meinung zu dieser Frage.

6. Soziale Netzwerke

Soziale Netzwerke zwischen Personen mit und ohne ausländischen Wurzeln sind ein zentraler Bestandteil von Integration. Personen, die man kennt, beeinflussen das Gefühl der Zugehörigkeit zum Ort, an dem man lebt, und die Beziehungen können zusätzlich als Sozialkapital „genutzt" werden, um beispielsweise eine Arbeitsstelle oder eine Wohnung zu finden. Auch für die gesamte Gesellschaft sind soziale Netzwerke wichtig, da ihr Zusammenhalt davon abhängt, dass es zwischen allen sozialen Gruppen ein Mindestmaß an Kontakt und Austausch gibt.

Soziale Beziehungen

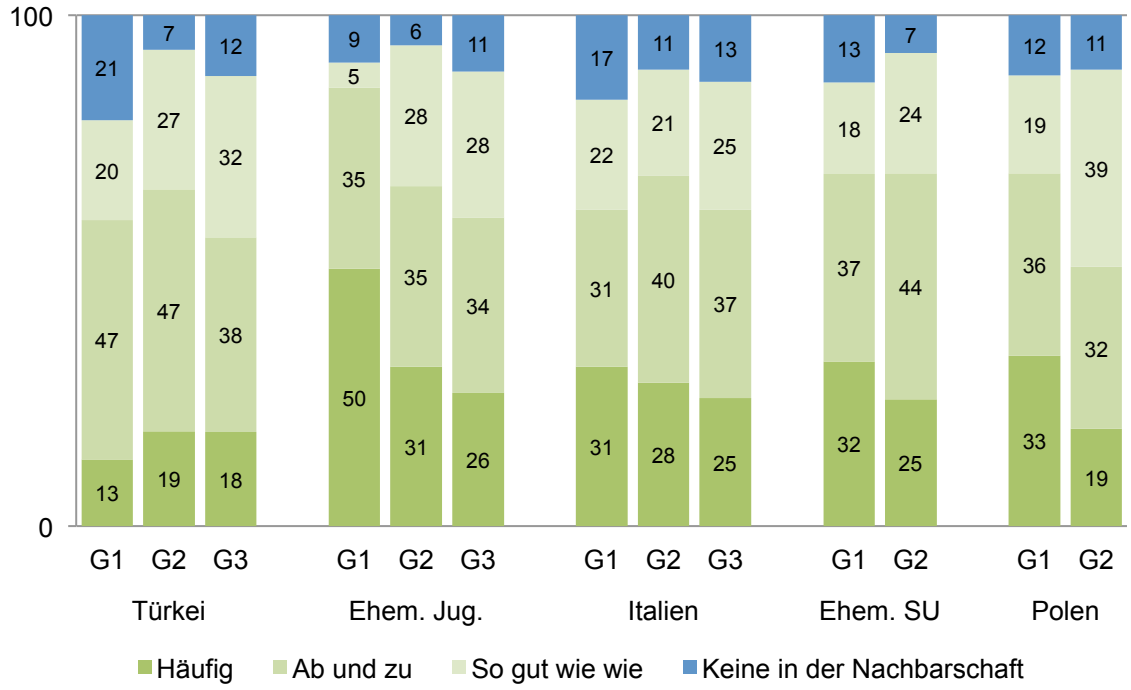
Dieses Mindestmaß an Kontakt von Personen mit ausländischen Wurzeln zu Einheimischen in Baden-Württemberg lässt sich in den vorliegenden Daten deutlich feststellen. So haben nur drei Prozent der befragten Personen mit ausländischen Wurzeln gar keinen Kontakt zu Einheimischen (weder im Freundeskreis noch in der Nachbarschaft noch bei der Arbeit); in mindestens einem der drei genannten Lebensbereiche treffen sich 90 Prozent der Personen mit ausländischen Wurzeln mindestens „ab und zu" mit Einheimischen.

In Abbildung 24 ist einer dieser drei Lebensbereiche detailliert für die Herkunfts- und Generationengruppen dargestellt, der Kontakt zu Einheimischen in der Nachbarschaft. Auffällig ist hier einerseits, dass Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien in der ersten Generation im Vergleich zu allen übrigen Gruppen besonders häufig Kontakt zu Einheimischen in der Nachbarschaft haben. Andererseits berichten die türkischstämmigen Befragten deutlich seltener von häufigen Kontakten, insgesamt hat aber auch diese Gruppe in über der Hälfte der Fälle mindestens ab und zu Kontakt zu einheimischen Nachbarn. Diese Unterschiede verringern sich, bleiben jedoch in der Tendenz bestehen, wenn die unterschiedliche Altersstruktur der Generationsgruppen und das Vorhandensein binationaler Elternhäuser berücksichtigt werden.

Um ein genaueres Bild von den sozialen Kontakten und Beziehungen der Migrantinnen und Migranten in Baden-Württemberg zu erhalten, wurden die Befragten in Bezug auf verschiedene soziale Beziehungen gefragt, ob sie über entsprechende Kontakte verfügen

und ob diese ausländische Wurzeln haben oder nicht. Es werden nun zwei verschiedene Arten sozialer Beziehungen berichtet: feste Partnerschaften sowie Kontakte in der Freizeit.

Abbildung 24: Kontakt zu Einheimischen in der Nachbarschaft (in Prozent)



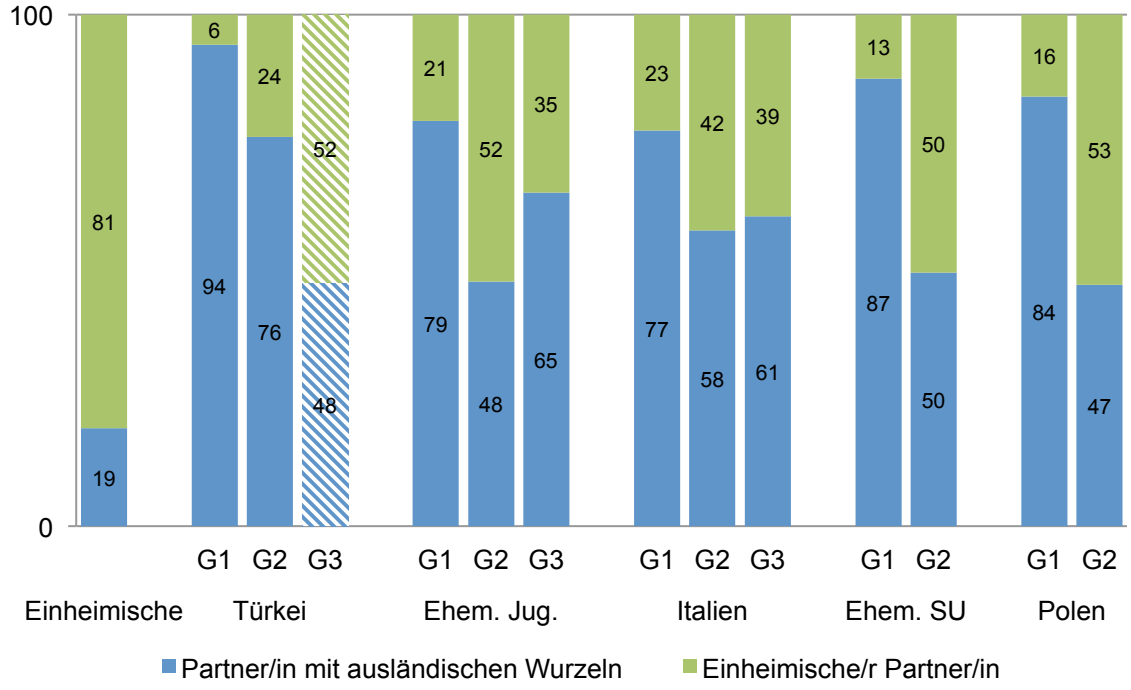
Quelle: Integration gelungen?; Fragen: „Gibt es in Ihrer Nachbarschaft Deutsche ohne ausländische Wurzeln?“, „Und treffen Sie diese...“; gewichtet; Fallzahl: 2.465.

Von den befragten Personen sind zwei Drittel in einer festen Partnerschaft, der Anteil an Partnern mit und ohne ausländische Wurzeln ist in Abbildung 25 dargestellt. Bei den befragten Migrantinnen und Migranten sind vor allem die Unterschiede zwischen den Generationen auffällig. So lebt schon in der zweiten Generation fast die Hälfte der Befragten in einer Partnerschaft mit einer Person ohne ausländische Wurzeln. Wie zu erwarten haben Einheimische seltener Partner mit ausländischen Wurzeln (19 %).

Der stärkste Anstieg lässt sich bei Personen mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion und Polen beobachten. Hier haben in der ersten Generation nur 13 bzw. 16 Prozent einen einheimischen Partner bzw. Partnerin, in der zweiten Generation sind es schon gut 50 Prozent. Bei den Türkischstämmigen steigt der Wert langsamer an als bei den übrigen Gruppen – von sechs Prozent in der ersten auf 24 Prozent in der zweiten Generation. Bei Befragten der dritten Generation aus dem ehemaligen Jugoslawien und Italien steigt der Anteil an Partnerschaften mit Einheimischen nicht weiter an. Er bleibt aber, in einer vertiefenden Analyse unter Berücksichtigung der Gruppenzusammensetzung, auf einem hohen

Niveau bestehen. Bei beiden Herkunftsgruppen zeigt sich, dass Personen aus binationalen Elternhäusern eher mit einem einheimischen Partner zusammenleben. Berücksichtigt man dies, unterscheiden sich die italienischen Migrantinnen und Migranten der dritten Generation nicht mehr von den Türkischstämmigen.

Abbildung 25: Migrationshintergrund von Partnerin bzw. Partner (in Prozent)



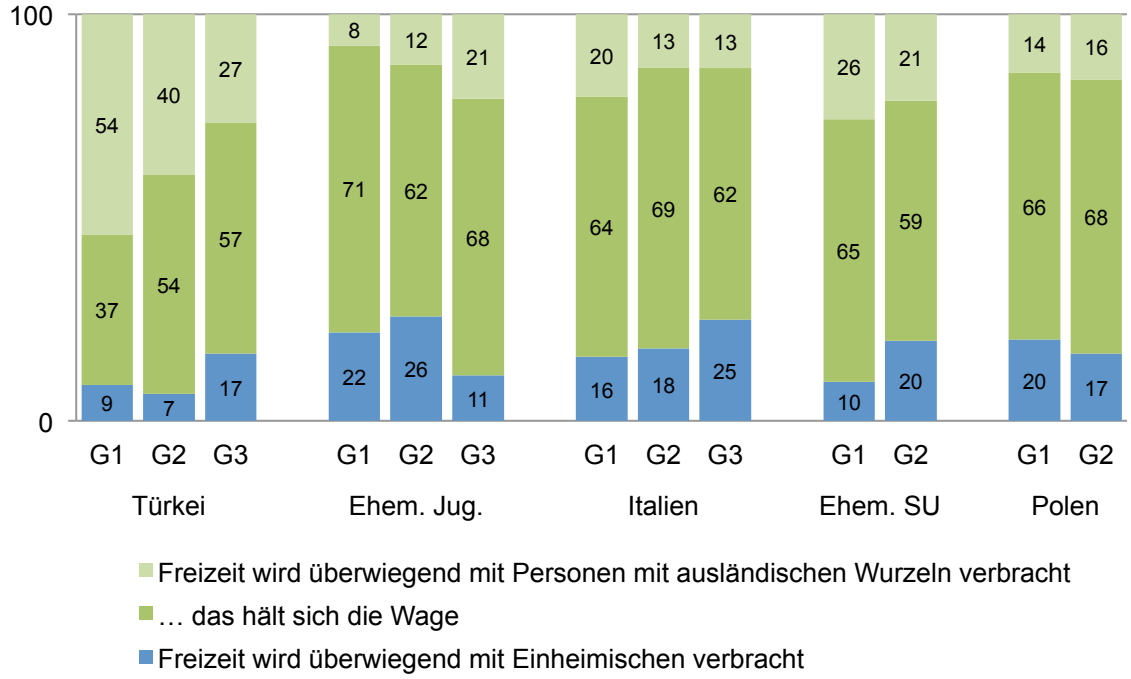
Quelle: Integration gelungen?; Fragen: „Leben Sie zurzeit in einer festen Partnerschaft?“, „Und hat Ihr Partner ausländische Wurzeln?“; schraffierter Balken mit Fallzahl < 30; gewichtet; Fallzahl: 1.889.

Vertiefende Analysen zeigen, dass unter den befragten Personen mit ausländischen Wurzeln Ältere und Personen mit Abitur eher mit Einheimischen in einer Partnerschaft leben. Ein großer Unterschied besteht auch zwischen den Geschlechtern: Migranten haben in einem Drittel der Fälle einen Partner bzw. eine Partnerin ohne ausländische Wurzeln, Migrantinnen nur in einem Viertel der Fälle. Besonders ausgeprägt ist dieser geschlechtsspezifische Unterschied bei den Personen mit italienischen Wurzeln. Außerdem verändert sich der Unterschied zwischen Männern und Frauen zwischen den Generationen: Migranten gehen von Generation zu Generation häufiger eine feste Partnerschaft mit einer Person ohne ausländische Wurzeln ein (G1: 17 %, G2: 47 %, G3: 60 %), bei Migrantinnen ist dies nicht der Fall (G1: 14 %, G2: 33 %, G3: 15 %).

Außerhalb des eigenen Haushalts, in ihrer Freizeit, haben die befragten Personen in der überwiegenden Mehrheit Kontakt zu Einheimischen (vgl. Abbildung 26). Sie wurden ge-

fragt, ob die Personen, mit denen sie ihre Freizeit verbringen, vor allem Personen mit oder ohne ausländische Wurzeln sind oder ob sich dies in etwa die Waage hält. In den meisten Fällen ist dies ausgeglichen. Bei Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien (mit Ausnahme der dritten Generation), Italien und Polen gaben mehr Befragte an, ihre Freizeit vorwiegend mit Einheimischen zu verbringen als mit Personen mit ausländischen Wurzeln. Bei Personen mit Wurzeln in der Türkei und dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ist das umgekehrt.

Abbildung 26: Migrationshintergrund von Freizeitkontakten (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Wenn Sie an Ihre Freizeit denken und die Zeit, die Sie nicht mit Familie oder Verwandten verbringen. Treffen Sie sich da überwiegend mit Menschen ohne ausländische Wurzeln, mit Menschen mit ausländischen Wurzeln, oder hält sich das in etwa die Waage?“; gewichtet; Fallzahl: 2.471.

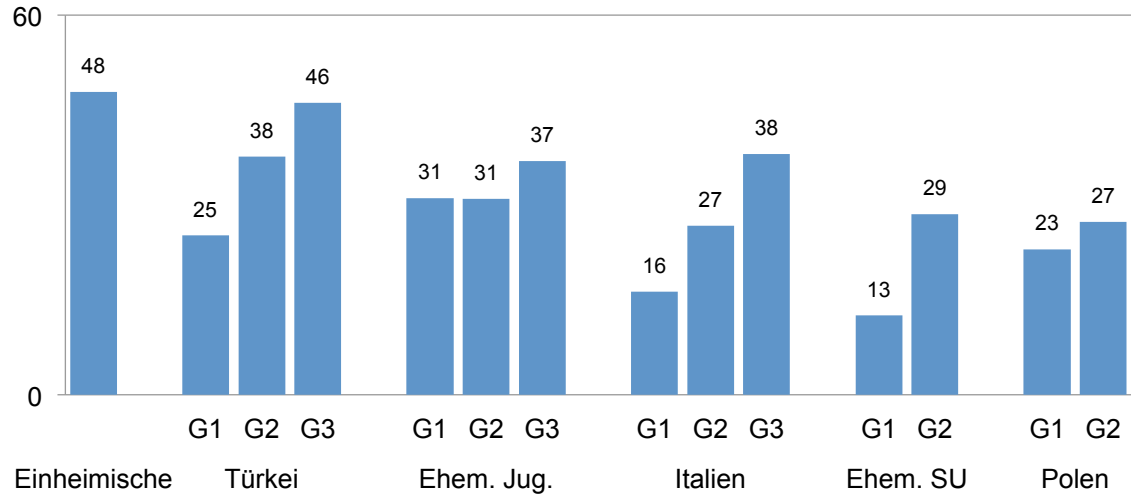
Anders als bei festen Partnerschaften sind die Unterschiede zwischen den Generationen hier nicht so stark. Mit Ausnahme der Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien nimmt der Anteil derjenigen, die ihre Freizeit überwiegend mit Einheimischen verbringen, von der ersten zur zweiten Generation etwas zu. Wie bei den Partnerschaften zeigen sich Unterschiede je nach Bildungsgrad und Alter, d.h. Befragte mit Hochschulreife und Ältere verbringen ihre Freizeit zu einem größeren Anteil überwiegend mit Einheimischen. Aber es zeigt sich auch hier ein Unterschied zwischen Frauen und Männern. Es sind eher die weiblichen Befragten, die ihre Freizeit überwiegend mit Personen mit ausländischen Wur-

zeln verbringen. Diese geringere soziale Integration von Frauen konnte zuvor schon bei den Partnerschaften beobachtet werden.

Sozialkapital

Zusätzlich zum Kontakt zu Personen mit und ohne ausländischen Wurzeln soll für die verschiedenen Gruppen nun gezeigt werden, über wie viel Sozialkapital sie im Durchschnitt verfügen. Die Existenz von Familie, Freunden und Bekannten hat nicht nur einen emotionalen Wert, sondern kann auch einen direkten instrumentellen Nutzen haben. Beispielsweise können Freunde bei schwierigen Fragen um Rat gebeten werden oder sich um die Wohnung kümmern, wenn man im Ausland ist. Zuwanderer müssen sich im Aufnahmeland erst ein neues soziales Netz aufbauen, anfänglich besteht dieses zu einem großen Teil ebenfalls aus Zuwanderern. Die Frage ist, ob diese Netzwerke aufgrund der gemeinsamen Herkunft und Migrationserfahrung beim Teilen von Ressourcen großzügiger sind, oder ob weniger Ressourcen, wie beispielsweise Wissen oder ökonomisches Kapital, im Netzwerk vorhanden sind, die dann auch nicht zur Verfügung stehen, um sie mit den sozialen Kontakten teilen zu können. Um hier ein genaueres Bild zu bekommen, wurden alle Befragten gebeten sich vorzustellen, sie müssten sich eine größere Summe Geld leihen (10.000 Euro) und sie würden einen rechtlichen Rat benötigen. Dann wurden sie gefragt, ob sie eine Person außerhalb des eigenen Haushaltes kennen, die ihnen dieses zur Verfügung stellen könnte. Der Anteil der Personen, die jemanden nennen konnten, ist in Abbildung 27 und in Abbildung 28 dargestellt.

Abbildung 27: Sozialkapital – Möglichkeit sich privat größere Summe Geld zu leihen (in Prozent)



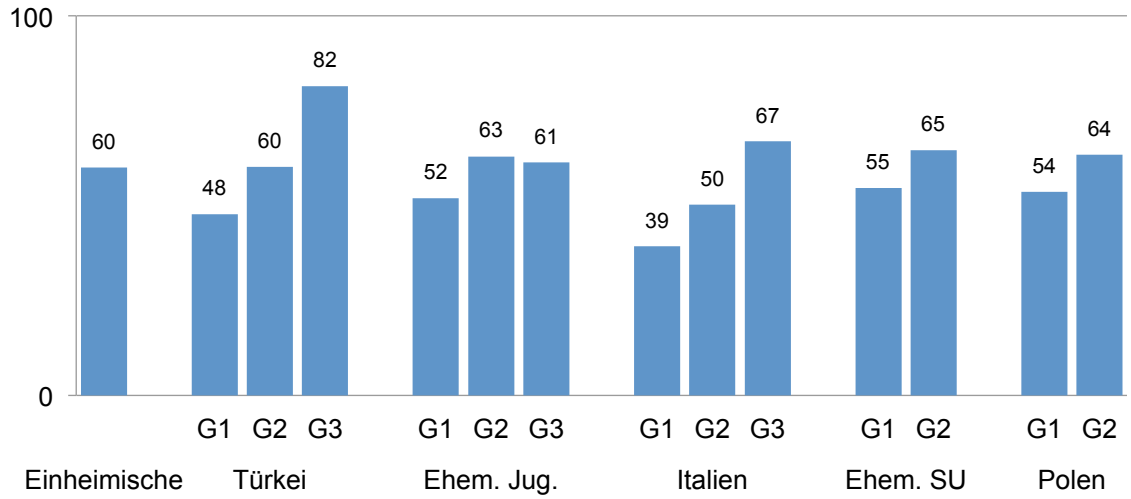
Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Gibt es außerhalb Ihres Haushalts jemanden, der Ihnen eine größere Summe Geld, z.B. 10.000 Euro, leihen würde?“; gewichtet; Fallzahl: 2.688.

Eine größere Summe Geld leihen können sich insgesamt weniger als die Hälfte der befragten Personen, bei den Einheimischen sind dies 48 Prozent. Auch wenn von Generation zu Generation ein Anstieg dieses Wertes bei allen Zuwanderergruppen zu beobachten ist, kommt keine der betrachteten Gruppen an diesen Wert heran. Personen mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion oder Polen weisen insgesamt die niedrigsten Werte auf.

Ein anderes Bild zeigt sich, wenn man den Anteil der Personen betrachtet, die jemanden haben, den sie um einen rechtlichen Rat fragen können. Dieser Anteil beträgt bei den Einheimischen 60 Prozent und ist bei den Zuwanderern ab der zweiten Generation sogar größer. Innerhalb der Herkunftsgruppen gibt es auch hier teilweise große Unterschiede zwischen den Generationen, jede weitere Generation hat eher die Möglichkeit, von einer Person Rat in rechtlichen Dingen zu erhalten. Zwischen den verschiedenen Herkunftsgruppen gibt es im Mittel keine großen Unterschiede.

Bei beiden Arten von Sozialkapital lässt sich somit eine Akkumulation von Generation zu Generation beobachten. Dies spricht dafür, dass es den Migrantinnen und Migranten gelingt, in Deutschland größere, stabile soziale Netzwerke aufzubauen, die relevante Ressourcen bereitstellen können. Rat bei rechtlichen Fragen kann sogar häufiger gegeben werden als bei Einheimischen.

Abbildung 28: Sozialkapital – Möglichkeit sich privat Rat bei rechtlichen Fragen einzuholen (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Gibt es außerhalb Ihres Haushalts jemanden, der Ihnen bei rechtlichen Fragen Rat geben würde (z.B. Mietsachen)?“; gewichtet; Fallzahl: 2.924.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass keine generellen „Abschottungstendenzen“ zu beobachten sind. Nur drei Prozent der Befragten mit ausländischen Wurzeln haben weder im Freundeskreis noch in der Nachbarschaft noch bei der Arbeit gar keinen Kontakt zu Einheimischen. In mindestens einem dieser drei Lebensbereiche trifft sich eine große Mehrheit der Befragten mindestens „ab und zu“ mit Einheimischen.

Einheimische haben in 19 Prozent der Fälle einen Partner mit ausländischen Wurzeln. Bei den Personen mit Migrationshintergrund steigt im Generationenverlauf der Anteil derjenigen, die mit einer einheimischen Partnerin bzw. einem einheimischen Partner zusammenleben oder stagniert auf hohem Niveau bei 35 bis 52 Prozent in der dritten Generation.

Für zwei Formen des Sozialkapitals kann eine Akkumulation über die Generationen festgestellt werden. Über Sozialkapital in Form eines Kontakts, der eine größere Summe Geld zur Verfügung stellen könnte, verfügt weniger als die Hälfte der befragten Personen; die Personen mit ausländischen Wurzeln seltener als Einheimische. Im Generationenverlauf schwächen sich die Unterschiede jedoch ab. Auch über Sozialkapital in Form von Kontakten, die Hilfe bei rechtlichen Fragen leisten können, verfügen Personen mit ausländischen Wurzeln in der ersten Generation seltener als Einheimische. Einige Gruppen besitzen in der zweiten Generation jedoch häufiger als Einheimische entsprechende Kontakte.

7. Bürgerschaftliches Engagement

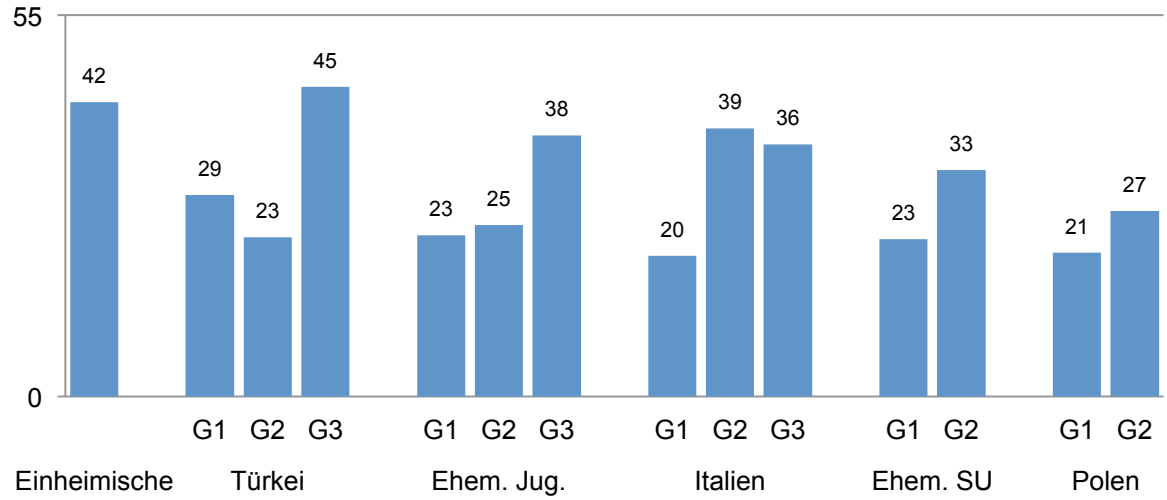
Bürgerschaftliches Engagement und die Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess stellen eine weitere Dimension gesellschaftlicher Integration dar. Bürgerinnen und Bürger können ihre Interessen durch die Teilnahme an Wahlen artikulieren. Darüber hinaus tragen Vereine nicht nur zum gesellschaftlichen Leben bei – etwa indem sie den sozialen Kontakt ihrer Mitglieder organisieren –, sondern durch die Bündelung von Interessen auch zur politischen Teilhabe. Im Folgenden werden Aspekte der Beteiligung in Vereinen oder Organisationen und der politischen Partizipation berichtet.

Partizipation in Vereinen und Organisationen

Zunächst wird die Teilhabe von Einheimischen und Personen mit ausländischen Wurzeln in Vereinen und Organisationen untersucht, die sich als guter Indikator für bürgerschaftliches Engagement erwiesen hat (vgl. Alscher et al. 2009). In der Mehrthemenbefragung wurden alle Personen danach gefragt, ob sie regelmäßig an Treffen oder Veranstaltungen von Vereinen, Vereinigungen oder Organisationen teilnehmen. Es geht hier also nicht um die bloße Mitgliedschaft in einem Verein, sondern gewissermaßen um eine aktive Mitgliedschaft, die aus der Teilnahme an Vereinsaktivitäten oder -treffen besteht. Darüber hinaus wurde auch nach der Art der Vereinigung und der Mitgliederzusammensetzung gefragt.

In Abbildung 29 ist der Anteil derjenigen dargestellt, die in mindestens einem Verein aktiv partizipieren. Einheimische und Türkischstämmige der dritten Generation sind überdurchschnittlich häufig in Vereinen aktiv (42 % bzw. 45 %). Die jeweils erste Generation erreicht deutlich geringere Partizipationsquoten als die Einheimischen. Bei Personen mit Wurzeln in der Türkei sowie dem ehemaligen Jugoslawien bleibt die Quote auch in der zweiten Generation relativ niedrig. Ähnlich wie schon bei der Akkumulation von Sozialkapital (vgl. Abschnitt 6) zeigen sich in der dritten Generation keine großen Unterschiede mehr zwischen Einheimischen und Personen mit ausländischen Wurzeln.

Abbildung 29: Aktive Vereinspartizipation (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Nehmen Sie regelmäßig an Veranstaltungen, Treffen oder Versammlungen eines Vereins, einer Vereinigung oder einer Organisation teil?“; gewichtet; Fallzahl: 3.060.

In Tabelle 6 und Tabelle 7 wird die Partizipationsquote nun noch nach Vereinstypen differenziert ausgewiesen. Im Vergleich der Herkunftsgruppen fällt auf, dass Einheimische überdurchschnittlich häufig in Sportvereinen, sozialen bzw. gemeinnützigen Institutionen und Kulturvereinen engagiert sind (vgl. Tabelle 6). Bei religiösen Gruppen erzielen Türkischstämmige eine höhere Partizipationsquote, was auf ihre Aktivitäten beispielsweise in Moscheevereinen zurückgehen dürfte.

Tabelle 6: Aktive Vereinspartizipation nach Vereinsart und Herkunftsgruppe (in Prozent)

	Sport	Religion	Sozial	Kultur	Interessen-verband	Bürger-initiative	Sonstiges
Einheimische	26	18	17	16	7	5	11
Türkei	17	20	9	11	7	6	7
Ehem. Jug.	18	10	5	7	5	3	4
Italien	22	9	8	11	4	4	5
Ehem. SU	13	7	5	6	4	3	6
Polen	16	9	6	5	3	1	6
Gesamt	19	12	8	10	5	4	6

Quelle: Integration gelungen?; gewichtet; Fallzahl: 3.060.

Der Vergleich der Partizipationsquoten nach Generationen in Tabelle 7 zeigt, dass die zuvor festgestellte Angleichung bei der Partizipation in der zweiten und dritten Zuwanderergeneration an die Quoten der Einheimischen (vgl. Abbildung 29) auf die Beteiligung in Sportvereinen und in religiösen oder im Kulturbereich aktiven Gruppen zurückzuführen ist. Hier ist die dritte Generation häufiger engagiert als die erste und zweite Zuwandererge-

neration. In Sportvereinen ist die dritte Generation sogar deutlich stärker aktiv. Dies unterstreicht einerseits die integrative Funktion des Sports, relativiert allerdings auch die oben beschriebene Annäherung der Partizipationsquoten, weil sie kaum über eine verstärkte Sportaktivität der durchschnittlich jüngeren zweiten und dritten Generation hinausgeht.

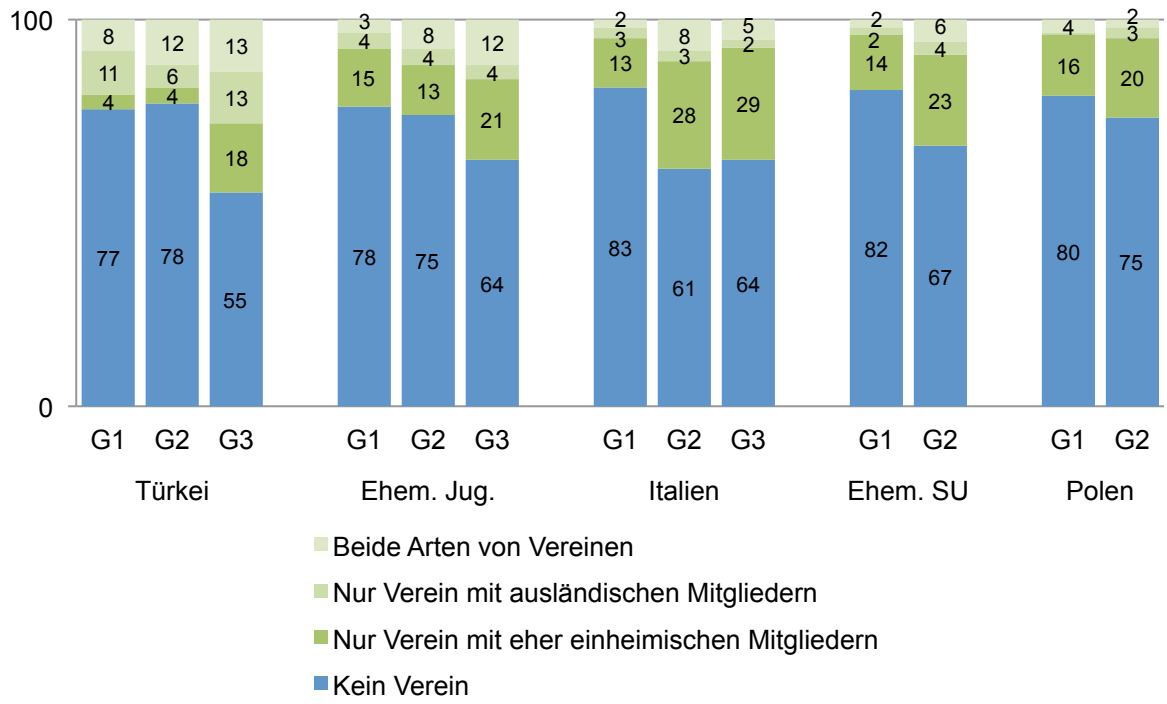
Tabelle 7: Aktive Vereinspartizipation nach Vereinsart und Generation (in Prozent)

	Sport	Religion	Sozial	Kultur	Interessen-verband	Bürger-initiative	Sonstiges
Einheimische	26	18	17	16	7	5	11
1. Generation	13	10	7	7	5	4	5
2. Generation	22	11	7	7	4	3	7
3. Generation	32	17	5	16	5	3	7
Gesamt	19	12	8	10	5	4	6

Quelle: Integration gelungen?; gewichtet; Fallzahl: 3.060.

Schließlich wird nun noch die Mitgliederstruktur der Vereine betrachtet (vgl. Abbildung 30). Sind die Befragten in Vereinen engagiert, in denen sie überwiegend Mitglieder mit ausländischen Wurzeln oder Einheimische treffen, oder ist dies ausgeglichen?

Abbildung 30: Vereinspartizipation nach Mitgliederstruktur (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Sie nehmen regelmäßig an Treffen oder Veranstaltungen in einem [Verein] teil. Treffen sie dort überwiegend Deutsche ohne ausländische Wurzeln oder Personen mit ausländischen Wurzeln?“; gewichtet; Fallzahl: 2.561.

Keine der Migrantengruppen ist überwiegend in Vereinen oder Organisationen engagiert, die sich mehrheitlich aus Personen mit ausländischen Wurzeln zusammensetzen. Ganz überwiegend partizipieren die Befragten mindestens in einem einheimisch geprägten Verein. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen fallen insgesamt relativ gering aus. Personen mit Wurzeln in Italien, der ehemaligen Sowjetunion und in Polen sind dann, wenn sie in einem Verein partizipieren, überwiegend in eher einheimischen Vereinen aktiv, „ethnische Vereine" spielen hier also eher keine Rolle. Anders ist dies bei Personen mit Wurzeln im Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens und insbesondere der Türkei. Bei diesen Gruppen ist selbst in der dritten Generation ein relativ großer Anteil sowohl in eher ausländischen als auch einheimischen Vereinen aktiv. Bei den Türkischstämmigen der dritten Generation ist eine Minderheit von 13 Prozent ausschließlich in Vereinen aktiv, deren Mitglieder überwiegend ausländische Wurzeln besitzen. Dies deutet einerseits darauf hin, dass insbesondere für Türkischstämmige attraktive Angebote vorhanden sind, die es ermöglichen, sich ausschließlich in „ethnischen Vereinen" oder eher ausländisch geprägten Organisationen zu engagieren, und dass diese Angebote schließlich auch wahrgenommen werden. Andererseits sind die höheren Beteiligungsquoten in „ethnischen Vereinen" auf das Engagement in religiösen Gruppen zurückzuführen, welche im Fall von Muslimen in Deutschland aus nachvollziehbaren Gründen überwiegend aus Mitgliedern mit ausländischen Wurzeln bestehen.

Schließlich wurden die in mindestens einem Verein aktiven Personen auch gefragt, ob sie ein Amt oder eine Leitungsfunktion innehaben, also beispielsweise als Mitglied im Vorstand oder als Gruppenleiterin bzw. Gruppenleiter in Erscheinung treten. Im Schnitt gaben hier 29 Prozent aller Befragten an, ein solches Ehrenamt auszufüllen. Zwischen den Herkunftsgruppen gibt es dabei einige Unterschiede: Relativ gering sind die Abstände zwischen Einheimischen in einer Leitungsfunktion (42 %) und Personen mit Wurzeln in Italien (35 %), der Türkei (30 %) sowie dem ehemaligen Jugoslawien (25 %). Deutlich seltener haben jedoch Personen mit Wurzeln in Polen (19 %) und der ehemaligen Sowjetunion (11 %) ein solches Ehrenamt inne.

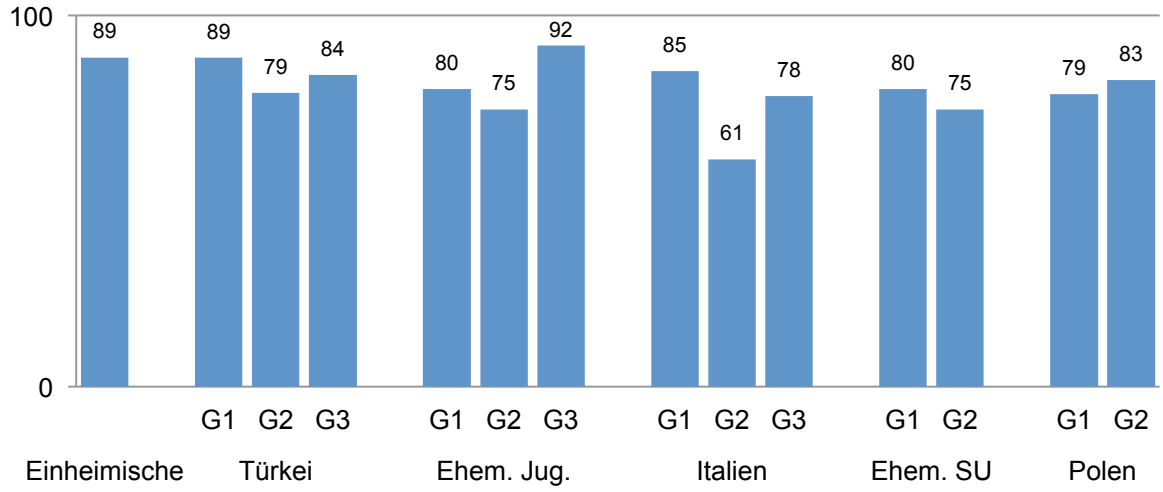
Zusätzlich wurden schließlich diejenigen Personen, die Mitglied einer Religionsgemeinschaft sind, gesondert gefragt, ob sie in ihrer Gemeinde ein Ehrenamt bekleiden, was insgesamt nur auf 10 Prozent zutrifft. Gruppenunterschiede sind hier mit zwei Ausnahmen wenig ausgeprägt: Erstens sind im Vergleich zu Einheimischen (14 %) deutlich weniger

Befragte mit polnischen Wurzeln (5 %) in Ehrenämtern in ihrer Religionsgemeinschaft vertreten, während die übrigen Gruppen statistisch nicht signifikant vom Anteil der Einheimischen abweichen. Zweitens zeigen sich bei den Personen mit türkischen Wurzeln (15 %) deutliche Unterschiede zwischen den Generationen. Während nur sechs Prozent der türkischstämmigen ersten Generation angibt, ein Ehrenamt in ihrer Religionsgemeinschaft auszufüllen, sind dies in der zweiten Generation 20 Prozent und in der dritten Generation sogar 28 Prozent. Ähnlich starke Generationenunterschiede lassen sich bei keiner anderen Herkunftsgruppe finden. Türkischstämmige sind also dann, wenn sie Mitglied einer Religionsgemeinschaft sind, im Generationenverlauf zunehmend auch in Leitungsfunktionen eingebunden.

Politische Partizipation

Um die Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen zu ermitteln, wurde allen befragten Baden-Württembergerinnen und Baden-Württembergern die so genannte Sonntagsfrage gestellt. Wahlberechtigte wie nicht-wahlberechtigte Personen sollten also zunächst angeben ob sie, gesetzt den Fall am kommenden Sonntag fände eine Bundestagswahl statt, wählen gehen würden. Im Anschluss wurde dann nach der präferierten Partei gefragt.

Abbildung 31: Bereitschaft zur Teilnahme an einer Bundestagswahl (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre [und Sie wären berechtigt, an der Wahl teilzunehmen], würden Sie zur Wahl gehen?“; Befragte ab 18 Jahren; gewichtet; Fallzahl: 2605.

In Abbildung 31 ist die Wahlbereitschaft aller Herkunfts- und Generationsgruppen sowie der Einheimischen dargestellt. Von den Einheimischen geben 89 Prozent an, sie würden

bei einer Bundestagswahl wählen gehen.[8] Die Unterschiede zwischen Einheimischen und Personen mit ausländischen Wurzeln fallen insgesamt relativ gering aus. Wirklich hervor sticht lediglich das relative Desinteresse an der Wahlteilnahme seitens Italienischstämmiger der zweiten Generation. Werden in einer vertiefenden Analyse Geschlecht, Alter, Wohnort und Bildung berücksichtigt, dann unterscheidet sich weiterhin lediglich die zweite italienische Generation deutlich und statistisch signifikant von den Einheimischen. Bereits in Abschnitt 1 ist auf das Desinteresse dieser Gruppe am Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft hingewiesen worden. Mit Blick auf das niedrigere Interesse an der Wahlteilnahme zeigt sich also hier, dass die befragten Personen mit italienischen Wurzeln in bestimmten Bereichen von Integration weniger engagiert sind. Ganz anders die übrigen Herkunftsgruppen, die generationenübergreifend ein starkes Interesse an Wahlen berichten, um auf diese Weise politisch zu partizipieren.

Wenig überraschend zeigen sich in der vertiefenden Analyse deutliche Bildungsunterschiede: Personen mit (Fach-)Hochschulreife sind eher bereit zur Teilnahme an einer Wahl als Personen mit niedrigerem formalen Bildungsabschluss. Darüber hinaus gibt es bei der Wahlteilnahme keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern, zwischen Personen in Großstädten und kleineren Städten und zwischen Wahlberechtigten (mit deutschem Pass) und Nicht-Wahlberechtigten. Generell kann also bei Personen mit ausländischen Wurzeln ein relativ großes Interesse an der Teilnahme an Bundestagswahlen festgestellt werden, darüber hinaus haben nicht nur Eingebürgerte, sondern auch hier lebende Ausländer ein starkes Interesse daran, ihre Stimme abzugeben. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass das Wahlrecht einen handfesten Anreiz für eine Einbürgerung und damit den Zugang zu weitergehenden politischen Partizipationsrechten darstellt.

Kurz soll auch die Parteienpräferenz bei einer hypothetisch anstehenden Bundestagswahl berichtet werden. Im Gegensatz zur grundsätzlichen Absicht, an einer Bundestagswahl teilzunehmen, sind hier deutliche Unterschiede sowohl zwischen Herkunftsgruppen als auch zwischen Generationen erkennbar. Personen mit türkischen Wurzeln zeigen deutliche

[8] Berücksichtigt man nur die wahlberechtigen Befragten der Mehrthemenbefragung, dann ergibt sich eine hypothetische Wahlbeteiligung von 88 Prozent. Die tatsächliche Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 in Baden-Württemberg lag mit 74 Prozent deutlich darunter. Dies dürfte auf bekannte Effekte der Wahlforschung zurückzuführen sein, bei der die Wahlbereitschaft in Umfragen stets einen höheren Wert erreicht als bei tatsächlichen Wahlen (vgl. Belli et al. 1999). Geht man davon aus, dass dieser Effekt bei Personen mit ausländischen Wurzeln wie Einheimischen in ähnlicher Weise auftritt, dann ist der hier angestrebte Gruppenvergleich weiterhin möglich.

Präferenzen für die SPD und Bündnis90/Die Grünen. Bei Befragten aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen dominiert hingegen die CDU, zwischen 51 und 73 Prozent von ihnen würden bei Bundestagswahlen für die Union stimmen. Allgemein scheinen sich bisherige Befunde zu bestätigen, dass Migrantinnen und Migranten eher selten für kleine Parteien stimmen (vgl. Müssig & Worbs 2012).

Tabelle 8: Politische Partizipation nach Herkunftsgruppen (in Prozent)

	Politisch engagiert	Bereit, sich politisch zu engagieren	Politisches Engagement kommt nicht in Frage
Einheimische	8	14	77
Türkei	4	16	81
Ehem. Jug.	3	20	77
Italien	4	17	79
Ehem. SU	2	15	83
Polen	1	14	84
Gesamt	4	16	80

Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Es gibt ja einige Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren. Man kann zum Beispiel an politischen Diskussionen teilnehmen oder aber in einer Partei oder Bürgerinitiative mitarbeiten. Sind Sie...“; gewichtet; Fallzahl: 3.014.

Neben der Bereitschaft zu wählen existieren noch zahlreiche andere Möglichkeiten der politischen Partizipation (vgl. Verba et al. 1971). In der Mehrthemenbefragung wurde daher zusätzlich erfasst, ob die befragten Personen in irgendeiner Form politisch engagiert sind oder zumindest bereit sind, dies zu tun (vgl. Tabelle 8). Unter allen befragten Baden-Württembergerinnen und Baden-Württembergern geben nur rund vier Prozent an, bereits politisch engagiert zu sein, weitere 16 Prozent wären dazu bereit, für die übrigen 80 Prozent kommt dies nicht in Frage. Mit gut acht Prozent sind die Einheimischen politisch am aktivsten. Bei allen Personengruppen mit ausländischen Wurzeln liegt der Anteil derer, die politisch aktiv sind, unterhalb von vier Prozent. Die geringste Partizipationsquote findet sich bei Personen aus der ehemaligen Sowjetunion sowie aus Polen.

Der Anteil zwischen den Herkunftsgruppen variiert kaum, wenn man die grundsätzliche Bereitschaft für politisches Engagement betrachtet. Bei Einheimischen liegt der Wert hier bei 14 Prozent, bei den Personen mit ausländischen Wurzeln zwischen 14 und 20 Prozent. Dies zeigt, dass sowohl Einheimische als auch Personen mit ausländischen Wurzeln ähnlich stark daran interessiert sind, sich politisch zu engagieren, es bislang jedoch nicht dazu gekommen ist. In Kapitel III des Berichts wird dies erneut aufgegriffen.

Insgesamt zeigt sich, dass die erste und zweite Generation mit ausländischen Wurzeln seltener in Vereinen aktiv ist als dies bei Einheimischen der Fall ist. In der dritten Generation können häufig jedoch keine Unterschiede mehr festgestellt werden. Besonders aktiv ist diese Generation in Sportvereinen, die Abstände zu den Einheimischen verlieren aber auch bei der Partizipation in religiösen Gruppen und im Kulturbereich an Bedeutung.

Ganz überwiegend sind die in einem Verein oder einer Organisation engagierten Zuwanderer in mindestens einem Verein gemeinsam mit einheimischen Mitgliedern aktiv. „Ethnische Vereine" spielen lediglich bei Personen mit Wurzeln in der Türkei sowie im ehemaligen Jugoslawien eine stärkere Rolle, was jedoch nicht selten auf die Partizipation im religiösen Bereich zurückgeführt werden kann.

Ein knappes Drittel der in Vereinen aktiven Befragten hat mindestens ein Ehrenamt oder eine Leitungsfunktion inne. Zwar sind die Abstände zwischen Einheimischen und Personen mit ausländischen Wurzeln insgesamt relativ gering, doch Personen mit Wurzeln in Polen und der ehemaligen Sowjetunion füllen solche Funktionen seltener aus.

Hinsichtlich des Interesses an einer Wahlteilnahme zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den einzelnen Herkunfts- und Generationsgruppen im Vergleich zu Einheimischen. Politisch engagiert ist insgesamt nur eine Minderheit aller Befragten, deutlich aktiver sind Einheimische. In allen Gruppen sind jedoch mindestens zehn Prozent bereit, sich in irgendeiner Form politisch zu engagieren.

8. Zugehörigkeit, Akzeptanz, Benachteiligung

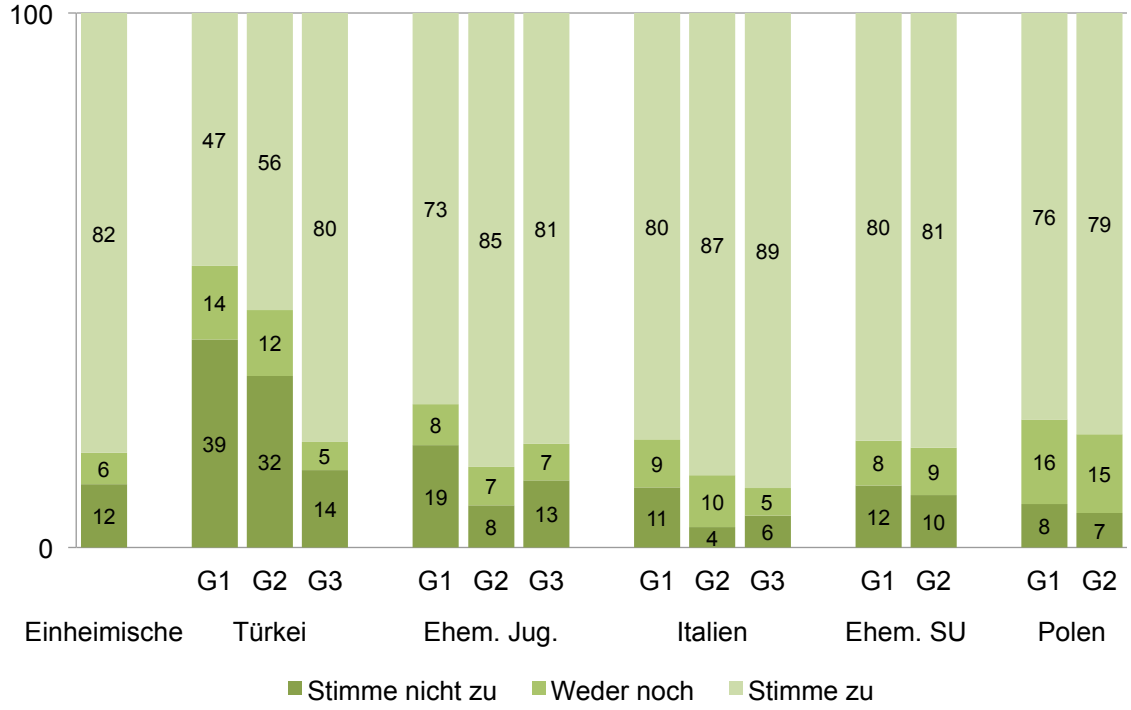
Ein weiterer Schwerpunkt der Befragung ist die gefühlte Zugehörigkeit zu Deutschland und dem Herkunftsland. Eine Voraussetzung dafür, dass Migrantinnen und Migranten sich mit dem Aufnahmeland identifizieren, ist die wahrgenommene Offenheit der Gesellschaft gegenüber der eigenen Herkunftsgruppe. Neben der individuellen Zugehörigkeit zum Herkunftsland und zu Deutschland wurden im Rahmen der Mehrthemenbefragung auch die wahrgenommene Offenheit gegenüber Zuwanderern und Angaben zu Benachteiligung als mögliches Hemmnis für Integration erfasst.

Wahrgenommene Offenheit

Eine deutliche Mehrheit der befragten Personen mit ausländischen Wurzeln (75 %) stimmt der Aussage zu, dass Deutschland für Migrantinnen und Migranten ein einladendes Land sei (vgl. Abbildung 32). Für 15 Prozent ist dies nicht der Fall, zehn Prozent sind unentschieden. Bei Einheimischen ist die Einschätzung ähnlich, hier halten 82 Prozent Deutschland für ein einladendes Land. Von allen Herkunftsgruppen weisen diejenigen mit türkischen Wurzeln die geringste Zustimmungsrate auf. In der ersten Generation bejaht nur knapp die Hälfte der Befragten die Aussage, Deutschland sei ein einladendes Land. Die Zustimmungsrate steigt allerdings von Generation zu Generation an und erreicht in der dritten Generation ein mit anderen Herkunftsgruppen vergleichbares Niveau, so dass hier zwischen Personen mit türkischen Wurzeln und anderen Herkunftsgruppen kein statistisch signifikanter Unterschied mehr besteht.

Neben der Einschätzung zur generellen Offenheit der deutschen Gesellschaft gegenüber Zuwanderern wurde auch nach den persönlichen Erfahrungen gefragt. Die Mehrheit der ersten Generation stimmt der Aussage zu, sie habe sich persönlich in Deutschland willkommen gefühlt (vgl. Abbildung 33). Die Muster ähneln stark den allgemeinen Einschätzungen zur Aussage, Deutschland sei für Migrantinnen und Migranten ein einladendes Land. Es kann also davon ausgegangen werden, dass diese Aussage von der persönlichen Erfahrung beeinflusst wird. Zuwanderer aus der Türkei haben sich bei ihrer Ankunft in Deutschland am wenigsten willkommen gefühlt (37 %), bei den übrigen Herkunftsgruppen variiert dieser Anteil zwischen zehn und 21 Prozent.

Abbildung 32: Für Migrantinnen und Migranten ist Deutschland ein einladendes Land (in Prozent)



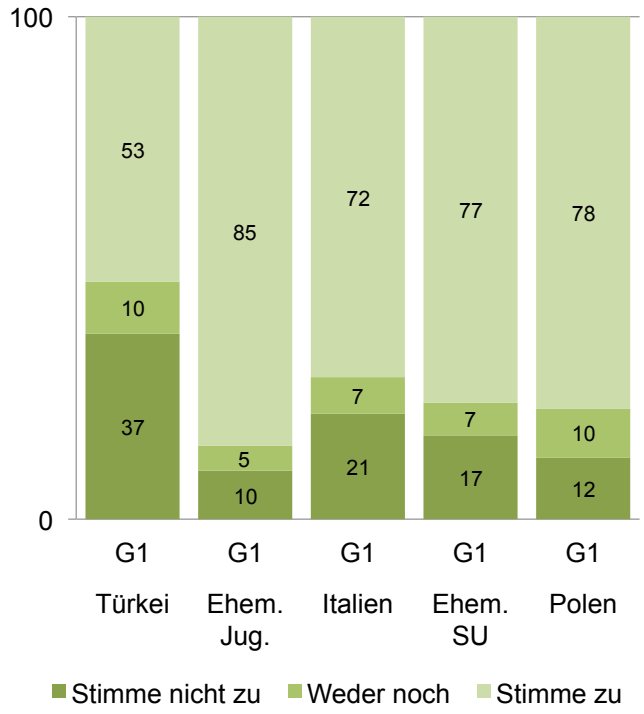
Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Für Migranten ist Deutschland ein einladendes Land“; Stimme voll und ganz zu (1), stimme eher zu (2), weder noch (3), stimme eher nicht zu (4), stimme überhaupt nicht zu (5); positive und negative Bewertungen zusammengefasst; gewichtet; Fallzahl: 2.886.

Auch wenn in einer vertiefenden Analyse Unterschiede in der Gruppenzusammensetzung berücksichtigt werden, bleibt der deutliche Abstand der türkischstämmigen ersten Generation im Vergleich zu anderen Herkunftsgruppen hinsichtlich der Bewertung der „Willkommenskultur“ bestehen. Während die jeweilige erste Generation die deutsche Gesellschaft seltener als einladend für Zuwanderer bewertet, verbessert sich diese Einschätzung in der zweiten und dritten Generation.

Zwischen höherer formaler Bildung und der Einschätzung zur Offenheit Deutschlands gegenüber Migrantinnen und Migranten besteht offenbar eine negative Beziehung, so haben sich Personen in der ersten Generation mit Hochschulreife am wenigsten willkommen gefühlt. Möglicherweise hatte diese Gruppe vor ihrer Ankunft höhere Erwartungen hinsichtlich der Offenheit der deutschen Gesellschaft, ist dann aber enttäuscht worden. Eine weitere Untersuchung möglicher Determinanten zeigt, dass das Willkommensgefühl nicht mit dem Zuwanderungsgrund zusammenhängt (vgl. Tabelle 3). Dies bedeutet, dass beispielsweise Personen, die aus politischen Gründen, also beispielsweise als Flüchtlinge nach

Deutschland gekommen sind, sich nicht mehr oder weniger stark bei ihrer Ankunft willkommen gefühlt haben als Personen, die aus anderen Gründen zugewandert sind. Das Willkommensgefühl scheint auch nicht mit der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zusammenzuhängen. In diesem Zusammenhang überrascht, dass der berichtete negative Zusammenhang von Hochschulreife und Willkommensgefühl kaum an Bedeutung verliert, wenn zusätzlich die Frage der Anerkennung berücksichtigt wird. Dies stützt also die Überlegung, dass Personen mit formal höherer Bildung hinsichtlich der Offenheit der deutschen Gesellschaft generell enttäuscht sind, auch dann wenn ihr Bildungsabschluss anerkannt worden ist.

Abbildung 33: Bei Ankunft in Deutschland willkommen gefühlt (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Als ich nach Deutschland gekommen bin, habe ich mich willkommen gefühlt"; Stimme voll und ganz zu (1), stimme eher zu (2), weder noch (3), stimme eher nicht zu (4), stimme überhaupt nicht zu (5); positive und negative Bewertungen zusammengefasst; gewichtet; Fallzahl: 1.071.

Benachteiligung – allgemeine Einschätzung

Bei der Wahrnehmung mangelnder Offenheit und Willkommenskultur einer Gesellschaft sind Diskriminierung, Benachteiligung, ungerechte und ungleiche Behandlung zentrale Aspekte. Diskriminierung ist nur sehr schwer direkt messbar, gleichwohl kann das subjektive Gefühl, Opfer benachteiligender Behandlung zu sein, ein großes Hemmnis für Integra-

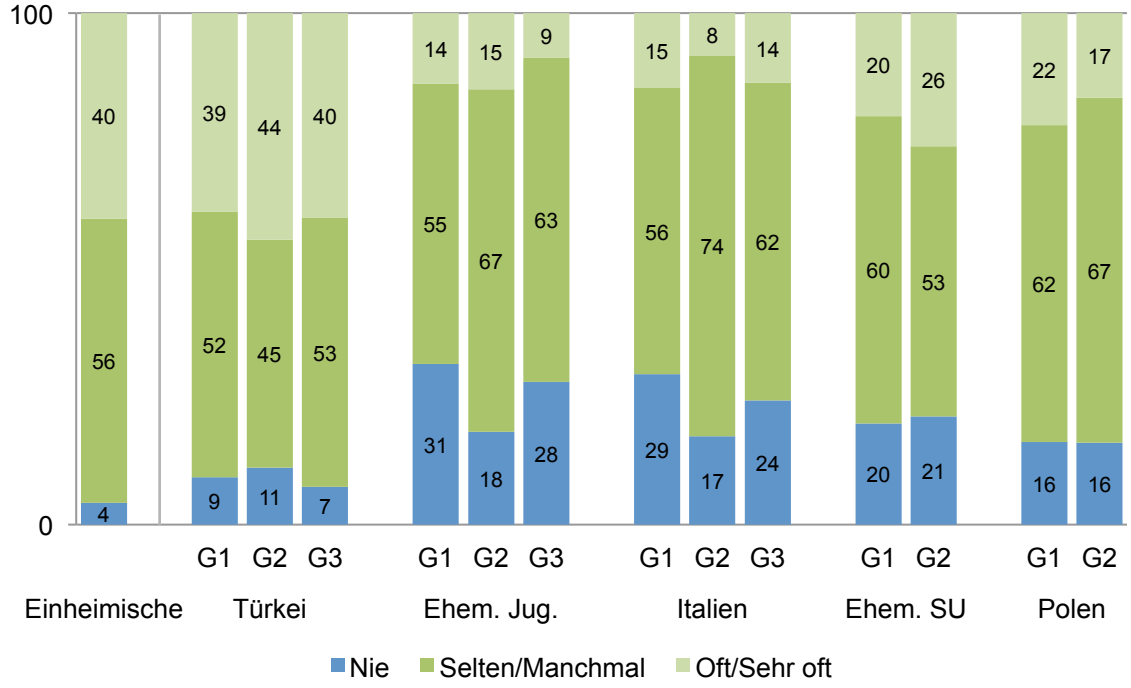
tion darstellen. Zum einen führt Benachteiligung im Alltag, auf dem Arbeits- oder dem Wohnungsmarkt zu sozialer Ungleichheit, zum anderen kann das Erlebnis, gegenüber Einheimischen benachteiligt zu werden, Migrantinnen und Migranten davon abhalten, weitere Integrationsschritte zu vollziehen. Drei Fragen stellen sich nun: Wer wird benachteiligt, oder genauer: wer hat das Gefühl, benachteiligt worden zu sein? In welchem Kontext findet Benachteiligung statt? Und warum, bzw. wem gegenüber wird benachteiligt? Außerdem muss zwischen persönlichen Benachteiligungserfahrungen und der Einschätzung, dass Mitglieder der eigenen Herkunftsgruppe Benachteiligung ausgesetzt sind, unterschieden werden.

Um diese Fragen zu beantworten, wurden zunächst alle Befragten nach ihrer Einschätzung zur Häufigkeit der Benachteiligung von Personen der eigenen Herkunftsgruppe gefragt (Einheimische nach Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten allgemein). Danach wurden alle Befragten, sowohl Einheimische als auch Personen mit ausländischen Wurzeln, nach ihrer persönlichen Erfahrung von Benachteiligung gefragt. Sie wurden also konkret gefragt, ob sie persönlich, in ihrem Alltagsleben oder bei der Suche nach Arbeit, schon einmal Benachteiligung empfunden haben.

Mehr als die Hälfte (56 %) der befragten Einheimischen denkt, dass Personen ohne deutsche Wurzeln in Deutschland selten oder nur manchmal schlechter behandelt werden als Einheimische, 40 Prozent sind allerdings der Meinung, dass Personen mit ausländischen Wurzeln sehr oft oder oft gegenüber Einheimischen benachteiligt werden (vgl. Abbildung 34). Bei den befragten Migrantinnen und Migranten ist die Einschätzung der Benachteiligung ihrer eigenen Herkunftsgruppe niedriger. Bei allen Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien und Italien gibt ein knappes Drittel an, dass ihre Herkunftsgruppe keine Benachteiligung erfährt. Insgesamt gehen aber alle Herkunftsgruppen mehrheitlich davon aus, dass ihre Gruppe zumindest selten oder manchmal gegenüber Einheimischen benachteiligt wird. Auffällig ist, dass Türkischstämmige überdurchschnittlich häufig davon ausgehen, dass ihre Herkunftsgruppe oft bzw. sehr oft Benachteiligung erfährt. Diese Einschätzung variiert kaum zwischen den Generationen und deckt sich mit den Angaben der Einheimischen. Bemerkenswert ist darüber hinaus die relativ negative Einschätzung der Personen mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion bezüglich der Behandlung ihrer Herkunftsgruppe, obwohl hier eine Mehrheit im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft ist. In Abschnitt 2 ist darauf hingewiesen worden, dass diese Gruppe, trotz ihres relativ

hohen formalen Bildungsniveaus, tendenziell niedrige berufliche Positionen besetzt. Möglicherweise fühlen sich einige von ihnen mit ihren Fähigkeiten in Deutschland unterschätzt und empfinden sich insofern als eine benachteiligte Gruppe.

Abbildung 34: Wahrnehmung von Benachteiligung der eigenen Herkunftsgruppe (Zuwanderer) bzw. von Migrantinnen und Migranten (Einheimische) (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Fragen: „Wie oft denken Sie kommt es vor, dass Menschen, die keine deutschen Wurzeln haben, schlechter behandelt werden als diejenigen mit deutschen Wurzeln?“ (Einheimische), „Wie oft denken Sie kommt es vor, dass Menschen mit [Herkunftsland] Wurzeln schlechter behandelt werden als diejenigen mit deutschen Wurzeln?“ (Zuwanderer); gewichtet; Fallzahl: 479 (Einheimische); 2.367 (Zuwanderer).

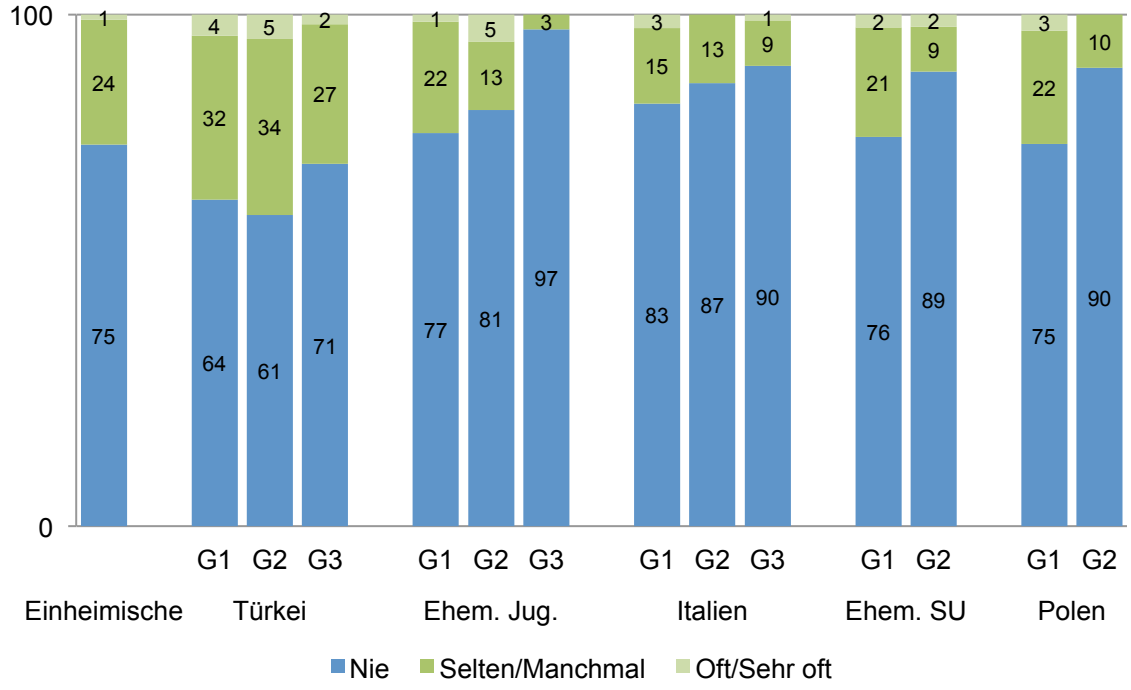
Persönliche Erfahrung von Benachteiligung

Im Unterschied zur allgemeinen Wahrnehmung von Benachteiligung haben die wenigsten befragten Personen mit ausländischen Wurzeln das Gefühl, schon einmal persönlich benachteiligt worden zu sein.

Abbildung 35 und Abbildung 36 informieren, inwiefern Personen mit ausländischen Wurzeln und Einheimische im Alltag und bei der Suche nach einer Arbeitsstelle Benachteiligung erlebt haben. Von den Einheimischen haben 24 Prozent selten oder manchmal das Gefühl, in ihrem Alltag benachteiligt worden zu sein. Dieser Wert unterscheidet sich kaum von der subjektiven Benachteiligung der Migrantinnen und Migranten, allerdings wiederum mit Ausnahme der Türkischstämmigen. Von diesen geben 36 Prozent in der ersten, 39

Prozent in der zweiten und 29 Prozent in der dritten Generation an, schon einmal in alltäglichen Situationen Benachteiligung empfunden zu haben. Im Gegensatz zu den anderen Herkunftsgruppen nimmt hier das Gefühl persönlicher Benachteiligung über die Generationen hinweg statistisch nicht signifikant ab.

Abbildung 35: Benachteiligung in alltäglichen Situationen (in Prozent)

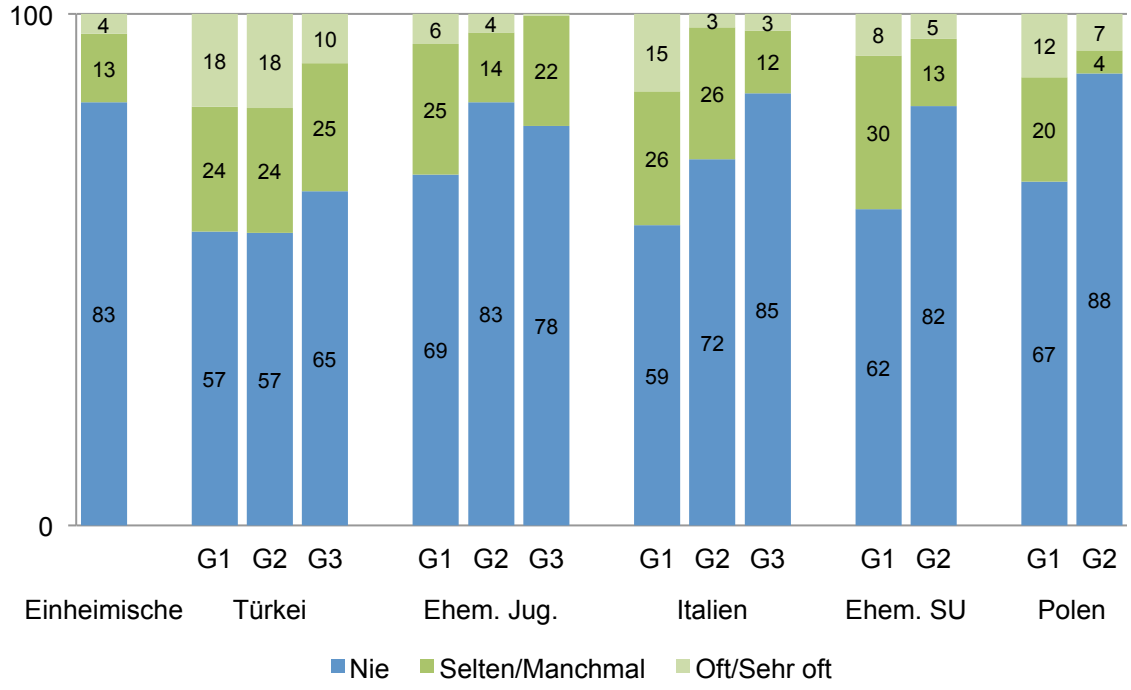


Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Wenn Sie an alltägliche Situationen denken, z.B. wenn Sie einkaufen gehen, haben Sie das Gefühl, da benachteiligt zu werden?“; gewichtet; Fallzahl: 3.042.

Auch bei der Arbeitssuche (vgl. Abbildung 36) empfindet die Mehrheit der Befragten keine Benachteiligung. Bei der ersten Generation ist der Anteil derjenigen, die eine persönliche Benachteiligung bei der Arbeitssuche berichten, mit Werten zwischen 42 (Türkei) und 31 (ehemaliges Jugoslawien) Prozent allerdings beträchtlich. Dieser Anteil geht in den nachfolgenden Generationen zurück und erreicht Werte, die nicht mehr statistisch von der wahrgenommenen Diskriminierung der Einheimischen abweichen. Dieser Rückgang schreitet in den verschiedenen Herkunftsgruppen unterschiedlich schnell voran, besonders schnell bei den Personen mit Wurzeln in Italien, der ehemaligen Sowjetunion und in Polen. Bei den Türkischstämmigen haben jedoch auch in der dritten Generation noch rund ein Drittel der Befragten das Gefühl, auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt worden zu sein. Insgesamt zeigt sich hier eine relative Konstanz der berichteten Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt für diese Herkunftsgruppe.

Die Personen mit ausländischen Wurzeln wurden zusätzlich danach gefragt, ob sie meinen, die gleichen Chancen auf einen Arbeitsplatz im öffentlich Dienst, also beispielsweise eine Beschäftigung als Lehrer, Polizistin oder kommunale Beschäftigte, zu haben wie eine Person ohne ausländische Wurzeln. Nur die Hälfte aller Befragten mit ausländischen Wurzeln meint, hier gleiche Beschäftigungschancen zu haben. In der ersten Generation sind es lediglich 41 Prozent, in der zweiten Generation 60 Prozent und Dreiviertel aller Angehörigen der dritten Generation. Besonders geringe Hoffnung auf eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst machen sich die türkischstämmige erste (29 %) und zweite (49 %) Generation und die zweite Generation mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien (45 %) sowie in Italien (56 %).

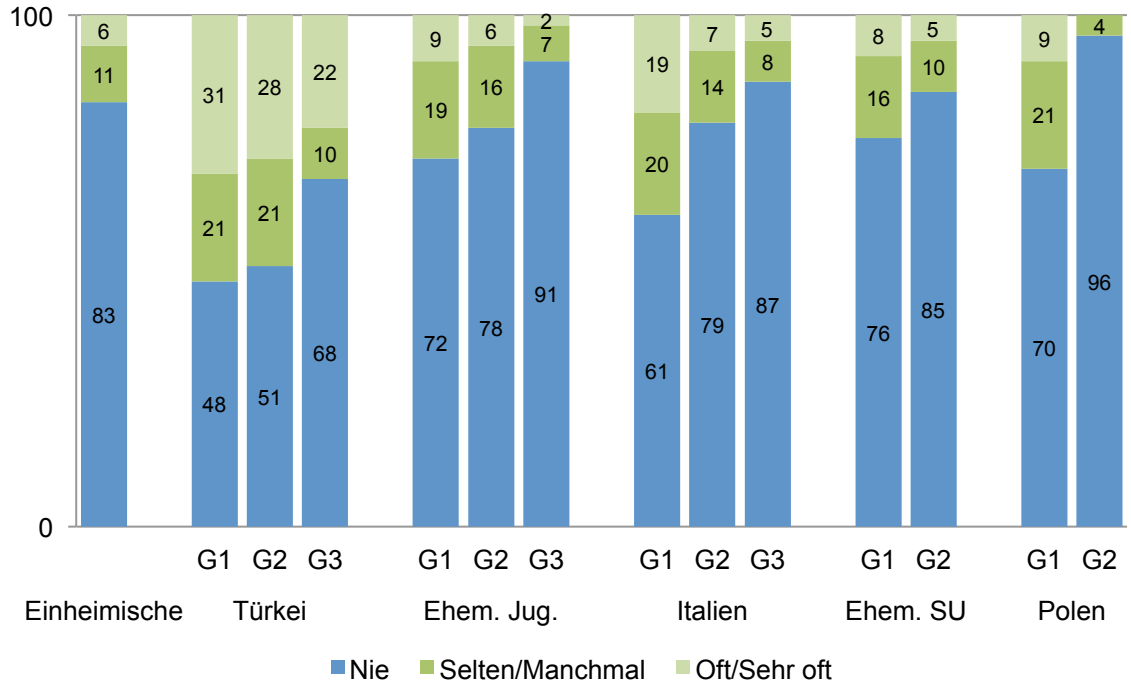
Abbildung 36: Benachteiligung bei der Suche nach einer Arbeitsstelle (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Haben Sie das Gefühl, schon einmal bei der Suche nach einer Arbeitsstelle in Deutschland benachteiligt worden zu sein?“; Nur Personen, die schon einmal nach einer Arbeitsstelle gesucht haben; gewichtet; Fallzahl: 2.668.

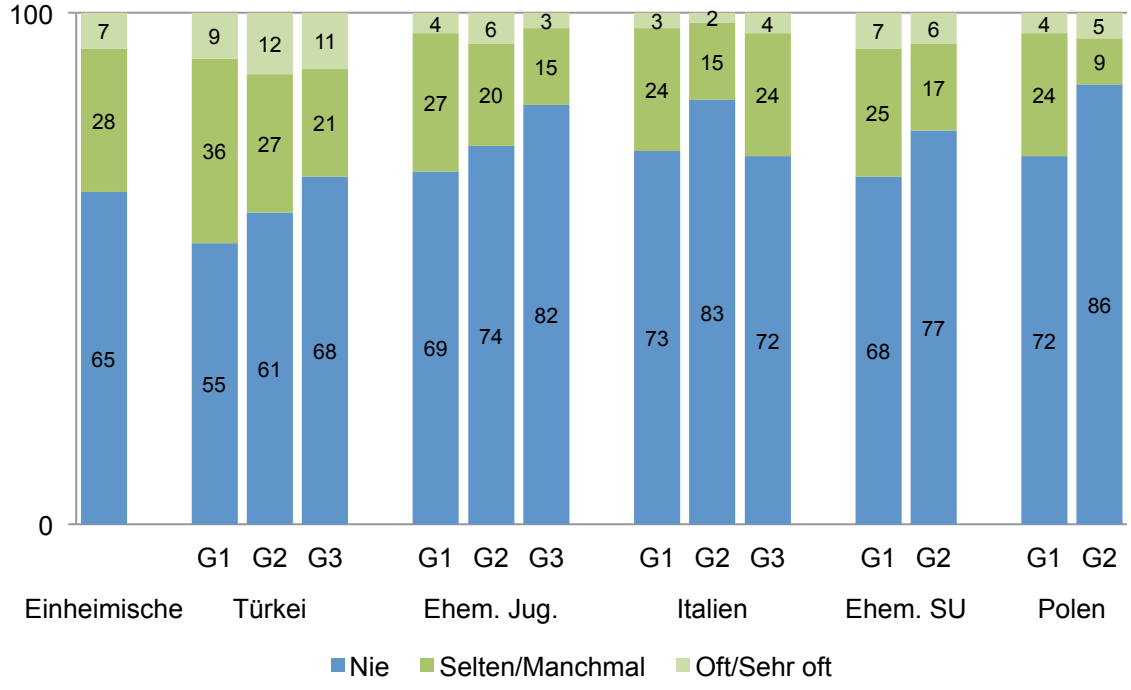
In Abbildung 37 und Abbildung 38 sind schließlich auch die Ergebnisse zur empfundenen Benachteiligung bei der Wohnungssuche und im Kontakt mit deutschen Behörden veranschaulicht. In der Tendenz zeigen sich dabei ähnliche Befunde wie bei der Benachteiligung im Alltag und der Suche nach einer Arbeitsstelle. Auffällig ist indes, dass im Kontakt mit deutschen Behörden auch relativ viele Einheimische Benachteiligung erfahren haben, die Abstände zwischen Personen mit und ohne ausländische Wurzeln fallen daher deutlich geringer aus.

Abbildung 37: Benachteiligung bei der Wohnungssuche (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Haben Sie das Gefühl, schon einmal bei der Wohnungssuche in Deutschland benachteiligt worden zu sein?“; Nur Personen, die schon einmal nach einer Wohnung gesucht haben; gewichtet; Fallzahl: 2.532.

Abbildung 38: Benachteiligung im Kontakt mit einer deutschen Behörde (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Haben Sie das Gefühl, schon einmal im Kontakt mit einer deutschen Behöre benachteiligt worden zu sein?“; gewichtet; Fallzahl: 2.980.

Der Grund für Benachteiligung muss nicht unbedingt in den ausländischen Wurzeln liegen. Erkennbar ist das schon daran, dass auch die einheimischen Befragten von Benachteiligungserfahrungen berichten. Alle Befragten, die angaben schon einmal benachteiligt worden zu sein, wurden daher ohne Antwortvorgaben nach ihrer Einschätzung gefragt, was sie für den Hauptgrund für die erlebte Ungleichbehandlung halten. Die häufigsten Antworten sind in Tabelle 9 dargestellt. Am häufigsten wird die Herkunft bzw. die Ethnizität als Grund für Benachteiligung genannt. Lediglich Migrantinnen und Migranten der ersten Generation führen ihre im Alltag erlebte Benachteiligung auf die Sprache bzw. einen Akzent zurück. Einheimische erleben bei der Arbeitssuche das Alter als Merkmal, welches Benachteiligung auslöst.

Tabelle 9: Subjektive Gründe für erlebte Benachteiligung

	Alltag	Arbeitssuche	Wohnungssuche	Behördenkontakt
Einheimische	Kein spezifischer Grund	Alter	Kein spezifischer Grund	Kein spezifischer Grund
G1	Sprache oder Akzent	Herkunft/Ethnizität	Herkunft/Ethnizität	Herkunft/Ethnizität
G2	Herkunft/Ethnizität	Herkunft/Ethnizität	Herkunft/Ethnizität	Herkunft/Ethnizität
G3	Herkunft/Ethnizität	Herkunft/Ethnizität	Herkunft/Ethnizität	Kein spezifischer Grund

Quelle: Integration gelungen?

Die Ergebnisse erweisen sich auch als robust, wenn in einer vertiefenden Analyse die unterschiedlichen Gruppenkompositionen berücksichtigt werden. Es lässt sich keine höhere Benachteiligung für Befragte unterschiedlicher Bildungsgrade finden. Im Alltag haben generell eher ältere Menschen das Gefühl, benachteiligt worden zu sein. Bei der Suche nach einem Arbeitsplatz sehen sich Personen mit ausländischen Wurzeln interessanterweise eher benachteiligt, wenn sie in einer Großstadt leben. In Klein- und Mittelstädten empfinden sieben Prozent Benachteiligung, während es in den Großstädten elf Prozent sind. Darüber hinaus zeigt sich, dass mit steigender Wahrnehmung einer Benachteiligung der eigenen Herkunftsgruppe und mit steigendem Gefühl, im Alltag benachteiligt worden zu sein, Personen mit ausländischen Wurzeln eher darüber nachdenken, Deutschland dauerhaft verlassen zu wollen (vgl. Abbildung 3).

Zugehörigkeit

Wie steht es nun um das Gefühl der Zugehörigkeit zu Deutschland von Personen mit ausländischen Wurzeln? Die gefühlte Zugehörigkeit zum Aufnahmeland ist nicht unabhängig

von der gefühlten Zugehörigkeit zum Herkunftsland, beide werden daher zusammen betrachtet. In einem einfachen Schema kann von vier verschiedenen Typen der Identifikation ausgegangen werden, die in Tabelle 10 dargestellt sind (vgl. Berry 1990; Constant & Zimmermann 2008).

Tabelle 10: Typologie der Identifikation mit Herkunfts- und Aufnahmeland

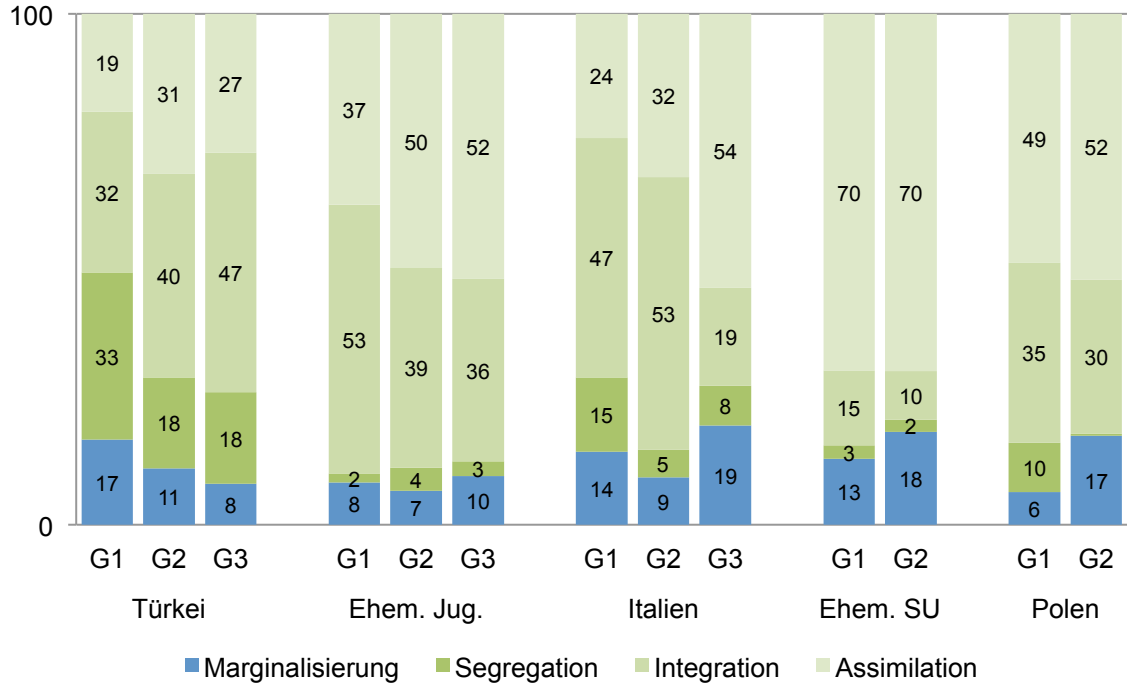
		Identifikation mit Herkunftsland	
		niedrig	*hoch*
Identifikation mit Aufnahmeland	*niedrig*	Marginalisierung	Segregation
	hoch	Assimilation	Integration

Sowohl eine niedrige Identifikation mit Deutschland und dem jeweiligen Herkunftsland (Marginalisierung) als auch eine niedrige Identifikation mit Deutschland bei zugleich hoher Identifikation mit dem Herkunftsland (Segregation) reflektieren eine emotionale Distanz zum Aufnahmeland. Marginalisierung kann dabei auch eine Form der Individualisierung sein, bei der sich die Befragten nicht in nationale Kategorien einordnen wollen. Die beiden anderen Fälle können hingegen als Zeichen gelungener Integration gesehen werden, einerseits eine hohe Identifikation mit Deutschland und dem Herkunftsland (Integration), andererseits die Identifikation mit Deutschland, aber nicht mit dem Herkunftsland (Assimilation).

Die Verteilung dieser vier Typen von Identifikation variiert stark nach Herkunftsgruppe. Über alle Gruppen hinweg sind Integration und Assimilation zusammengenommen die vorherrschenden Typen, in der Regel kann eine Identifikation also zumindest mit einem der beiden Länder beobachtet werden, so dass Marginalisierung entsprechend selten vorkommt. Über die Generationen nimmt die Dominanz der beiden Typen Integration und Assimilation bei einigen Herkunftsgruppen (Türkei, ehemaliges Jugoslawien, Italien) tendenziell zu, bei Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen bleibt sie auf hohem Niveau stabil. Interessant ist der Anstieg des Typs Marginalisierung bei den Personen mit polnischen Wurzeln in der zweiten Generation, wobei der Anteil des Typs Segregation abnimmt. Polnische Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation identifizieren sich also seltener mit Polen als die erste Generation, diese „Lücke“ wird aber bei einer Minderheit nicht durch eine Identifikation mit Deutschland gefüllt. Segregation,

also die alleinige Identifikation mit dem Herkunftsland, ist am häufigsten bei Türkischstämmigen zu beobachten, was aufgrund der oben beschriebenen Befunde zur Benachteiligung plausibel erscheint (siehe auch Kapitel III, Abschnitt 3). Allerdings ist die Integration, also die gleichzeitige Identifikation mit dem Herkunfts- als auch dem Aufnahmeland, hier der dominierende Modus.

Abbildung 39: Zugehörigkeitsgefühl zum Herkunfts- und Aufnahmeland (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Fragen: „Wie sehr fühlen Sie sich Deutschland zugehörig?“, „Wie sehr fühlen Sie sich [Herkunftsland] zugehörig?“; gewichtet; Fallzahl: 2.505.

Die Mehrheit der befragten Personen mit ausländischen Wurzeln fühlt sich Deutschland zugehörig. Veränderungen über die Generationen hinweg gehen darauf zurück, dass im Vergleich von zweiter und dritter Generation ein zunehmender Anteil der Befragten nur noch eine schwache Identifikation zum Herkunftsland berichtet. Bei den Migrantinnen und Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion macht sich hier wohl der hohe Anteil an ethnisch Deutschen in dieser Gruppe bemerkbar (vgl. Abschnitt 1). Diese weisen oft von Anfang an eine hohe Identifikation mit Deutschland, aber nicht mit ihrem Herkunftsland auf.

Neben dem Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland und zum Herkunftsland wurden auch andere Zugehörigkeitsdimensionen erfasst, so zu Baden-Württemberg, zum Wohnort und zu Europa. Insgesamt zeigen sich dabei kaum Unterschiede, weder zwischen Herkunftsgruppen noch zwischen den Generationen. In der Tendenz lässt sich jedoch feststellen,

dass das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa durchweg geringer ausfällt als zu Deutschland. Die Zugehörigkeit zum Wohnort sowie zu Baden-Württemberg erreicht in allen Gruppen in etwa das Niveau der Identifikation mit Deutschland.

Wenn sich Menschen zu zwei verschiedenen Ländern zugehörig fühlen, kann es zu Gefühlen der Zerrissenheit kommen. Wie aber in Tabelle 11 gezeigt wird, ist dies bei den meisten Befragten nicht der Fall. Mit einer Ausnahme: Von den Migrantinnen und Migranten, die sich kaum mit Deutschland identifizieren, jedoch eine starke Identifikation mit ihrem Herkunftsland berichten (Typ Segregation), fühlt sich in etwa die Hälfte zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland hin- und hergerissen.

Tabelle 11: Identifikative Integration und Gefühl der Zerrissenheit (in Prozent)

Fühlen Sie sich zwischen Deutschland und Ihrem Herkunftsland …	**... hin- und hergerissen,**	**... oder ist das nicht der Fall?**
Marginalisierung	28	71
Segregation	51	48
Integration	28	71
Assimilation	7	92
Gesamt	21	78

Quelle: Integration gelungen?; gewichtet; Fallzahl: 2.479.

Insgesamt sind drei Viertel der befragten Personen mit ausländischen Wurzeln der Ansicht, Deutschland sei für Zugewanderte ein einladendes Land. Jedoch kann nur knapp die Hälfte der türkischstämmigen ersten Generation dieser Aussage zustimmen. Bei allen Gruppen zeigt sich, dass die selbst zugewanderte Generation und Personen mit formal höherer Bildung skeptischer bezüglich der Offenheit Deutschlands sind.

Lediglich eine Minderheit der Einheimischen geht davon aus, dass Personen ohne deutsche Wurzeln nie schlechter behandelt werden als Einheimische, 40 Prozent sind sogar der Meinung, dies sei oft oder sehr oft der Fall.

In unterschiedlichen Bereichen hat eine Minderheit der Befragten schon einmal persönlich Benachteiligung erfahren, etwa im Alltag, bei der Suche nach Arbeit oder einer Wohnung sowie im Kontakt mit Behörden. In diesen Bereichen fühlen sich Personen mit ausländischen Wurzeln meist häufiger Benachteiligung ausgesetzt als einheimische Befragte; dies führen sie selbst mehrheitlich auf ihre ethnische Herkunft zurück. In der dritten Generation

ist eine Benachteiligungserfahrung insgesamt seltener zu beobachten. Auffällig ist, dass Türkischstämmige über alle Generationen hinweg – also auch, wenn ihre Familie schon seit mehreren Generationen in Deutschland lebt – relativ häufig berichten, Benachteiligung erfahren zu haben, insbesondere bei der Arbeits- und Wohnungssuche.

Insgesamt geht nur die Hälfte aller Befragten mit ausländischen Wurzeln davon aus, die gleichen Chancen wie Einheimische auf einen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst zu haben.

Über alle Gruppen hinweg kann in der Regel eine Identifikation zumindest mit Deutschland oder dem Herkunftsland festgestellt werden, Marginalisierung kommt selten vor. Eine Mehrheit der befragten Personen mit ausländischen Wurzeln fühlt sich Deutschland zugehörig. In der zweiten und dritten Generation ist in der Tendenz die Identifikation mit dem Herkunftsland nur noch schwach ausgeprägt.

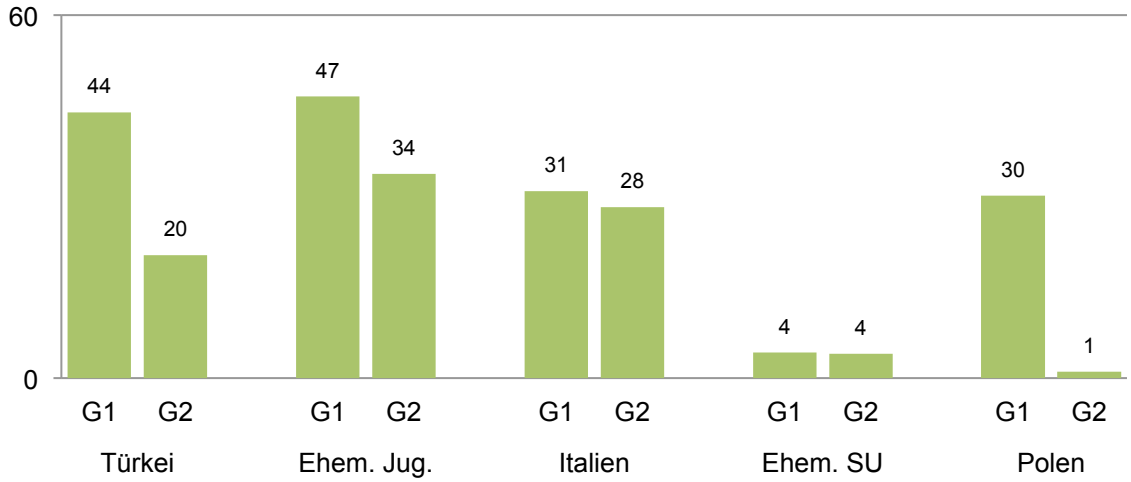
9. Transnationalismus

Verhältnismäßig wenig untersucht ist das Verhältnis von in Deutschland lebenden Personen mit ausländischen Wurzeln zu ihrem Herkunftsland. Dazu gehören Fragen zu Besuchen und längeren Aufenthalten, ebenso wie die finanzielle Unterstützung von Verwandten und das Vorhandensein von Wohneigentum. Im Folgenden wird nun die Verbreitung und Persistenz transnationaler Bindungen und Aktivitäten der jeweiligen Herkunfts- und Generationsgruppen verglichen. Dabei muss aufgrund des Alters auf eine gesonderte Analyse der dritten Generation verzichtet werden, da im jungen Alter die untersuchten transnationalen Aktivitäten nicht vergleichbar relevant sind.

Ein besonders guter Indikator für die Bindung an das Herkunftsland ist der Besitz von Immobilien, also einer Wohnung oder eines Hauses (vgl. Abbildung 40). Dieser stellt einen materiellen Wert dar, der – selbst genutzt oder nicht – zur Realisierung ein gewisses Maß an Pflege und Unterhaltung erfordert, etwa indem man die Immobilie selbst bewohnt oder vermietet. Gleichzeitig ist Wohnraum für eine Familie oft Bezugs- bzw. Treffpunkt und wird möglicherweise vor allem deshalb nicht verkauft, weil der Plan besteht, später mehr Zeit im Herkunftsland oder gar den Lebensabend dort zu verbringen.

Allgemein verfügen Personen aus südeuropäischen Herkunftsländern in der ersten Generation am ehesten über Immobilien in ihrer Heimat: dies sind 44 Prozent der Zuwanderer aus der Türkei, 47 Prozent aus dem ehemaligen Jugoslawien und 31 Prozent aus Italien. Tendenziell nimmt der Anteil des Immobilienbesitzes im Herkunftsland von der ersten zur zweiten Generation ab, die relativ hohen Anteilswerte in der zweiten Generation deuten jedoch darauf hin, dass der Besitz dauerhaft weitergegeben und nicht etwa aufgelöst wird. Bei den befragten Personen mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion und Polen verfügt lediglich die erste Generation aus Polen über einen nennenswerten Anteil an Immobilien im Herkunftsland (30 %), bei den Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion sowie der zweiten polnischstämmigen Generation ist der Anteil hingegen verschwindend gering (4 % bzw. 1 %).

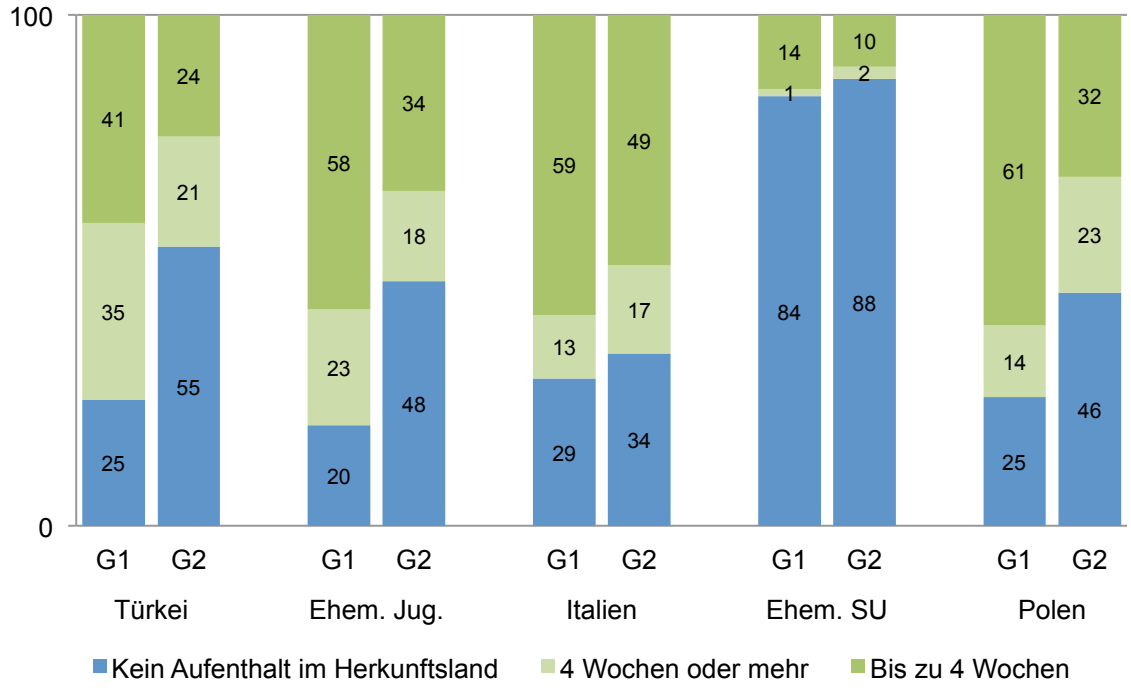
Abbildung 40: Besitz einer Immobilie im Herkunftsland (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Besitzen Sie eine Wohnung oder ein Haus in [Herkunftsland]?“; Befragte im Alter ab 18 Jahren; gewichtet; Fallzahl: 1.947.

Ein zweiter Indikator für Verbindungen zum Herkunftsland ist die Zeit, die von den Migrantinnen und Migranten dort verbracht wird (vgl. Abbildung 41). Die Mehrheit von ihnen gibt an, im Verlauf des letzten Jahres im jeweiligen Herkunftsland gewesen zu sein.

Abbildung 41: Aufenthalt im Herkunftsland im letzten Jahr (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Wie viel Zeit haben Sie letztes Jahr in [Herkunftsland] verbracht?“; gewichtet; Fallzahl: 2.231.

Der Anteil derjenigen, die nicht im Herkunftsland gewesen sind, nimmt in der zweiten Generation tendenziell zu. Eine Ausnahme bilden Personen mit italienischen Wurzeln, bei denen die Anteile relativ stabil bleiben.

Wie schon bei der Frage des Immobilienbesitzes stellen Personen mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion die große Ausnahme dar, nur ein geringer Anteil von 15 Prozent in der ersten und 12 Prozent in der zweiten Generation verbringt einige Zeit im Herkunftsland. Dies dürfte vor allem an den (Spät-)Aussiedlern liegen, die sich in dieser Gruppe befinden.

Bei den Türkischstämmigen der ersten Generation findet sich der höchste Anteil an Personen, die mindestens vier Wochen im Herkunftsland verbracht haben (35 %). Durchaus bemerkenswert ist, dass der Anteil derer, die vier Wochen oder mehr im Herkunftsland verbringen, bei allen Herkunftsgruppen, mit Ausnahme der Türkischstämmigen, auch in der zweiten Generation relativ stabil bleibt oder sogar ansteigt, während kürzere Aufenthalte im Generationenvergleich bei allen Herkunftsgruppen eher abnehmen.

Die Befragten wurden zusätzlich gebeten den hauptsächlichen Grund ihres Aufenthaltes im Herkunftsland anzugeben (vgl. Tabelle 12). Wie zu erwarten stellen der Besuch von Familienangehörigen und Urlaub die Hauptgründe für Reisen ins Herkunftsland dar, sie machen zusammen 90 Prozent aller Angaben zu den Motiven aus. Vermutlich handelt es sich häufig um eine Kombination beider Gründe, wobei die Angabe „Familienbesuche“ deutlicher den Kontakt zur Familie und die Pflege familiärer Beziehungen unterstreicht, im Gegensatz zum Urlaub als einer Auszeit vom Alltag in Deutschland.

Tabelle 12: Grund für Aufenthalt im Herkunftsland

		Häufigster Grund
Türkei	*G1*	Familienbesuch
	G2	Urlaub
Ehem. Jug.	*G1*	Familienbesuch
	G2	Urlaub
Italien	*G1*	Familienbesuch
	G2	Urlaub
Ehem. SU	*G1*	Familienbesuch
	G2	Familienbesuch
Polen	*G1*	Familienbesuch
	G2	Familienbesuch

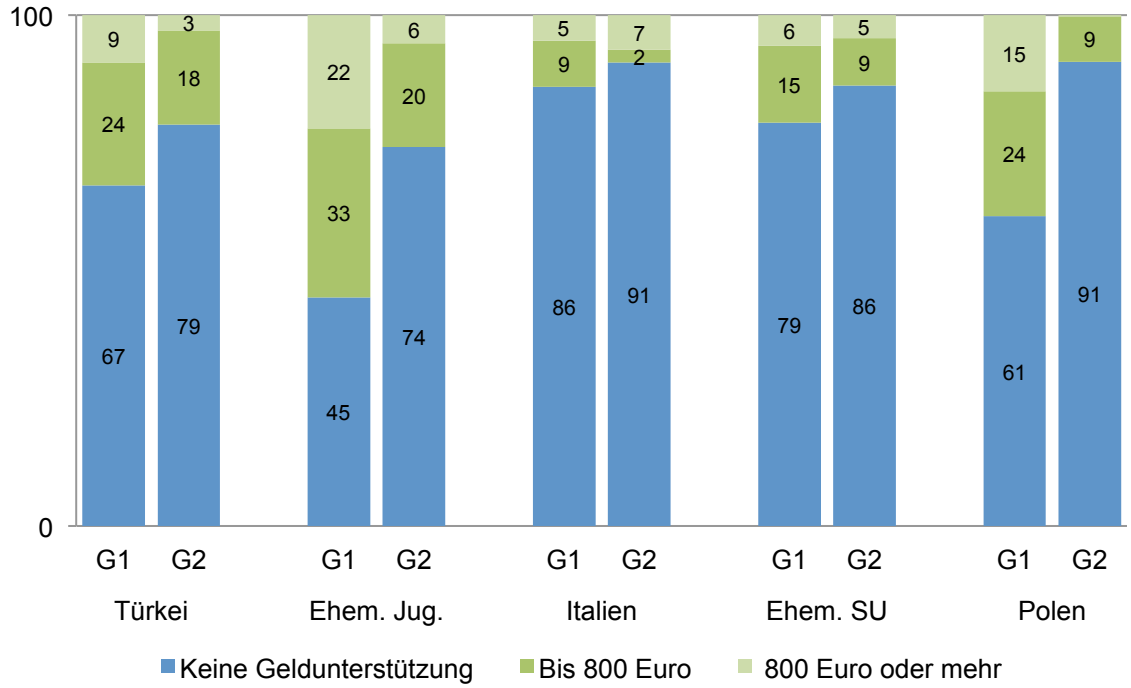
Quelle: Integration gelungen?; Fallzahl: 2.231.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Wechsel des hauptsächlichen Aufenthaltsgrunds von der ersten zur zweiten Generation bei den Befragten mit Wurzeln in der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien sowie in Italien: Während hier die erste Generation hauptsächlich Familienbesuche als Grund für die Reise angibt, nennt die zweite Generation bereits Urlaub als Hauptgrund. Dies deutet darauf hin, dass sich im Generationenverlauf der Fokus verschiebt, insofern als die zweite Generation ihre engsten Familienangehörigen in Deutschland hat (Eltern, Geschwister), das Herkunftsland aber zunehmend eine attraktive Urlaubsoption darstellt. Der dritte betrachtete Indikator für transnationale Aktivitäten sind Geldtransfers ins Herkunftsland, so genannte *Remittances*. Diese Form der Unterstützung von Personen im Herkunftsland wird nur von wenigen Befragten tatsächlich ausgeübt. Am größten ist der Anteil der Personen mit Geldüberweisungen in das jeweilige Herkunftsland bei der ersten Generation aus dem ehemaligen Jugoslawien und Polen. Am geringsten ist er bei Personen mit Wurzeln in Italien. Tendenziell nimmt die finanzielle Unterstützung von der ersten zur zweiten Generation ab, besonders stark bei den Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien. Die transferierten Geldsummen bleiben überwiegend unter 800 Euro im Jahr.

In vertiefenden Analysen zeigt sich, dass ein Zusammenhang zwischen den einzelnen transnationalen Aktivitäten besteht. Personen, die über Immobilien im Herkunftsland verfügen, halten sich dort häufiger auf und sie unterstützen auch eher Familienangehörige oder Freunde durch Geldüberweisungen. Darüber hinaus zeigt sich, dass transnationale Aktivitäten mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland abnehmen und Personen aus binationalen Elternhäusern generell weniger Kontakt ins Ausland haben.

Bereits unterstrichen wurde, dass die Herkunftslandbindung darüber hinaus im Generationenverlauf abzunehmen scheint, was durchaus erwartbar war. Interessant ist jedoch, dass die transnationalen Aktivitäten bei den Personen mit Wurzeln in der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und Italien auf einem hohen Niveau verbleiben. Diese Bindung hat aber nicht zwangsläufig eine negative Auswirkung auf die Integration in Baden-Württemberg. So besteht zwar ein enger Zusammenhang zwischen der Identifikation mit dem Herkunftsland und transnationalen Aktivitäten, aber es besteht kein Zusammenhang zum bürgerschaftlichen Engagement. Migrantinnen und Migranten, die Verbindungen zu ihrem Herkunftsland aufrechterhalten, identifizieren sich stärker mit diesem Land, sind damit aber nicht zwangsläufig seltener in Vereinen in Baden-Württemberg engagiert.

Abbildung 42: Finanzielle Unterstützung von Personen im Herkunftsland (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; Frage: „Haben Sie im letzten Jahr Verwandte oder Freunde in [Herkunftsland] mit Geld unterstützt? Wie viel Geld war das ungefähr?“; gewichtet; Fallzahl: 1.935.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Personen mit Migrationshintergrund auf unterschiedliche Arten Beziehungen zu ihrem Herkunftsland aufrechterhalten. Häufig beschränkt sich dies nicht auf eine einzige transnationale Aktivität. Insgesamt erreichen die transnationalen Aktivitäten bei den Personen mit Wurzeln in der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und in Italien auch in der zweiten Generation ein relativ hohes Niveau.

In der ersten Generation besitzen je nach Herkunftsgruppe bis zu 47 Prozent der Befragten Immobilien im Herkunftsland. Die Ergebnisse deuten daraufhin, dass bei einem deutlichen Anteil der Besitz an die zweite Generation weitergegeben und nicht etwa aufgelöst wird.

Die Mehrheit der Personen mit ausländischen Wurzeln ist im zurückliegenden Jahr in ihr Herkunftsland gereist. Während kürzere Aufenthalte im Generationenverlauf abnehmen, bleibt der Anteil längerer Aufenthalte relativ stabil. Sowohl beim Immobilienbesitz als auch bei den Besuchen nehmen die Befragten mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion und darunter viele (Spät-)Aussiedler eine Sonderrolle ein, sie besitzen deutlich seltener Immobilien im Herkunftsland und reisen auch nicht dorthin.

Etwa ein Drittel der Befragten unterstützt Personen im Herkunftsland durch Geldüberweisungen. Am größten ist der Anteil bei der ersten Generation aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und aus Polen. In der zweiten Generation nimmt der Anteil derjenigen, die finanzielle Unterstützung leisten teils ab. Die transferierten Geldsummen bleiben überwiegend unter 800 Euro im Jahr.

III. Bedingungen gelingender Integration: Vertiefende Analysen

Im Anschluss an die Betrachtung neun verschiedener Themenbereiche in Kapitel II des vorliegenden Berichts werden in den folgenden Abschnitten die Bedingungen gelingender Integration anhand von drei Schwerpunkten untersucht. Zunächst wird dazu die Rolle sozialer Netzwerke eingehender analysiert (1). Im Vordergrund steht dabei die Frage, welche Formen der Unterstützung Personen mit ausländischen Wurzeln in Baden-Württemberg über ihre sozialen Kontakte erhalten. Daran schließt sich eine vertiefende Betrachtung gesellschaftlicher Partizipation an (2). Untersucht wird, welche Faktoren das politische und soziale Engagement von Personen mit ausländischen Wurzeln fördern können. Im Zentrum steht hier vor allem die Rolle aktiver Mitgliedschaft in Vereinen. Abschließend werden die möglichen negativen Konsequenzen einer ausbleibenden „Willkommenskultur“ bzw. fehlenden Offenheit der deutschen Gesellschaft auf den Integrationsprozess diskutiert (3). Dabei wird konkret der Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Benachteiligungs- oder Diskriminierungserfahrungen und dem Gefühl der Zugehörigkeit zur Aufnahmegesellschaft analysiert.

Bei der Interpretation der Ergebnisse muss berücksichtigt werden, dass mit den Daten der Mehrthemenbefragung *Integration gelungen?* keine Kausal-, sondern lediglich Zusammenhangsanalysen möglich sind. Eine Ursache- und Wirkungs-Beziehung kann damit letztendlich nicht begründet werden. Wird beispielsweise beobachtet, dass diejenigen Personen, die sich Deutschland nicht zugehörig fühlen, häufig von Diskriminierungserfahrung berichten, so kann dies ein Hinweis dafür sein, dass benachteiligende Erfahrungen in der Gesellschaft negativ für die Identifikation mit Deutschland sind. Es ist aber auch ein umgekehrter Wirkmechanismus denkbar, bei dem eine Person mit geringem Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft eine höhere Sensibilität entwickelt, in der Folge kritischer auf bestimmte Ereignisse reagiert und sich häufiger benachteiligt fühlt. Letztendliche Gewissheit, ob Identifikation die subjektive Diskriminierungserfahrung beeinflusst oder die Diskriminierungserfahrung zu geringerer Identifikation führt, ist nur durch eine wiederholte Befragung derselben Personen in einem gewissen zeitlichen Abstand möglich, solche Längsschnittanalysen sind jedoch sowohl in Bezug auf die Datenerhebung als auch die Auswertung zeit- und kostenaufwendig. Im vorliegenden Bericht wird allerdings versucht, durch theoretische Fundierung sowie die Bezugnahme auf andere empirische Arbeiten die Interpretation der Befunde abzusichern.

Zentraler Bestandteil der folgenden Analysen sind multivariate (logistische und multinomiale) Regressionsmodelle (vgl. Best & Wolf 2010; Kühnel & Krebs 2010). Dabei wird jeweils der Zusammenhang eines interessierenden Aspekts von Integration – also z.B. dem Zugehörigkeitsgefühl – mit mehreren unterschiedlichen Faktoren – etwa der Generationenzughörigkeit, der Aufenthaltsdauer oder der Diskriminierungserfahrung – gleichzeitig betrachtet. Im Ergebnis ist es damit möglich, die Stärke des Zusammenhangs und damit die Bedeutung eines berücksichtigten Faktors mit der Stärke der jeweils anderen Faktoren in den Blick zu nehmen. Auch um die Ergebnisse der Regressionsanalysen möglichst allgemeinverständlich zu erläutern, werden *durchschnittliche Marginaleffekte* oder *Average Marginal Effects (AME)* berichtet (vgl. Auspurg & Hinz 2011). Average Marginal Effects geben an, um wie viele Prozentpunkte sich mit Vorliegen des jeweils berücksichtigten Faktors im Mittel die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Ereignisses erhöht. Ist das interessierende Ereignis beispielsweise die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilahme, dann bedeutet ein AME von fünf Prozentpunkten für den Faktor „Abitur“, dass Personen mit Hochschulreife im Durchschnitt mit einer um fünf Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit an Wahlen teilnehmen als Personen ohne Abitur.

1. Ethnische Netzwerke und Beziehungen zur Aufnahmegesellschaft: Welche Kontakte nützen im Alltag?

Die Rolle ethnischer Netzwerke für die Integration ist umstritten. Während manche Studien die unterstützende Wirkung ethnischer Binnenintegration würdigen, finden andere keine positive Auswirkung auf die strukturelle Integration, etwa in Form von Bildung oder Arbeit (vgl. Kalter 2007; Nauck et al. 1997; Portes & Rumbaut 2001). In der folgenden Analyse werden die konkreten Unterstützungsleistungen untersucht, die Migrantinnen und Migranten durch ihre sozialen Beziehungen erhalten. In Abschnitt 6 von Kapitel II wurde zwar gezeigt, dass das verfügbare Sozialkapital im Generationenverlauf ansteigt, genauere Analysen darüber, welche Merkmale die Entstehung von Sozialkapital begünstigen, wurden aber nicht durchgeführt. Konkret wird nun untersucht, ob die Zuwanderer in Baden-Württemberg jemanden haben, der ihnen Rat bei rechtlichen Fragen geben kann, wer das ist, und von welchen Faktoren es abhängt, ob sie diese Form der Unterstützung erhalten. Die dargestellten Ergebnisse und Zusammenhänge gelten – dies zeigen hier nicht dargestellte Analysen – im Wesentlichen auch für andere Formen von Sozialkapital, wie beispielsweise die Möglichkeit, sich eine größere Summe Geld zu leihen und praktische Hilfe im Alltag zu bekommen.

Soziale Einbettung von Migrantinnen und Migranten und Unterstützungsleistungen

Theoretisch können drei verschiedene Quellen von Unterstützungsleistungen unterschieden werden: Unterstützungsleistungen von Mitgliedern der eigenen ethnischen Gruppe (*Ingroup*), Unterstützungsleistungen von Mitgliedern außerhalb der eigenen ethnischen Gruppe, insbesondere von Einheimischen (*Outgroup*) und Unterstützung durch Familienmitglieder. Für alle drei lassen sich Argumente anführen, warum gerade diese Personengruppe besonders wichtige Unterstützungsleistungen für Personen mit ausländischen Wurzeln bieten und so dem Integrationsprozess förderlich sind. Kontakte zur *Outgroup*, also zu Einheimischen, werden besonders als Quelle von Informationen über das Aufnahmeland, etwa über das Bildungssystem, den Arbeits- oder den Wohnungsmarkt betrachtet. Kontakte zur *Ingroup* gelten als wichtige Quelle von Hilfestellungen bei Alltagsproblemen. Allerdings wird die Existenz einer solidarischen „ethnischen community“ von manchen Autoren in Frage gestellt. So betont Nauck (2007), dass Migrantinnen und Migranten sich vor allem

auf familiäre Beziehungen verlassen können, innerhalb derer starke Reziprozitätsnormen herrschen.

Man kann davon ausgehen, dass die Quelle der Unterstützung zwischen den unterschiedlichen Zuwanderergenerationen variiert. So verfügen beispielsweise Zuwanderer der zweiten und dritten Generation im Durchschnitt über ein größeres Netzwerk familiärer Beziehungen am Wohnort als selbst zugewanderte Personen, was zu einem größeren familiären Unterstützungspotenzial führen dürfte. Generell ist von einem Zusammenhang zwischen sozialer Einbettung und individuellem Sozialkapital auszugehen. Je stärker eine Person sozial eingebunden ist, umso größer ist ihr Potenzial, Hilfe zu erhalten. Bei der Analyse der Integration von Zuwanderern sind insbesondere Kontakte zu Einheimischen von Interesse. Gerade in Bezug auf Unterstützung im Umgang mit den Institutionen des Aufnahmelandes, hier untersucht anhand der Unterstützung bei rechtlichen Fragen, kann man davon ausgehen, dass diese Kontakte besonders nützlich sind.

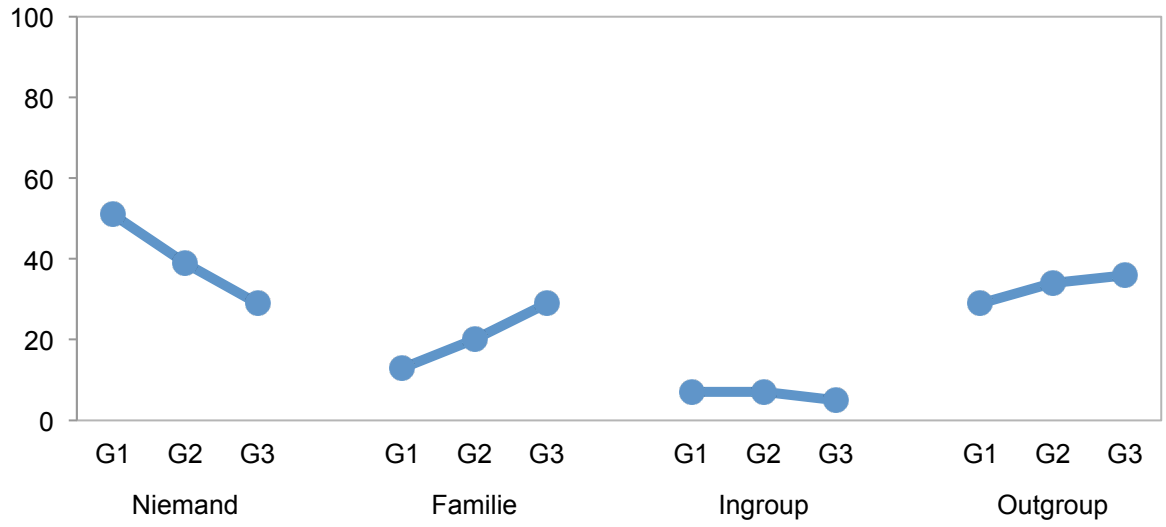
Analyse – Soziale Einbettung und Unterstützungsleistungen

Im Folgenden wird nun untersucht, inwiefern die Personen mit ausländischen Wurzeln in Baden-Württemberg Unterstützung im Alltagsleben von Personen außerhalb des eigenen Haushalts erwarten können. Dazu wurde die Frage gestellt, ob es außerhalb des eigenen Haushalts jemanden gibt, der bei rechtlichen Fragen (z.B. Mietsachen) Rat geben würde. Besonderes Augenmerk wird auf die Frage gerichtet, ob die Unterstützung von Familienmitgliedern, Mitgliedern der *Ingroup* oder Personen jenseits der eigenen ethnischen Gruppe, also vor allem von Einheimischen, geleistet werden kann.

Von den befragten Personen haben 43 Prozent niemanden außerhalb des eigenen Haushalts, den sie um Rat bei rechtlichen Fragen bitten könnten. Des Weiteren geben 18 Prozent an, dass ihnen eine verwandte Person helfen könnte, in 7 Prozent der Fälle handelt es sich bei der Person, die rechtlichen Rat geben kann um jemanden aus der *Ingroup* und zu 32 Prozent um eine Person aus der *Outgroup*. Abbildung 43 zeigt, wie sich diese Verteilung zwischen den Generationen verändert. Dabei sieht man zunächst einen deutlichen Rückgang des Anteils derjenigen, die niemanden haben, von gut 50 Prozent sinkt er auf knapp 30 Prozent. Der über die Generationen erfolgende Anstieg an möglichem Rat in rechtlichen Fragen geht dabei vor allem auf die Zunahme entsprechender Kontakte unter

Verwandten und Personen aus der *Outgroup* zurück. Der Anstieg familiärer Hilfe kann wohl darauf zurückgeführt werden, dass Personen mit ausländischen Wurzeln in der zweiten und dritten Generation größere familiäre Netzwerke im Aufnahmeland haben, als das bei selbst Zugewanderten der Fall ist. Darüber hinaus wird Hilfe in Familien üblicherweise stärker von der älteren für die jüngere Generation geleistet. Der Anteil der Unterstützung aus der eigenen ethnischen Gruppe bleibt relativ konstant zwischen fünf und sieben Prozent bestehen.

Abbildung 43: Quelle des rechtlichen Rats im Generationenvergleich (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; ungewichtet; Fallzahl: 2.441.

Die Voraussetzung dafür, auf die Unterstützung von Familienangehörigen, Freunden oder Bekannten zurückgreifen zu können, ist individuell in soziale Netzwerke eingebettet zu sein. Unter Integrationsgesichtspunkten sind dabei Kontakte zu Einheimischen von besonderem Interesse. Die folgende Analyse konzentriert sich daher hauptsächlich auf die Kontakte, die Personen mit ausländischen Wurzeln zu Einheimischen haben. Dazu werden drei Indikatoren verwendet (vgl. Tabelle 13): Die Herkunft des Partners bzw. der Partnerin; die Herkunft der Personen, mit denen die Freizeit verbracht wird; und die Kontakte zu Einheimischen in der Nachbarschaft.

Der Zusammenhang zwischen diesen drei Merkmalen der sozialen Einbettung und dem zur Verfügung stehenden Rat in rechtlichen Angelegenheiten wird nun in einem multivariaten statistischen Modell unter Kontrolle verschiedener soziodemografischer Merkmale überprüft. Dargestellt werden, wie einleitend beschrieben, *Average Marginal Effects*. Als statistisches Verfahren wird eine multinomiale logistische Regression verwendet. Die Werte in

Tabelle 14 geben also jeweils an, um wie viele Prozentpunkte es bei Vorliegen des jeweiligen Merkmals statt der Referenzgruppe (in den Tabellen „Ref." abgekürzt) wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher wird, dass eine Person niemanden, ein Familienmitglied, jemanden aus der *Ingroup* oder jemanden aus der *Outgroup* hat, der Rat bezüglich rechtlicher Fragen anbieten kann. So erhöht sich beispielsweise bei Angehörigen der dritten Generation die Wahrscheinlichkeit, dass ihnen jemand aus der *Outgroup* bei rechtlichen Fragen helfen kann, im Vergleich zur ersten Generation (der Referenzgruppe bei diesem Beispiel) durchschnittlich um 10 Prozentpunkte (vgl. Spalte 4 in Tabelle 14). Der Unterschied der zweiten Generation zur ersten Generation beträgt hingegen lediglich 4 Prozentpunkte, zudem ist er nicht statistisch signifikant und somit mit größerer Sicherheit ein zufälliger Befund in der vorliegenden Stichprobe, der somit nicht auf die Grundgesamtheit der in Baden-Württemberg lebenden Zuwanderer übertragen werden sollte.

Tabelle 13: Merkmale sozialer Einbettung

	Ausprägung	Anteil (in Prozent)
Partnerschaft	Kein Partner	38
	Partner einheimisch	24
	Partner mit ausländischen Wurzeln	38
	Gesamt	*100*
Kontakte in der Freizeit	Überwiegend zu Personen mit ausländischen Wurzeln	21
	Überwiegend zu Einheimischen/Hält sich die Waage	79
	Gesamt	*100*
Kontakte zu Einheimischen in der Nachbarschaft	Regelmäßig	73
	Wenig bis kein Kontakt	27
	Gesamt	*100*

Quelle: Integration gelungen?; ungewichtet; Fallzahl: 2.380.

Rat in rechtlichen Fragen können alle Herkunftsgruppen gleichermaßen erhalten. Auch bei der Unterstützung in rechtlichen Fragen seitens Familienangehöriger außerhalb des eigenen Haushalts, gibt es keine ausgeprägten Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen. Bei den türkischstämmigen Befragten, die hier die Referenzgruppe darstellen, ist die Quelle der Hilfeleistung jedoch häufiger in der eigenen Herkunftsgruppe (*Ingroup)* zu finden als bei allen anderen Gruppen. Deutlich wird durch die positiven Werte in der vierten Spalte in Tabelle 14, dass im Vergleich zu den Türkischstämmigen alle übrigen Herkunftsgruppen häufiger Personen in der *Outgroup* kennen, die ihnen rechtlichen Rat bieten können. Der zentrale Unterschied zwischen Türkischstämmigen und den übrigen befragten Herkunftsgruppen scheint also zu sein, dass die soziale Ressource „rechtlicher Rat" bei

Türkischstämmigen häufiger in der *Ingroup* und seltener in der *Outgroup* verfügbar ist. Sie haben insgesamt aber nicht weniger soziale Ressourcen als die anderen Gruppen (vgl. Spalte 1 zur Wahrscheinlichkeit von gar keiner Unterstützung). Im Generationenvergleich bestätigt sich der Trend, der schon in der einfachen Analyse weiter oben zu sehen war: Angehörige der zweiten, vor allem aber der dritten Generation haben eher jemanden, der sie unterstützen kann (vgl. die negativen AMEs in der ersten Spalte) und dies ist vor allem auf eine zunehmende Unterstützung durch Familienangehörige und tendenziell durch Personen ohne ausländische Wurzeln zurückzuführen.

Tabelle 14: Rat bei rechtlichen Fragen (Ergebnis der multinomialen logistischen Regression)

	Modell 1			
Rat geben kann...	*... niemand (=1)*	*... eine Person aus der Familie (=2)*	*... eine Person aus der Ingroup (=3)*	*... eine Person aus der Out-group (=4)*
	AME	AME	AME	AME
Herkunftsland (Ref.: Türkei)				
Ehem. Jug.	1 %	-1 %	-11 %	12 %
	(0,153)	(-0,579)	(-6,225)***	(3,675)***
Italien	0 %	-1 %	-7 %	8 %
	(-0,125)	(-0,331)	(-3,527)***	(2,655)***
Ehem. SU	-1 %	2 %	-8 %	7 %
	(-0,241)	(0,649)	(-4,761)***	(2,34)**
Polen	0 %	-2 %	-8 %	10 %
	(0,02)	(-0,657)	(-4,482)***	(3,067)***
Generation (Ref.: 1. Gen.)				
2. Gen.	-3 %	3 %	-4 %	4 %
	(-0,93)	(1,278)	(-2,081)**	(1,428)
3. Gen.	-12 %	8 %	-7 %	10 %
	(-2,604)***	(2,192)**	(-2,915)***	(2,224)**
Geschlecht (Ref.: Weiblich)				
Männlich	1 %	-6 %	1 %	4 %
	(0,331)	(-3,422)***	(1,007)	(1,914)*
Alter	5 %	-2 %	-1 %	-2 %
(in Jahrzehnten)	(5,892)***	(-2,339)**	(-1,624)	(-2,867)***
Aufenthaltsdauer	-1 %	-1 %	-1 %	3 %
(in Jahrzehnten)	(-0,685)	(-0,891)	(-2,224)**	(3,059)***
Bildung (Ref.: Keine Hochschulreife)				
Hochschulreife	0 %	-5 %	0 %	6 %
	(-0,143)	(-3,019)***	(-0,429)	(2,797)***
Regionstyp (Ref.: BIK < 7)				
Großstadt	-2 %	0 %	2 %	1 %
	(-1,154)	(-0,088)	(1,505)	(0,499)
Familie (Ref.: Kein bin. Elternhaus)				
Binationales Elternhaus	2 %	-2 %	-6 %	6 %
	(0,663)	(-0,771)	(-5,071)***	(1,558)
Partnerschaft (Ref.: Kein Partner)				
Partner einheimisch	5 %	-4 %	-5 %	4 %
	(1,53)	(-1,501)	(-3,605)***	(1,379)
Partner mit ausländischen Wurzeln	6 %	-3 %	-1 %	-3 %
	(2,568)**	(-1,338)	(-0,743)	(-1,143)
Kontakt in der Freizeit (Ref.: Hauptsächlich zu Personen mit ausländischen Wurzeln)				
Überwiegend zu Einheimischen	-6 %	2 %	-6 %	10 %
	(-2,363)**	(1,259)	(-4,412)***	(4,076)***
Kontakt zu Einheimischen in Nachbarschaft (Ref.: Wenig bis kein Kontakt)				
Regelmäßig	-7 %	-3 %	2 %	8 %
	(-2,894)***	(-1,715)*	(1,567)	(3,799)***
N	2.206			
Pseudo R2	0,0705			

Average Marginal Effects (AME); Z-Werte in Klammern
*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Wie hängen nun die in Tabelle 13 differenzierten Typen des Kontakts – Partnerschaft, Freizeitkontakte und Nachbarschaftskontakte – mit dem Zugang zu Unterstützungsleistung zusammen? Eine Partnerschaft hat für Personen mit ausländischen Wurzeln keine positiven

Auswirkungen in dem Sinne, dass dadurch ein größeres Hilfspotenzial außerhalb des eigenen Haushalts zur Verfügung steht. Befragte mit Partnerin oder Partner haben durchschnittlich um fünf bzw. sechs Prozentpunkte seltener jemanden, der ihnen Rat bei rechtlichen Fragen bieten kann als Partnerlose (und dies gilt nahezu unabhängig davon, ob die Partner ausländische Wurzeln haben oder nicht). Dieser Befund dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die entsprechende Ressource sich innerhalb des Haushalts befindet, während Partnerlose eher auf Unterstützung von außen angewiesen sind. Interessant ist, dass die Befragten von einheimischen Partnern in der Form profitieren, dass ihr Unterstützungspotenzial außerhalb der eigenen ethnischen Gruppe tendenziell zunimmt.

Personen mit ausländischen Wurzeln, die ihre Freizeit überwiegend mit Einheimischen verbringen, verfügen über ein größeres Unterstützungspotenzial als diejenigen, die in ihrer Freizeit hauptsächlich Personen mit ausländischen Wurzeln treffen (Effektstärke von 6 Prozentpunkten, vgl. Spalte 1 in Tabelle 14). Dieser Zuwachs an sozialen Ressourcen geht vor allem auf das höhere Unterstützungspotenzial von Personen jenseits der eigenen ethnischen Gruppe (*Outgroup*) zurück.

Nicht nur das Verbringen der Freizeit mit Einheimischen hängt positiv mit dem individuellen Sozialkapital zusammen, sondern auch der Kontakt mit Personen in der Nachbarschaft. Zuwanderer, welche regelmäßigen Kontakt zu Einheimischen in der Nachbarschaft haben, weisen eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit auf (8 Prozentpunkte, vgl. Spalte 4 in Tabelle 14), jemanden aus der *Outgroup* zu haben, der ihnen rechtlichen Rat geben kann, als diejenigen, die wenig bis keinen Kontakt zu einheimischen Nachbarn pflegen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Mehrheit der befragten Zuwanderer in Baden-Württemberg über soziale Ressourcen verfügt, in dem Sinne, dass sie eine Person kennen, die sie um Rat in rechtlichen Angelegenheiten bitten können. Bei den Türkischstämmigen ist die Quelle der Hilfeleistung häufiger in der eigenen Herkunftsgruppe (Ingroup) zu finden als bei den anderen Herkunftsgruppen. Im Generationenverlauf steigt der Anteil derer, die jemanden um Rat fragen können. Dies wird vor allem dadurch verursacht, dass im Generationenverlauf ein stärkeres familiäres Netzwerk aufgebaut werden kann.

Auch das Potenzial an Hilfe durch Einheimische (Outgroup) nimmt im Generationenverlauf tendenziell etwas zu und wird bereits durch nachbarschaftliche Kontakte mit Einhei-

mischen befördert. Es spricht einiges dafür, dass diejenigen, die ihre Freizeit überwiegend mit einheimischen Personen verbringen, insgesamt mehr Unterstützung außerhalb der eigenen Gruppe finden.

2. Politische Partizipation: Welche Wege führen zum Engagement?

Personen mit ausländischen Wurzeln können von Entscheidungen in bestimmten politischen Themengebieten in besonderem Maße betroffen sein. Migrationspolitik, Integrationspolitik und bestimmte Bereiche der Außenpolitik können sich direkt auf ihr alltägliches Leben auswirken – beispielhaft genannt sei hier die Einbürgerungsgesetzgebung. Personen mit ausländischen Wurzeln sind aber natürlich nicht nur Objekte des politischen Geschehens, sie können ihre Interessen selbst artikulieren und die politische Agenda beeinflussen. Sie tun dies häufig in unterschiedlicher Art und Weise, auch dann, wenn sie an (manchen) Wahlen und Abstimmungen nicht teilnehmen dürfen.

Dass Personen mit ausländischen Wurzeln sich engagieren, ist integrationspolitisch von Bedeutung. Zum einen stellen Partizipationsformen, die über die Wahrnehmung des Wahlrechts hinausgehen, Gelegenheiten für Kontakte zwischen Personen mit und ohne ausländische Wurzeln dar. Zum anderen kann davon ausgegangen werden, dass Entscheidungen, die von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen mitgestaltet wurden, eher als legitim betrachtet werden. Aufbauend auf dem Befund zum bürgerschaftlichen Engagement (vgl. Abschnitt 7, Kapitel II), soll im Folgenden untersucht werden, welche Faktoren mit einem ausgeprägten politischen Engagement einhergehen. Dabei wird der Blick insbesondere auf den Zusammenhang von politischem Engagement und Vereinspartizipation gerichtet.

Politische Partizipation von Personen mit ausländischen Wurzeln

Die Wahlbereitschaft steht allgemein in einem starken Zusammenhang mit dem sozioökonomischen Status. So ist bekannt, dass Personen mit steigender Bildung und höherem Einkommen, aber auch mit größeren zeitlichen Ressourcen eine stärkere Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen zeigen (vgl. Brady et al. 1995; Gallego 2007, 2009). Personen mit ausländischen Wurzeln bilden hierbei keine Ausnahme und unter Berücksichtigung der bekannten Faktoren lässt sich ihre Wahlbeteiligung bereits recht umfassend erklären. Migrationsspezifische oder gar kulturelle Aspekte scheinen hingegen keine oder lediglich eine untergeordnete Rolle zu spielen (vgl. Wüst 2002). Dies deutet darauf hin, dass etwaige Unterschiede in der Wahlbereitschaft, wie sie von Cyrus (2005) oder Müssig und Worbs (2012) beschrieben werden, vor allem eine Folge der strukturellen Zusammensetzung der jeweiligen Migrantengruppe sind. Beobachtet wird hier also kein migrationsspezifischer

Effekt, sondern die Auswirkung eines geringeren Durchschnittsalters, niedrigerer Bildungsabschlüsse und eines geringeren Einkommens. Berücksichtigt man, dass Veränderungen der Sozialstruktur nicht unmittelbar, sondern erst nach einiger Zeit die Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen verändern können (vgl. Wüst 2006), stellt sich die Frage, welche leicht zugänglichen Einflussfaktoren die politische Partizipation von Personen mit ausländischen Wurzeln erhöhen könnten.

Brady et al. (1995) beschreiben hier drei wesentliche Einflusssphären: Personen benötigen entsprechende Ressourcen wie Zeit und Geld, um sich politisch beteiligen zu können. Darüber hinaus sind ein gewisses Maß an Interesse und schließlich eine entsprechende Mobilisierung vonnöten. Insbesondere der Faktor der Mobilisierung kann als geeigneter Ansatzpunkt betrachtet werden, um das politische Engagement von Personen mit ausländischen Wurzeln zu fördern. Mobilisierung geschieht durch soziale Netzwerke und fördert den Austausch von Meinungen und eine bessere Informiertheit über politische und gesellschaftliche Themen (vgl. McClurg 2003). Wüst (2004) weist in diesem Zusammenhang auf den Einfluss hin, den der regelmäßige Besuch religiöser Veranstaltungen auf die Wahlbereitschaft von Personen mit ausländischen Wurzeln hat. Aber auch die Partizipation in anderen Organisationen und Vereinigungen scheint einen Einfluss auf das Wahlverhalten zu haben (vgl. Diehl 2004). Dabei ist nicht notwendigerweise die Art des Vereins ausschlaggebend. Es steht außer Frage, dass politisch motivierte Organisationen politisches Verständnis und politische Aktivität fördern. Doch auch Kontakte in „politisch neutralen“ Organisationen, wie Sport- oder Kulturvereinen, können mobilisierende Effekte erzeugen. Entscheidend ist hier weniger die eigentliche Mitgliedschaft, als vielmehr das dazugehörige Engagement und der Austausch mit politisch interessierten oder informierten Personen im persönlichen Umfeld. Im Gegensatz zum alltäglichen persönlichen Netzwerk rekrutieren sich Vereinsmitglieder meist nicht aus einer bestimmten Gesellschaftsschicht. Dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass Nichtwähler auf Personen mit höherer Wahlbereitschaft treffen, wodurch ihr politisches Interesse, ihre Informiertheit und auch der soziale Druck zum politischen Engagement gefördert werden können (vgl. Huckfeldt 2001; Mutz 2002). Darüber hinaus können durch solche Kontakte auch die Kenntnisse über und das Vertrauen in das politische System positiv beeinflusst werden (vgl. Fennema & Tillie 2001).

Analyse – Vereinspartizipation und politisches Engagement

Die folgende Analyse konzentriert sich auf den Zusammenhang von Vereinsmitgliedschaften und politischem Engagement. Bereits in Abschnitt 7 von Kapitel II ist deutlich geworden, dass es hinsichtlich der Bereitschaft, an einer Bundestagswahl teilzunehmen, nur geringe Unterschiede sowohl zwischen Einheimischen und Personen mit Migrationshintergrund als auch zwischen Angehörigen unterschiedlicher Herkunftsgruppen gibt. Deutlichere Unterschiede konnten indes für die Vereinspartizipation beobachtet werden. Je nach Herkunftsland und Generation sind zwischen 21 und 45 Prozent der Befragten in einem Verein aktiv.

Tabelle 15: Partizipationsquoten in deutschen und ethnischen Vereinen (in Prozent)

	Einheimische Vereine	Ethnische Vereine	Partizipation insgesamt
Türkei	14	16	23
Ehem. Jug.	20	8	24
Italien	26	7	29
Ehem. SU	20	5	26
Polen	19	4	20
Gesamt	20	8	25

Quelle: Integration gelungen?; gewichet; Fallzahl: 2.026

In Tabelle 15 ist die Vereinspartizipation noch einmal in anderer Form aufbereitet als in Kapitel II ausgewiesen. Unterschieden wird hier insbesondere nach der Zusammensetzung der Vereinsmitglieder: Sind die Befragten in einem Verein aktiv, dessen Mitglieder sich überwiegend aus Personen mit ausländischen Wurzeln zusammensetzen, so ist von einem ethnischen Verein die Rede. Ist das Verhältnis ausgeglichen oder partizipieren im jeweiligen Verein überwiegend Einheimische, so ist von einem einheimischen Verein die Rede.[9]

Mit der Tabelle wird noch einmal der Befund unterstrichen, dass Türkischstämmige im Durchschnitt seltener in einheimischen Vereinen partizipieren (14 %) als die übrigen Migrantengruppen, die Beteiligungsraten von knapp 20 bis 26 Prozent erzielen. Die Türkischstämmigen gleichen dies durch eine stärkere Partizipation in ethnischen Vereinen aus; die Partizipation in Vereinen ist insgesamt bei ihnen nicht wesentlich geringer als bei den übrigen befragten Zuwanderern. Von den Türkischstämmigen geben 16 Prozent an, in mindestens einem ethnischen Verein zu partizipieren. Natürlich spiegelt dieser Befund auch

[9] Da die entsprechenden Fragen nur Personen mit ausländischen Wurzeln gestellt wurden, ist ein Vergleich mit Einheimischen nicht möglich.

die Tatsache wider, dass die Türkischstämmigen in Deutschland die größte hier betrachtete Gruppe mit ausländischen Wurzeln darstellen: So dürfte es beispielsweise Polen ungleich schwerer fallen, an ihrem Wohnort einen Verein zu finden, der sich überwiegend aus polnischstämmigen Mitgliedern zusammensetzt.

Tabelle 16: Teilnahme an Bundestagswahl (Ergebnisse einer logistischen Regression)

	Modell 1	Modell 2
	Wahlbeteiligung im Fall einer Bundestagswahl (=1)	
	AME	AME
Herkunftsland (Ref.: Türkei)		
Ehem. Jug.	-1 %	-5 %
	(-0,409)	(-1,879)*
Italien	-2 %	-5 %
	(-0,728)	(-2,035)**
Ehem. SU	-3 %	-10 %
	(-0,879)	(-3,237)***
Polen	3 %	-5 %
	(1,14)	(-2,02)**
Generation (Ref.: 1. Gen.)		
2. Gen.	-2 %	-2 %
	(-0,863)	(-0,776)
3. Gen.	2 %	0 %
	(0,717)	(0,062)
Geschlecht (Ref.: Weiblich)		
Männlich		2 %
		(1,493)
Alter		2 %
(in Jahrzehnten)		(2,265)**
Aufenthaltsdauer		0 %
(in Jahrzehnten)		(0,436)
Bildung (Ref.: Keine Hochschulreife)		
Hochschulreife		12 %
		(7,336)***
Regionstyp (Ref.: BIK < 7)		
Großstadt		3 %
		(2,004)**
Familie (Ref.: Kein bin. Elternhaus)		
Binationales Elternhaus		6 %
		(2,259)**
Staatsbürgerschaft (Ref.: Ausländer)		
Deutsche		6 %
		(2,941)***
Bleibeabsicht (Ref.: Deutschland verlassen)		
Dauerhaft in Deutschland bleiben		9 %
		(3,888)***
Vereinspartizipation (Ref.: Keine Partizipation)		
Partizipation in einheimischem Verein		8 %
		(4,074)***
Partizipation in ethnischem Verein		-4 %
		(-1,237)
N	1.959	1.959
Pseudo R2	0,0042	0,0758

Average Marginal Effects (AME); Z-Werte in Klammern
*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Es stellt sich nun die Frage, ob diese Gruppenunterschiede auch im Bereich des Wahlverhaltens zu finden sind. In Tabelle 16 ist das Ergebnis der multivariaten Analyse zur Wahlteilnahme von Migrantinnen und Migranten ausgewiesen. Im Anschluss an die Untersuchung in Abschnitt 7 von Kapitel II dürfte der Befund aus Modell 1 wenig überraschen: Unterschiede zwischen den jeweiligen Herkunftsgruppen und Generationen in Bezug auf die Absicht, an einer Wahl teilzunehmen sind praktisch nicht vorhanden. In der Tendenz zeigen Türkischstämmige und Personen mit polnischen Wurzeln eine geringfügig höhere Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen als die übrigen Gruppen, statistisch signifikant sind diese Unterschiede aber nicht.

In Modell 2 werden nun weitere Zusammenhänge berücksichtigt. Während Geschlecht und die Aufenthaltsdauer in keinem statistisch signifikanten Zusammenhang zur Wahlteilnahme stehen, zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen formaler Bildung und Wahlabsicht (vgl. Bohne 2010; Gallego 2009). Personen mit Hochschulreife weisen im Durchschnitt eine um zwölf Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, sich an Wahlen zu beteiligen. Auch in Großstädten lebende Personen zeigen ein höheres Interesse an dieser Form der politischen Partizipation.

Interessanterweise zeigt sich ein positiver Effekt für das Vorhandensein eines binationalen Elternhauses. Personen mit einheimischen Eltern- oder Großelternteilen haben offenkundig ein größeres Interesse an der politischen Partizipation. Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft haben in Deutschland kein Wahlrecht, zumindest EU-Bürger dürfen aber an Kommunal- und Europawahlen teilnehmen, sofern sie ihren Wohnsitz in Deutschland haben. Der Ausschluss von Wahlen kann sich demotivierend auf die politische Informiertheit von Personen auswirken und in der Folge einen negativen Einfluss auf die Wahlbereitschaft haben (vgl. Bauböck 2006; Weinmann 2013). Tatsächlich zeigt sich dieser negative Zusammenhang auch bei den befragten Personen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg: Wahlberechtigte Deutsche mit ausländischen Wurzeln zeigen eine im Durchschnitt um sechs Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme als nicht-wahlberechtigte Ausländer, die hier gefragt wurden, ob sie im Falle der Berechtigung zur Wahl gehen würden. Der positive Effekt einer dauerhaften Bleibeabsicht lässt sich so interpretieren, dass mit der Stimmabgabe tatsächlich der Wunsch nach einer mittel- oder langfristigen politischen Einflussnahme verbunden ist.

Von besonderem Interesse ist nun der Zusammenhang zwischen Wahlteilnahme und Vereinspartizipation. Hier zeigt sich, dass Personen, die in mindestens einem deutschen Verein partizipieren, eine im Schnitt acht Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, an einer Bundestagswahl teilzunehmen. Während der Effekt der Partizipation in einem deutschen Verein statistisch signifikant ist, ist es der negative Effekt der Partizipation in einem ethnischen Verein nicht. Allerdings ist dieser kontrastierende Befund auch in der Tendenz interessant und steht im Einklang mit anderen Forschungsergebnissen (vgl. Diehl 2004): Offenkundig wirkt sich die Partizipation in deutschen Vereinen positiv auf das politische Engagement aus, während die Mitgliedschaft in ethnischen Vereinen, die häufig mit Abschottung oder Rückzug in Verbindung gebracht wird, dieses nicht fördern kann, ihm aber auch nicht wirklich entgegensteht. Die Partizipation in einem ethnischen Verein geht mit tendenziell geringerem Interesse einher, sich an Wahlen in Deutschland zu beteiligen. Ob dies darauf zurückzuführen ist, dass bestimmte, eher wenig an der Politik des Aufnahmelandes interessierte Personen sich stärker in ethnischen Vereinen engagieren oder ob die Teilnahme an Aktivitäten dieser Vereine tatsächlich das Interesse an der Wahlbeteiligung verringert, kann anhand der vorliegenden Daten allerdings nicht beantwortet werden.

Schließlich soll der Blick auf herkunftsspezifische Unterschiede gerichtet werden. Interessanterweise zeigen sich in Modell 2 statistisch signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Herkunftsgruppen, die in Modell 1 noch „verdeckt“ wurden. Zurückzuführen ist dieser Effekt vor allem auf die Berücksichtigung des Bildungsabschlusses. Dementsprechend weisen Türkischstämmige im Vergleich zu den anderen Herkunftsgruppen sogar eine höhere Bereitschaft zur Wahlteilnahme auf, wenn berücksichtigt wird, dass sie häufiger niedrigere Bildungsabschlüsse erreichen. Die verhältnismäßig gut integrierten und rechtlich oft gleichberechtigten Zuwanderer aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zeigen unter sonst gleichen Bedingungen sogar ein deutlich geringeres Interesse an den deutschen Wahlen als die Türkischstämmigen.

Die Teilnahme an Wahlen stellt natürlich nur eine mögliche Form des politischen Engagements dar. Abschließend soll daher noch die darüber hinausgehende politische Partizipation in den Blick genommen werden. In Tabelle 17 ist dazu die Bereitschaft zur politischen Partizipation dem aktiven Engagement in Vereinen (ohne Parteien, Bürgerinitiativen usw.) gegenübergestellt. Grundsätzlich bestätigt sich der positive Zusammenhang von Vereinspartizipation und politischem Engagement. Zwar geben gut 40 Prozent der bereits politisch

Engagierten an, nicht in einem Verein zu partizipieren, umgekehrt bedeutet dies aber, dass knapp 60 Prozent der Engagierten zusätzlich an Treffen eines deutschen und/oder ethnischen Vereins teilnehmen. Noch deutlicher wird dieser Zusammenhang mit Blick auf die völlig am politischen Engagement Desinteressierten, von diesen gehören 78 Prozent zu der Gruppe, die in keinem Verein aktiv ist.

Tabelle 17: Bereitschaft zum politischen Engagement und Vereinspartizipation (in Prozent)

	Bereits engagiert	Bereit sich zu engagieren	Kein Interesse an Engagement	Gesamt
Keine Vereinspartizipation	40	69	78	76
Nur Partizipation in dt. Verein	19	21	14	15
Nur Partizipation in ethn. Verein	10	3	4	4
Partizipation in dt. und ethn. Verein	31	7	4	5
Gesamt	100	100	100	100

Quelle: Integration gelungen?; gewichtet; nur Personen mit ausländischen Wurzeln; Fallzahl: 2.487

In der Mehrthemenbefragung wurde zusätzlich danach gefragt, ob die Befragten schon einmal persönlich angesprochen wurden, sich politisch zu engagieren (vgl. Tabelle 18). Im Ergebnis zeigt sich, dass immerhin elf Prozent schon einmal mit einer solchen Bitte oder Aufforderung konfrontiert worden sind. Ein interessantes Ergebnis der Kreuztabelle ist nun, dass etwa die Hälfte der bereits Engagierten angibt, persönlich angesprochen worden zu sein. Bei den zumindest potenziell zum politischen Engagement bereiten Personen sind dies nur knapp 17 Prozent. Dies kann als ein erster Hinweis darauf gedeutet werden, dass es ein gewisses Potenzial an Personen mit ausländischen Wurzeln gibt, die sich über eine persönliche Ansprache zur politischen Partizipation mobilisieren ließen.

Tabelle 18: Bereitschaft zum politischen Engagement und persönliche Ansprache (in Prozent)

	Bereits engagiert	Bereit sich zu engagieren	Kein Interesse an Engagement	Gesamt
Nie zu Engagement angesprochen worden	48	83	92	89
Persönlich zum Engagement angesprochen worden	52	17	9	11
Gesamt	100	100	100	100

Quelle: Integration gelungen?; gewichtet; Fallzahl: 2.517

Zusammenfassend machen die Ergebnisse der Analyse deutlich, dass Migrantinnen und Migranten grundsätzlich ein relativ hohes Interesse an politischer Partizipation aufbringen. Hinweise darauf, dass Personen mit Migrationshintergrund grundsätzlich seltener an Wahlen teilnehmen gibt es nicht. Es konnte jedoch gezeigt werden, dass sich Personen, die

in Vereinen oder Organisationen aktiv sind, eher für die Teilnahme an Wahlen interessieren, während die Partizipation in ethnischen Vereinen in diesem Kontext eher unbedeutend ist.

Im Gegensatz zur Ressourcenverteilung und zu soziodemografischen Einflussfaktoren kann der Zugang zu Organisationen leichter gezielt gefördert werden. Dies lässt einen politisch mobilisierenden Effekt erwarten, sofern es sich um Vereine handelt, die überwiegend von Einheimischen besucht werden. Zumindest tendenziell konnte gezeigt werden, dass eine stärkere politische Partizipation, insbesondere durch eine persönliche Mobilisierung von Personen mit ausländischen Wurzeln, möglich ist.

3. Exklusion und Integration: Verhindern Diskriminierungserfahrungen identifikative Integration?

Seit einigen Jahren wird im Zusammenhang von Zuwanderung und Integration auch über eine „Willkommenskultur“ diskutiert. Gemeint sind hiermit gesellschaftliche Veränderungen, die Deutschland attraktiver für Zuwanderer machen sollen. Unter Willkommenskultur wird häufig auch ein stärkeres Bewusstsein und eine größere Offenheit für Personen mit ausländischen Wurzeln allgemein verstanden, also für diejenigen die schon lange Zeit in Deutschland leben oder hier geboren wurden.

Benachteiligung oder Diskriminierung kann nicht nur für die Betroffenen negative Konsequenzen nach sich ziehen, es sind auch gesamtgesellschaftliche Folgen denkbar, etwa dann, wenn qualifizierte ausländische Fachkräfte sich in Deutschland nicht wohl fühlen und sich daher nicht dauerhaft hier niederlassen wollen oder wenn sich ethnische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt stabilisieren, weil etwa Angehörige der zweiten Generation ihre Bemühungen um Aufwärtsmobilität frustriert einstellen.

Für verschiedene gesellschaftliche Bereiche liegen empirische Evidenzen für Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft vor, so etwa für den Wohnungs- und Arbeitsmarkt (vgl. Auspurg et al. 2011; Kaas & Manger 2012) sowie für das Bildungssystem (vgl. Sprietsma 2013). Die direkte Messung ethnischer Diskriminierung, also beispielsweise die trotz gleicher Leistungen schlechtere Bewertung einer Schülerin mit ausländischen Wurzeln gegenüber einer einheimischen Schülerin, ist schwierig. Deshalb wird in der vorliegenden Mehrthemenbefragung, wie bereits in Abschnitt 8 von Kapitel II berichtet, auf die Messung subjektiver Benachteiligungserfahrung zurückgegriffen. Differenziert wird dabei zwischen einem Gefühl der Benachteiligung der eigenen Herkunftsgruppe gegenüber den Einheimischen und der persönlichen Erfahrung von Benachteiligung in verschiedenen Lebensbereichen. So kann eine Person beispielsweise das Gefühl haben, dass italienische Migrantinnen und Migranten allgemein gegenüber Einheimischen benachteiligt werden, ohne jedoch selbst schon einmal das Gefühl gehabt zu haben, als Person mit italienischen Wurzeln diskriminiert worden zu sein. Im Folgenden wird der Zusammenhang zwischen dem Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland und wahrgenommenen Benachteiligungserfahrungen untersucht. Zunächst werden dazu knapp einige Forschungsbefunde sowie theoretische Überlegungen zur Wirkung subjektiver Diskriminierungserfahrungen referiert.

Diskriminierung und das Gefühl der Zugehörigkeit

Verschiedene Faktoren können das Gefühl der Zugehörigkeit zur Aufnahmegesellschaft beinträchtigen und eine stärkere identifikative Hinwendung zur Herkunftsgruppe bewirken. Als *reaktive Ethnizität* ist eine solche Rückbesinnung von Portes und Rumbaut (2001) beschrieben worden, die als Folge eines Gefühls der Benachteiligung durch die Aufnahmegesellschaft eintritt (vgl. Diehl & Schnell 2006). Für den deutschen Kontext berichtet Skrobanek (2009) von einem Zusammenhang zwischen wahrgenommener Gruppenbenachteiligung und Re-Ethnisierung: Erfährt eine Person innerhalb der Aufnahmegesellschaft nur wenig Anerkennung, sucht sie Bestätigung von Angehörigen der eigenen Herkunftsgruppe, die sie nicht aufgrund ihrer Herkunft ausgrenzen oder benachteiligen. Die Diskriminierung selbst ist damit zwar nicht aus der Welt, für das eigene Selbstwertgefühl wird sie jedoch weniger bedrohlich, weil die eigene Herkunftsgruppe eine Quelle sozialer Anerkennung wird bzw. bleibt (vgl. Martinovic & Verkuyten 2012; Ramos et al. 2012). Heath und Demireva (2014) berichten, dass neben persönlichen Diskriminierungserfahrungen auch die wahrgenommene unpersönliche Gruppenbenachteiligung in einem starken negativen Zusammenhang mit dem Gefühl der Zugehörigkeit zum Aufnahmeland stehen kann. Röder und Mühlau (2011) zeigen darüber hinaus, dass Migrantinnen und Migranten, die von diskriminierenden Erfahrungen berichten, ein geringeres Vertrauen in öffentliche Institutionen, wie Parlamente, Polizei, Abgeordnete oder die Justiz haben.

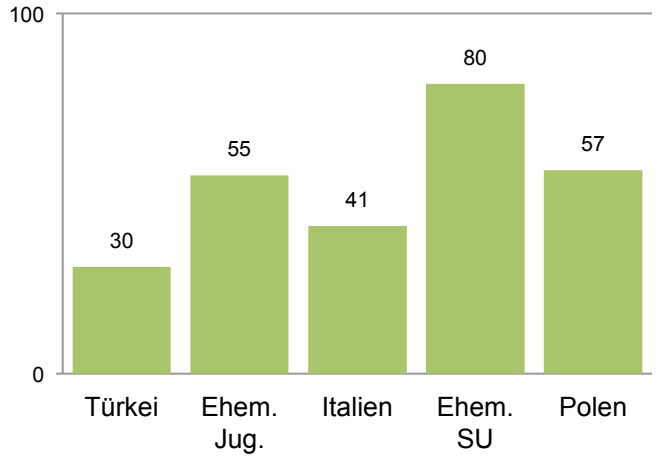
Analyse – Diskriminierung und Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft

Auf Unterschiede zwischen der Identifikation von Migrantinnen und Migranten mit Deutschland und dem jeweiligen Herkunftsland ist bereits in Abschnitt 8 von Kapitel II hingewiesen worden. Deutlich wurde, dass sich die Mehrheit der Personen mit ausländischen Wurzeln Deutschland zugehörig fühlt, während das Zugehörigkeitsgefühl zum Herkunftsland im Generationenverlauf abnimmt.

In Abbildung 44 ist die Frage des Zugehörigkeitsgefühls nun in anderer Form dargestellt. Ausgewiesen sind hier nicht die aus Kapitel II bekannten Typen der Identifikation, sondern der Anteil derjenigen Personen, die sich stärker Deutschland und weniger ihrem Herkunftsland zugehörig fühlen. Insgesamt fühlen sich 30 Prozent der türkisch- und 41 Prozent der italienischstämmigen Befragten stärker Deutschland als ihrem Herkunftsland zugehörig,

Personen mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion und in Polen, unter denen sich viele Aussiedler befinden, erzielen hier wenig überraschend deutlich höhere Werte (80 bzw. 57 %).

Abbildung 44: Stärkere Zugehörigkeit zu Deutschland als zu Herkunftsland (in Prozent)



Quelle: Integration gelungen?; zur Fragestellung vgl. Abbildung 39; gewichtet; Fallzahl: 2.237.

Untersucht wird nun der Zusammenhang von Zugehörigkeitsgefühl und Benachteiligung. Berücksichtigt werden dabei drei unterschiedliche Formen der wahrgenommenen Benachteiligung (vgl. Tabelle 19): Die wahrgenommene Benachteiligung der eigenen Herkunftsgruppe, die persönliche Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft im Alltag und die Erfahrung von Benachteiligung im Kontakt mit Behörden.

Tabelle 19: Wahrgenommene Benachteiligung nach Herkunftsgruppen (Mittelwerte)

	Benachteiligung der Herkunftsgruppe	Persönliche Benachteiligung im Alltag aufgrund der Herkunft	Persönliche Benachteiligung im Behördenkontakt aufgrund der Herkunft
Türkei	2,3	0,4	0,6
Ehem. Jug.	1,3	0,1	0,2
Italien	1,3	0,1	0,1
Ehem. SU	1,6	0,1	0,3
Polen	1,6	0,2	0,2
Gesamt	1,7	0,2	0,3

Quelle: Integration gelungen?; Fragen: „Wie oft denken Sie kommt es vor, dass Menschen mit [Herkunftsland] Wurzeln in Deutschland schlechter behandelt werden als diejenigen mit deutschen Wurzeln?", „Wenn Sie an alltägliche Situationen denken, z.B. wenn Sie einkaufen gehen, haben Sie das Gefühl, da benachteiligt zu werden?“, „Haben Sie das Gefühl, schon einmal im Kontakt mit einer deutschen Behörde benachteiligt worden zu sein?“ (Antwortkategorien jeweils von „Nie“ (0) bis „Sehr Oft“ (4)); ausschließlich Benachteiligung aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, Staatsbürgerschaft, Religion oder Sprache; gewichtet; Fallzahl: 2.237.

Wie bereits in Abschnitt 8 von Kapitel II beschrieben, ist hier besonders auffällig, dass die Türkischstämmigen deutlich häufiger von persönlicher Benachteiligung berichten als die übrigen Herkunftsgruppen. Dieser Befund steht im Einklang mit bisherigen Forschungsergebnissen (vgl. Hans 2010). Alle Herkunftsgruppen berichten häufiger von einer Benachteiligung ihrer Gruppe, sind aber persönlich weitaus seltener betroffen gewesen. Dies gilt jedenfalls für die hier berücksichtigte Benachteiligung im Alltag oder beim Kontakt mit Behörden. Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen wäre nun zu erwarten, dass bei Personen, die sich in geringerem Maße benachteiligt sehen, eine stärkere Identifikation mit Deutschland beobachtet werden kann.

Tabelle 20 zeigt das Ergebnis der multivariaten Analyse. Berichtet wird hier der Zusammenhang verschiedener individueller Merkmale mit dem aus Abbildung 44 bekannten Merkmal eines stärkeren Zugehörigkeitsgefühls zu Deutschland im Gegensatz zur Identifikation mit dem Herkunftsland. Das Ergebnis der Analyse bestätigt zunächst die bereits in Kapitel II beschriebenen Herkunftsgruppen- und Generationenunterschiede. Bei türkisch- und italienischstämmigen Befragten zeigt sich eine im Vergleich zu den anderen Herkunftsgruppen geringere Identifikation mit Deutschland auch dann noch, wenn berücksichtigt wird, dass diese Gruppen anscheinend häufiger benachteiligenden Erfahrungen ausgesetzt sind.

Die Identifikation mit Deutschland ist zumindest teilweise eine Frage der Zeit, darauf verweist der positive Effekt der Aufenthaltsdauer (nicht signifikant) und des Generationenstatus im vorgestellten Modell. Geschlecht, Bildungsabschluss und Wohnort scheinen eher in einem geringen Zusammenhang mit der hier gemessenen Form der Identifikation zu stehen. Zwischen dem Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft und den deutschen Sprachkenntnissen zeigt sich hingegen ein positiver Zusammenhang.

Tabelle 20: Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland (Ergebnis der logistischen Regression)

	Modell 1
	Gefühl der Zugehörigkeit zu Deutschland größer als zu Herkunftsland (=1)
	AME
Herkunftsland (Ref.: Türkei)	
Ehem. Jug.	10 %
	(2,891)***
Italien	-6 %
	(-1,953)*
Ehem. SU	40 %
	(13,39)***
Polen	18 %
	(5,211)***
Generation (Ref.: 1. Gen.)	
2. Gen.	11 %
	(3,473)***
3. Gen.	18 %
	(4,425)***
Geschlecht (Ref.: Weiblich)	
Männlich	-2 %
	(-0,848)
Alter	3 %
(in Jahrzehnten)	(4,098)***
Aufenthaltsdauer	1 %
(in Jahrzehnten)	(1,208)
Bildung (Ref.: Keine Hochschulreife)	
Hochschulreife	0 %
	(0,084)
Regionstyp (Ref.: BIK < 7)	
Großstadt	1 %
	(0,719)
Familie (Ref.: Kein bin. Elternhaus)	
Binationales Elternhaus	23 %
	(6,902)***
Deutsche Sprachkenntnisse	7 %
(0-Überhaupt nicht gut bis 4-Sehr gut)	(5,879)***
Soziale Einbettung (Ref.: Keine einh. Freunde)	
Einheimische Freunde	4 %
	(1,229)
Benachteiligung Herkunftsgruppe	-3 %
(0-Nie bis 4-Sehr oft)	(-3,381)***
Alltag: Persönliche Benachteiligung	-4 %
(0-Nie bis 4-Sehr oft)	(-2,09)**
Behörden: Persönliche Benachteiligung	-3 %
(0-Nie bis 4-Sehr oft)	(-2,29)**
N	2.185
Pseudo R2	0,1402

Average Marginal Effects (AME); Z-Werte in Klammern
*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Wie sieht es aber nun mit dem Zusammenhang zwischen wahrgenommener Benachteiligung und Identifikation aus? Tatsächlich lassen sich für alle hier berücksichtigen Formen von Benachteiligung die erwarteten negativen Zusammenhänge mit dem Zugehörigkeitsge-

fühl finden. Eine weitere Analyse zeigt, dass das Gefühl bei der Suche nach einer Arbeitsstelle oder einer Wohnung benachteiligt gefühlt zu haben, sich eher nicht auf die Identifikation auszuwirken scheint; aus diesem und aus modelltechnischen Gründen wurden diese Variablen nicht in das Modell aufgenommen. Man könnte dies so interpretieren, dass sich insbesondere die Interaktion mit den Mitmenschen (persönliche Benachteiligung im Alltag) und Vertretern von Ämtern oder Behörden (persönliche Benachteiligung im Behördenkontakt) negativ auf die Identifikation auswirken kann, wenn diese als diskriminierend erlebt wird. Seltenere Ereignisse, wie die Suche nach einem Arbeitsplatz oder einer neuen Wohnung, spielen hingegen dann keine so große Rolle mehr, wenn diese Diskriminierungsformen berücksichtigt werden.

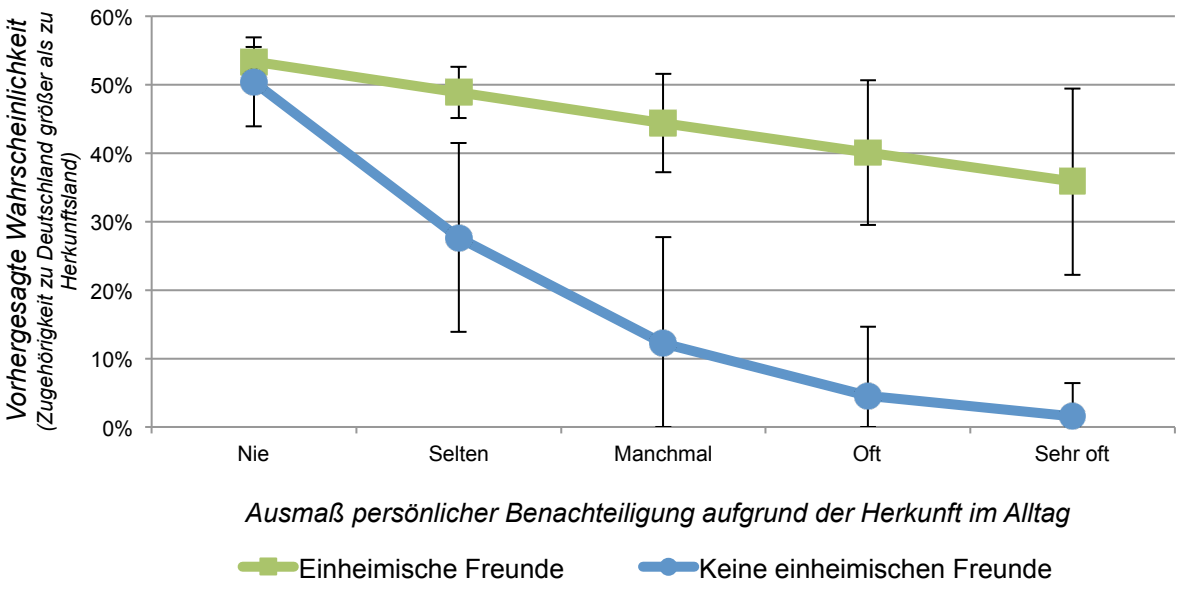
Bemerkenswert ist, dass auch Personen mit allgemeinen Benachteiligungserfahrungen, aber ohne persönliche Diskriminierungserfahrung eine geringere Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft zeigen, wenngleich der Effekt persönlicher Diskriminierungserfahrung größer ist. Mit steigendem Gefühl der Gruppenbenachteiligung sinkt also die Wahrscheinlichkeit, dass die jeweilige Person sich stärker Deutschland als ihrem Herkunftsland zugehörig fühlt, unabhängig davon, ob sie selbst jemals persönlich Opfer einer solchen Benachteiligung geworden ist. Im Extremfall, wenn eine Gruppenbenachteiligung „sehr oft“ wahrgenommen wurde, sinkt die Wahrscheinlichkeit einer stärkeren Identifikation mit Deutschland im Mittel sogar um ganze 12 Prozentpunkte (4 x 3 Prozentpunkte) gegenüber Personen, die keine solche Benachteiligung berichten. Zu beachten ist allerdings, dass gerade bei der wahrgenommenen Gruppenbenachteiligung die Richtung des Zusammenhangs unklar ist. So ist auch denkbar, dass Personen, die sich stark mit Deutschland identifizieren, die deutsche Gesellschaft nur als wenig diskriminierend empfinden. Als Mechanismus käme der Versuch in Frage, das Unbehagen zu minimieren, welches entstehen kann, wenn man sich einer Gesellschaft zugehörig fühlt, welche die Angehörigen der eigenen ethnischen Gruppe benachteiligt. Und zwar indem man versucht diese Benachteiligung mehr oder minder stark auszublenden und sie zur eigenen kognitiven Entlastung herunterzuspielen.

In weiteren, hier nicht eigens dargestellten, Analysen wurden die Zusammenhänge auf gruppenspezifische Unterschiede geprüft. Dabei zeigt sich, dass es keine Unterschiede hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen den jeweiligen Benachteiligungsformen und der Identifikation mit Deutschland nach Herkunftsland gibt, d.h. wahrgenommene Benachtei-

ligung steht bei Türkischstämmigen in einem ähnlich negativen Zusammenhang zur Identifikation wie bei Personen mit polnischen Wurzeln. Bemerkenswert ist, dass auch kein spezifischer Generationeneffekt identifiziert werden konnte, der Zusammenhang zwischen Benachteiligungserfahrung und Zugehörigkeitsgefühl ist bei Angehörigen der dritten Generation also ähnlich wie bei Angehörigen der ersten Generation. Für die zweite und dritte Generation zeigt sich somit zwar insgesamt ein höheres Niveau der Zugehörigkeit zur Aufnahmegesellschaft, „immun“ gegen benachteiligende Einflüsse sind sie aber offenkundig auch nicht.

Ein letzter Befund der Analyse soll abschließend noch etwas ausführlicher berichtet werden. Das Modell in Tabelle 20 deutet auf einen zu vernachlässigenden Zusammenhang zwischen sozialen Kontakten und der Identifikation hin. Personen, die einheimische Freunde besitzen, fühlen sich also offenkundig nur geringfügig stärker primär Deutschland zugehörig als andere Personen. Dabei lässt sich jedoch ein interessanter Zusammenhang mit den Diskriminierungserfahrungen beobachten (vgl. Abbildung 45): Bei Personen, die einheimische Freunde haben, schlagen sich persönliche Diskriminierungserfahrungen weniger negativ auf die Identifikation mit dem Aufnahmeland nieder (grüne Markierung). Der obige Befund, dass das Gefühl persönlich schon einmal benachteiligt worden zu sein, sich negativ auf das Zugehörigkeitsgefühl mit Deutschland auswirkt, tritt vor allem bei denjenigen auf, die keinen einheimischen Freundeskreis haben (blaue Markierung).

Abbildung 45: Persönliche Benachteiligungserfahrung, Zugehörigkeitsgefühl mit Deutschland und Vorhandensein einheimischer Freunde



Quelle: Integration gelungen?; Interaktionseffekt auf Grundlage von Modell 1 in Tabelle 20.

Da die hier verwendeten Daten keine kausalen Schlussfolgerungen zulassen, sollte dieses Ergebnis zurückhaltend interpretiert werden. Der Befund deutet jedoch darauf hin, dass soziale Kontakte zu Einheimischen möglicherweise die negativen Auswirkungen von Diskriminierungserfahrungen auf die Identifikation mit dem Zielland puffern können. Womöglich führen sie zu einer differenzierten Bewertung dieser Erfahrungen, die nicht auf alle Einheimischen generalisiert werden. Dies ist umso erstaunlicher, als Befragte mit einheimischen Freunden eine *stärkere* Gruppenbenachteiligung (aber keine stärkere persönliche Diskriminierungserfahrung) berichten, möglicherweise, weil sie durch ihre einheimischen Kontakte sensibler für etwaige Benachteiligung geworden sind. Diese stärkere Benachteiligungserfahrung schlägt sich aber eben nicht in einem anderen Verhältnis zur Zugehörigkeit nieder, im Gegenteil, der Kontakt zu Einheimischen stabilisiert das Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft.

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse zunächst, dass die Identifikation mit Deutschland bei türkisch- und italienischstämmigen Befragten im Vergleich zu den anderen untersuchten Herkunftsgruppen auch dann noch geringer ist, wenn wichtige Einflussfaktoren wie Aufenthaltsdauer, Generationenstatus oder Bildungsabschluss berücksichtigt werden.

Von einiger Bedeutung für das Gefühl der Zugehörigkeit zu Deutschland scheint die wahrgenommene Offenheit der deutschen Gesellschaft bzw. die persönliche Erfahrung von Benachteiligung zu sein. Jedenfalls fühlen sich Personen, die ihre eigene Herkunftsgruppe im Nachteil gegenüber nicht zugewanderten Personen sehen, mit geringerer Wahrscheinlichkeit zu Deutschland zugehörig. Ein noch stärker negativer Zusammenhang besteht zwischen dem Gefühl der Zugehörigkeit und persönlicher Erfahrung von Benachteiligung im Alltag oder im Kontakt mit Behörden. Da Personen mit türkischen Wurzeln deutlich häufiger solche Erfahrungen machen, könnte dies zumindest teilweise ihr vergleichsweise geringes Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland erklären.

Während der negative Zusammenhang von Diskriminierung und Identifikation auch in der zweiten und dritten Generation festgestellt werden kann, scheint das Vorhandensein einheimischer Freunde die negativen Auswirkungen von benachteiligenden Erfahrungen abzufedern. Dies unterstreicht die potentielle Bedeutung sozialer Integration auch für andere Dimensionen der Integration.

IV. Zusammenfassung und Diskussion

Der vorliegende Bericht kann auf Basis einer reichhaltigen Datengrundlage verschiedene Dimensionen der Integration von Zuwanderern in Baden-Württemberg beschreiben. Bei der Konzeption des Projekts wurde darauf geachtet, dass mit den erhobenen Befragungsdaten auch solche Themenkomplexe abgedeckt werden, die bislang kaum in der einschlägigen Integrationsforschung behandelt werden konnten, wie etwa die politische Partizipation und Transnationalismus, ohne andere, zentrale, aber häufiger untersuchte Themen wie Sprache, Bildung und Arbeitsmarkt auszublenden. Der Bericht blickt auf neun solche Themenbereiche, wobei die fünf größten Herkunftsgruppen mit ausländischen Wurzeln in Baden-Württemberg (Türkei, Italien, ehemaliges Jugoslawien, Polen und ehemalige Sowjetunion) und drei Generationsgruppen unterschieden und verglichen werden. Die erste Generation (G1) besitzt eine eigene Migrationserfahrung, die zweite Generationsgruppe (G2) leitet sich über die Migrationserfahrung mindestens eines Elternteils her, der Migrationshintergrund der dritten Generationsgruppe (G3) geht dementsprechend auf die Migration mindestens eines Großelternteils zurück.

Die Datengrundlage wurde durch eine Mehrthemenbefragung geschaffen, die im Sommer und Herbst 2013 telefonisch in ganz Baden-Württemberg durchgeführt wurde. Sie erreichte 2.566 Personen mit ausländischen Wurzeln und 500 Einheimische (Deutsche ohne ausländische Wurzeln), deren Angaben vor allem zu vergleichenden Zwecken herangezogen werden. Eingesetzt wurde ein zweistufiges Stichprobenverfahren zur Auswahl von Haushalten und Personen. Die Erhebung folgte üblichen Standards zur Durchführung von Surveys, die Rücklaufquoten der herkunftsgruppenspezifischen Nettostichproben liegen zwischen 13 und 20 Prozent. Die Befragung von Angehörigen der dritten Zuwanderergeneration hat sich als besonders aufwendig herausgestellt, da sie bislang eine kleine und zudem junge und damit schwer erreichbare Bevölkerungsgruppe darstellt. Es waren sehr viele Anrufe nötig, um die wenigen Haushalte zu identifizieren, in denen die dritte Generation lebt. Andererseits war ein sehr umfangreiches *Screening* erforderlich, um die relevanten Zielpersonen in den erreichten Haushalten identifizieren zu können. Die realisierte Stichprobe ist außerdem durch die in solchen Befragungsstudien kaum zu vermeidenden methodischen Besonderheiten wie eine Überrepräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen gekennzeichnet. Nach der mit großem Aufwand und Engagement durchgeführten Erhe-

bung liegt erstmals für Baden-Württemberg, eine regional differenzierte und hinreichend belastbare Datengrundlage zur Information von Politik und Öffentlichkeit vor.

In der Gesamtschau der neun Themenbereiche können deutliche Anzeichen für eine im Generationenverlauf ansteigende Integration ausgemacht werden. Der Vergleich der Herkunftsgruppen zeigt einige Auffälligkeiten, die besondere Aufmerksamkeit verdienen. Resümierend kann zu den einzelnen Themenbereichen festgehalten werden:

- Der Schritt zur *Einbürgerung* gilt für Zuwanderer als ein Meilenstein der Integration. Im Generationenverlauf ist ein immer größerer Anteil der Personen mit ausländischen Wurzeln im Besitz des deutschen Passes. Jedoch überrascht, dass verhältnismäßig viele Befragte in der dritten Generation noch nicht eingebürgert sind.

  Die Daten zeigen teils ausgeprägte Unterschiede der Einbürgerungsneigung je nach Herkunftsland der Befragten. Die niedrigste Einbürgerungstendenz besteht bei den Befragten mit italienischen Wurzeln, die höchste bei Befragten mit türkischen Wurzeln. Bei den (noch) nicht Eingebürgerten werden als Gründe für die unterbliebene Einbürgerung fehlende Vorteile des deutschen Passes, die erzwungene Aufgabe der Staatsbürgerschaft des Herkunftslands und die unabhängig von der Einbürgerung bestehende gesellschaftliche Ausgrenzung genannt. Es dürfte für die künftige Entwicklung von großer Bedeutung sein, ob die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft weiter erleichtert wird. Sollte zukünftig die doppelte Staatsbürgerschaft generell ermöglicht werden, dann dürfte sich dies vor allem auf die Gruppe derer auswirken, die bereits über eine Einbürgerung nachgedacht haben; je nach Gruppe und Generation sind dies ein Fünftel bis ein Drittel der Befragten aus der Türkei, dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und Italiens. Die öffentliche Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft hat aber offenkundig auch nicht dazu geführt, dass Personen, die sich unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit einbürgern lassen könnten (z.B. Italienerinnen und Italiener), über diese Möglichkeit informiert sind.

  Personen mit ausländischen Wurzeln geben häufiger an, dass sie beabsichtigen, *Deutschland für eine gewisse Zeit oder dauerhaft verlassen* zu wollen. Wenngleich dieser Befund etwa unter Berücksichtigung der anderen Altersstruktur Zugewanderter und im Vergleich zu den Einheimischen keinen allzu großen Anlass zur Sorge bereitet, so ist auffällig, dass insbesondere Türkischstämmige und Befragte mit einem höheren Bildungsabschluss häufiger bereit sind, Deutschland zu verlassen.

- Die Bereiche *Bildung* und *Arbeitsmarkt* sind zentral für die langfristigen Chancen im Lebenslauf. Die Mehrthemenbefragung sollte nicht die hinlänglich bekannten Unterschiede in den Bildungschancen von Zuwanderern als Kernthema ausweisen. Dennoch muss im Blick bleiben, dass die erfolgreiche Teilnahme am Bildungssystem und die Einbindung in den Arbeitsmarkt fundamental für den gesamten Integrationsprozess sind. Interessant sind die Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen: Nicht nur die Befragten mit türkischen Wurzeln, sondern auch diejenigen italienischer Herkunft haben vergleichsweise geringere Bildungsabschlüsse. Bei den Personen mit polnischen Wurzeln ist das Bildungsniveau in der ersten Generation höher als bei anderen Herkunftsgruppen, die zweite Generation ist diesbezüglich allerdings weniger erfolgreich. Durchaus bemerkenswert ist vor diesem Hintergrund, dass die Personen mit ausländischen Wurzeln insgesamt eine deutlich höhere Bildungsaspiration berichten als dies bei Einheimischen der Fall ist, die aber offenkundig nicht vollständig umgesetzt werden kann.

  Nimmt man die Beamtenposition aus, so unterscheidet sich die Verteilung der beruflichen Stellung der Zuwanderergruppen in der zweiten bzw. dritten Generation nicht wesentlich von den Einheimischen. Im Generationenverlauf ist hier eine deutliche Verschiebung der Anteilswerte von Arbeiter- hin zu Angestelltenpositionen erkennbar. Die in der Befragung sichtbar gewordenen Differenzen dürften dennoch Anlass genug sein, den Schwerpunktbereich Bildung und Ausbildung in Baden-Württemberg weiterhin mit hoher Aufmerksamkeit zu behandeln.

- Migration ist meist mit dem Erwerb von (neuen) *Sprachen* verbunden. Zweisprachigkeit ist für die meisten Befragten gelebte Realität, dies zeigt etwa die relativ häufige Verwendung der Herkunftssprache im familiären Bereich, auch bei Angehörigen der dritten Generation. Gleichzeitig ist jedoch zu beobachten, dass die selbsteingeschätzten Kenntnisse in der Herkunftssprache im Generationenverlauf geringer werden.

  Besonders auffällig ist, dass bei den türkischstämmigen Zuwanderern auch in der dritten Generation das Erlernen der türkischen Sprache als wichtig eingeschätzt wird, während dieser Anteil in den anderen Herkunftsgruppen im Generationenverlauf deutlich zurückgeht. Die zweite und dritte Generation mit türkischen Wurzeln schätzt ihre eigenen Deutschkenntnisse zu einem höheren Anteil nur mittelmäßig ein als die Befragten anderer Herkunftsgruppen. Insbesondere bei den Personen mit türkischen Wurzeln be-

steht also weiterhin ein besonderer Bedarf hinsichtlich der Förderung sprachlicher Fähigkeiten.

Die Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen ähneln hinsichtlich ihres Interesses an der Bewahrung der Herkunftssprache und der Einschätzung ihrer Deutschkenntnisse den Italienischstämmigen und Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien: Bei ihnen lässt das Interesse einer Weitergabe der Herkunftssprache im Generationenverlauf stärker nach und die Deutschkenntnisse werden überwiegend als sehr gut eingeschätzt.

- *Werte* sind längerfristige und von den meisten Gruppenangehörigen anerkannte Orientierungen an allgemeinen Lebenszielen und moralischen Fragen. Oft wird unterstellt, dass Werte sich nach Kulturkreis und Herkunftsland unterscheiden. Eine deutliche Mehrheit der befragten Zuwanderer und Einheimischen sieht allerdings die Vereinbarkeit (etwaiger) gruppenspezifischer Werte als gegeben. Das wichtigste Ergebnis in diesem Zusammenhang ist, dass die Vereinbarkeit der Werte aus der Herkunftsgruppe mit den Werten der Aufnahmegesellschaft von allen Zuwanderergruppen, außer der türkischstämmigen ersten und zweiten Generation, ganz überwiegend positiv und teils deutlich höher eingeschätzt wird als von den Befragten ohne ausländische Wurzeln. Bei den türkischstämmigen Befragten ist ein klar ansteigender Trend über die Generationsgruppen erkennbar: In der dritten Generation schätzen die Türkischstämmigen die Vereinbarkeit der Werte ähnlich gut ein wie die Befragten ohne Migrationshintergrund. Es scheint insgesamt um eine gefühlte Wertedistanz zu gehen, wenn Einheimische die Vereinbarkeit der Werte kritischer einschätzen.

  Diese Vermutung bestätigt sich, wenn konkrete wertbezogene Ansichten, etwa über die Gleichberechtigung der Geschlechter, betrachtet werden. Alle Generations- und Herkunftsgruppen unterstützen die Gleichstellung der Geschlechter in einem Maße, das an das Niveau der Befragten ohne ausländische Wurzeln heranreicht. Die ermittelte Unterstützung ist auch in der Gruppe der Türkischstämmigen kaum geringer als in den anderen Herkunftsgruppen. Allerdings gibt es innerhalb der Generations- und Herkunftsgruppen größere geschlechtsspezifische Unterschiede: In der Tendenz erreichen Frauen mit ausländischen Wurzeln höhere Zustimmungswerte zur Geschlechtergleichstellung als die Männer der jeweiligen Gruppe, bei den Einheimischen unterscheiden sich Männer und Frauen hingegen kaum.

- Eine zentrale Quelle für Wertorientierungen ist die Zugehörigkeit zu einer *Religions- und Glaubensgemeinschaft*. Die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft unterscheidet sich im Anteilswert kaum zwischen den Herkunftsgruppen. Die Häufigkeit der Religionsausübung in Form des Besuchs religiöser Veranstaltungen ist bei den verschiedenen Herkunftsgruppen ähnlich hoch bzw. niedrig wie bei der einheimischen Vergleichsgruppe, mit zwei wichtigen Ausnahmen: Die türkisch- und polnischsstämmigen Einwanderer nehmen insgesamt und auch noch in der zweiten und dritten Generation regelmäßiger an religiösen Veranstaltungen teil. Die subjektive Religiosität ist dagegen nur für die türkischstämmigen Einwanderer auch in der zweiten Generation vergleichsweise hoch. Insgesamt lässt sich über alle Indikatoren hinweg kein klarer Trend hin zu einer Säkularisierung im Generationenverlauf ablesen.

  Von denjenigen Befragten, die sich eine Meinung zum nicht-christlichen Religionsunterricht in Schulen gebildet haben, unterstützt die Mehrheit die Einrichtung solcher Angebote – dies gilt für nicht-muslimische ebenso wie für muslimische Befragtengruppen.

- Integration vollzieht sich ganz wesentlich durch *soziale Beziehungen*, die als Beziehungsnetzwerke zwischen Akteuren beschrieben werden können. Die Mehrthemenbefragung ermittelte wichtige Grunddaten zu den sozialen Beziehungen. Für alle Herkunftsgruppen sind soziale Kontakte zu Befragten ohne ausländische Wurzeln in der Regel selbstverständlich. Nur drei Prozent der befragten Personen mit ausländischen Wurzeln haben keinen Kontakt zu Einheimischen (weder im Freundeskreis noch in der Nachbarschaft noch bei der Arbeit); in diesen drei Lebensbereichen treffen sich 90 Prozent mindestens „ab und zu“ mit Einheimischen. Im Generationenvergleich geht außerdem der Anteil der Partnerinnen bzw. Partner mit Migrationshintergrund deutlich zurück. Bei der Freizeitgestaltung dominieren in allen Herkunftsgruppen sowohl Kontakte zu Einheimischen als auch zu Personen aus der eigenen Herkunftsgruppe.

  Sozialkapital gilt als wichtige Ressource und wurde in der Studie so konzeptualisiert, dass Möglichkeiten, sich im Krisenfall Geld zu leihen bzw. rechtlichen Rat zu holen, abgefragt wurden. Im Hinblick auf private finanzielle Unterstützung scheinen die betrachteten Generations- und Herkunftsgruppen gegenüber Einheimischen benachteiligt zu sein, allerdings nehmen die Unterstützungspotenziale im Generationenvergleich zu. Beim rechtlichen Rat ist auf einem höheren Niveau ebenfalls eine Zunahme des Unter-

stützungspotenzials erkennbar. Die soziale Integration erscheint vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse als eine Frage der Zeit.

- Bei der *Partizipation in Vereinen* und Organisationen zeigt sich, dass Angehörige der ersten und zweiten Generation mit ausländischen Wurzeln weniger aktiv sind als Einheimische. In der dritten Generation sind die Unterschiede jedoch deutlich geringer. Ganz überwiegend sind die Personen mit ausländischen Wurzeln dabei gemeinsam mit einheimischen Mitgliedern aktiv. Durch die Partizipation in Vereinen können sie so auch wichtige soziale Kontakte knüpfen.
  Die *politische Partizipation* der Zuwanderer erscheint kaum niedriger als in der einheimischen Vergleichsgruppe, allerdings wiederum mit steigender Tendenz im Generationenvergleich. Es zeigen sich keine auffälligen Herkunftsgruppenunterschiede. Wichtigstes Ergebnis zu diesem Themenkreis ist, dass die Bereitschaft, sich in Deutschland auch politisch zu engagieren, durchaus vorhanden ist. Es kommt darauf an, Angebote zu schaffen und die Zuwanderer zur Beteiligung einzuladen.

- Die Mehrthemenbefragung bot die Gelegenheit, subjektive Eindrücke zu *Zugehörigkeit*, *Akzeptanz* und möglicher *Benachteiligung* zu erfassen. Die große Mehrheit der befragten Zuwanderer fühlt sich Deutschland zugehörig. Das Zugehörigkeitsgefühl der türkischstämmigen Befragten ist allerdings geringer. Insbesondere die erste Generation aus der Türkei und Italien fühlten sich zu einem beachtlichen Anteil nicht willkommen, als sie nach Deutschland zuwanderten. Die Einschätzung der Benachteiligung der eigenen Herkunftsgruppe ist vor allem in der Gruppe türkischstämmiger Zuwanderer bedenklich hoch. Bei allen Herkunftsgruppen bleibt die allgemeine Wahrnehmung von Benachteiligung über die Generationen hinweg relativ stabil. Anders bei den persönlichen Erfahrungen direkter Diskriminierung, hier ist eine Abnahme über die Generationen erkennbar. Eine erneute Ausnahme stellen hier allerding die Personen mit türkischen Wurzeln dar, diese Gruppe berichtet über alle drei Generation hinweg deutlich häufiger von Diskriminierungserfahrungen als die anderen Herkunftsgruppen.
  Hinsichtlich der Identifikation mit dem Herkunftsland *und* mit Deutschland wurde zwischen vier Formen der Identifikation unterschieden: *Integration* geht einher mit hoher Identifikation mit beiden Ländern; *Assimilation* ist verbunden mit hoher Identifikation mit Deutschland und geringer Identifikation mit dem Herkunftsland; *Segregation* be-

tont die hohe Identifikation mit dem Herkunftsland und eine geringe mit Deutschland; und *Marginalisierung* ergibt sich aus den geringen Identifikationen mit beiden Ländern. Bei den türkischstämmigen Zuwanderern dominiert die Integration, also die Identifikation mit beiden Kontexten, auch in den Folgegenerationen. Segregation hat von der ersten zur zweiten Generation deutlich abgenommen. Auch die Marginalisierung ist im Generationenvergleich stark rückläufig. Die italienischen und ehemals jugoslawischen Herkunftsgruppen sind durch Integration und vor allem in der dritten Generation durch Assimilation zu beschreiben. Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen identifizieren sich bereits in der ersten Generation vor allem mit Deutschland und kaum mehr mit ihren Herkunftsländern. Bei der italienischen, der ehemals sowjetischen und der polnischen Herkunftsgruppe ist allerdings die Marginalisierung im Generationenvergleich angestiegen.

- *Transnationale Kontakte* in die Herkunftsländer sind in allen Herkunftsgruppen noch vorhanden, allerdings mit sehr großen Unterschieden. Die Herkunftsgruppen aus Südeuropa haben deutlich mehr Verbindungen in ihre Herkunftsländer als die Zuwanderer aus Osteuropa. Reisen in das Herkunftsland finden auch in der zweiten Generation noch bei relativen vielen befragten Personen statt, als hauptsächlicher Grund werden in der ersten Generation Familienbesuche, in der zweiten Generation Urlaub genannt. Finanzielle Transfers zu Verwandten oder Freunden in den Herkunftsländern (remittances) spielen vor allem in der ersten Generation eine Rolle.

In den vertiefenden Analysen (Kapitel III) wurden einige viel diskutierte und unter Integrationsgesichtspunkten besonders interessante Fragen aufgegriffen. Hier bestätigen sich viele Befunde, die sich in Kapitel II bereits abgezeichnet haben, es zeigen sich aber auch differenziertere Muster. So verdeutlichen die Analysen zur *Entwicklung des sozialen Kapitals* im Generationenverlauf, dass Integration bei allen Herkunftsgruppen stattfindet: In der Generationenfolge können die Befragten auf mehr Unterstützung zurückgreifen und der Anteil der Personen ohne unterstützende Kontakte sinkt deutlich. Es gibt jedoch unterschiedliche Entwicklungslinien, so variiert die Quelle der Unterstützung zwischen den Herkunftsgruppen. Die Türkischstämmigen greifen offenbar viel stärker auf Angehörige der eigenen ethnischen Gruppe zurück und finden seltener als andere Herkunftsgruppen Unterstützungspotenzial außerhalb.

Eingehender untersucht wurde darüber hinaus das Thema *Partizipation*. Eine rege Beteiligung am Vereinsleben und an politischen Wahlen kann als ein Indikator für eine Hinwendung zum Aufnahmeland gesehen werden. Dabei stellt sich allerdings die Frage, ob die Beteiligung in Vereinigungen, die überwiegend von Personen mit ausländischen Wurzeln besucht werden, ähnlich zu bewerten ist wie die Beteiligung in Vereinen, die überwiegend von Personen ohne ausländische Wurzeln besucht werden. Auch diesbezüglich zeigen sich erneut Hinweise auf eine gewisse Sonderstellung türkischstämmiger Zuwanderer. Diese partizipieren zwar insgesamt nicht seltener in Vereinen als andere Herkunftsgruppen, bei ihnen findet diese Partizipation aber häufiger in ethnischen Vereinigungen statt. Auch hier stellt sich wieder die Frage, ob beide Formen der Integration – die in ethnische Netzwerke bzw. in Netzwerke des Aufnahmelandes – ähnliche Folgen für die Integration in andere Bereiche hat. Tatsächlich zeigen die Daten, dass nur die Teilnahme an einheimischen Vereinigungen mit einer stärkeren Hinwendung zum politischen System des Aufnahmelandes einhergeht, dies gilt zumindest für den Indikator Wahlabsicht. Es zeigt sich aber auch, dass türkischstämmige Einwanderer bei ansonsten gleichen Bedingungen *stärker* als andere Herkunftsgruppen daran interessiert sind, sich an Wahlen zu beteiligen.

Auch die *Identifikation* mit Deutschland erfolgt bei den Türkischstämmigen deutlich seltener in Form der Assimilation, d.h. der Identifikation mit dem Aufnahmeland bei gleichzeitiger Abkehr von der Herkunftsgesellschaft. Insgesamt zeigt diese Gruppe in der zweiten und dritten Generation eine etwas geringere Identifikation mit dem Aufnahmeland als die meisten anderen Herkunftsgruppen – gleiches gilt im Übrigen für die Personen mit italienischen Wurzeln. Weitergehende Analysen bestätigen, dass sich unter sonst gleichen Umständen Türkisch- und Italienischstämmige seltener überwiegend mit Deutschland und nicht mit dem Herkunftsland identifizieren, dies gilt vor allem dann, wenn als Vergleichsgruppe die Einwanderer aus Polen bzw. dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion herangezogen werden. Die hohen Werte bei den letztgenannten Gruppen sind vermutlich darauf zurückzuführen, dass viele Angehörige deutsche Wurzeln haben. Für alle Gruppen gilt, dass es einen starken negativen Zusammenhang zwischen Ausgrenzungserfahrung und der Identifikation mit Deutschland gibt. Die Loslösung von der eigenen ethnischen Gruppe und stärkere Identifikation mit just dem Kontext, der als ausgrenzend erlebt wird, kann das Risiko mit sich bringen, letztlich zu keiner Gruppe wirklich dazuzugehören. Daher verwundert es nicht, dass die Existenz einheimischer Freunde den Zusammenhang von Identi-

fikation und Diskriminierungserfahrungen teilweise aufhebt bzw. abmildert: Wer einheimische Freunde hat, kann sich offenbar auch dann mit Deutschland identifizieren, wenn er oder sie sich bisweilen bei Behördengängen oder im Alltag diskriminiert fühlt.

Welche resümierenden Schlussfolgerungen können nun aus den vorgelegten Analysen hinsichtlich der Integration der größten Zuwanderergruppen in Baden-Württemberg gezogen werden? Zunächst einmal deuten, abgesehen von wenigen Ausnahmen, alle Indikatoren im Generationenvergleich darauf hin, dass die soziale Einbindung in die deutsche Gesellschaft ansteigt. Integration benötigt Zeit, aber für die große Mehrheit ist sie mit sozialen Beziehungen zu Personen ohne ausländische Wurzeln und mit einer hohen Identifikation mit dem Aufnahmeland verbunden. Segregation und Marginalisierung sind relativ selten, verdienen aber weiterhin integrationspolitische Aufmerksamkeit.

Allerdings zeigen sich Unterschiede zwischen den betrachteten Indikatoren und Gruppen. So zeichnet sich im Bereich der Sprache und der sozialen Kontakte ein besonders klares Bild einer zunehmenden Annäherung an die Einheimischen ab: Die dritte Generation hat mehr deutsche Freunde, verbringt mehr Zeit mit Einheimischen, identifiziert sich stärker mit dem Zielland, fühlt sich weniger ausgegrenzt. Auch die Bindungen an das Herkunftsland, gemessen etwa über die Reisen dorthin, nehmen im Generationenverlauf ab. In anderen Bereichen ist das Bild weniger eindeutig. Geschlechtsrollenorientierungen, religiöse Bindungen und die wahrgenommene Vereinbarkeit der Kultur von Herkunfts- und Zielland – also der ganze Bereich der Einstellungen, Normen und Werte – widersetzen sich dem generationalen Wandel sehr viel stärker. Dies hat vermutlich viel damit zu tun, dass dieser Bereich innerhalb der Familie oft „verteidigt“ und stabilisiert wird. Hinweise auf eine Abkehr von Deutschland oder eine zunehmende Distanz zwischen den Wertorientierungen von Personen mit und ohne ausländische Wurzeln lassen sich allerdings an keiner Stelle des Berichts finden.

Inwieweit unterscheiden sich die in Baden-Württemberg lebenden Migrantinnen und Migranten auf der Grundlage ihrer jeweiligen Herkunft?

- Die *Gruppe der Türkischstämmigen* zeichnet sich in einigen Dimensionen durch eine größere Differenz zu den anderen Herkunftsgruppen aus. Die Werte-Distanz scheint für sie größer, bei zugleich hoher Verbreitung einer gleichzeitigen Identifikation mit dem Herkunfts- und Zuwanderungsland und bei anhaltenden Bindungen an die eigene Her-

kunftsgruppe auch in den Folgegenerationen, etwa im Bereich der Sprache. Hinweise auf eine Marginalisierung oder Abschottung lassen sich aber keine finden. Die Türkischstämmigen weisen allerdings von allen Gruppen am ehesten ein „besonderes" Integrationsmuster auf. Was dieses auszeichnet ist auch, dass bestimmte Formen der Teilhabe – politische Partizipation, soziale Unterstützung, Identifikation mit dem Aufnahmeland – für diese Gruppe offenbar über einen anderen Weg erfolgen als für andere hier betrachtete Gruppen, der beispielsweise das Festhalten an der Sprache des Herkunftslands ermöglicht und sinnvoll erscheinen lässt. Es finden sich Hinweise darauf, dass Integration hier stärker innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe und weniger über eine zunehmende Bindung an das Aufnahmeland bei nachlassender Bindung an das Herkunftsland stattfindet. Inwieweit dieser Befund auf andere Bereiche übertragen werden kann, bleibt abzuwarten. Bisherige Forschungsarbeiten deuten eher darauf hin, dass gerade Türkischstämmige in zentralen Lebensbereichen, wie dem Bildungssystem und dem Arbeitsmarkt, kaum von ihren ethnischen Netzwerken profitieren (vgl. Kalter 2006). Möglicherweise stellt sich die Lage aber anders dar, wenn Indikatoren für andere Bereiche betrachtet werden.

- Italienischstämmige, vor allem aber die Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien, zeigen im Generationenverlauf eine in vielen Bereichen fast linear zunehmende Ähnlichkeit mit den Einheimischen. Zu diesem Grundmuster gibt es allerdings wichtige Ausnahmen, die leicht aus dem Blick geraten, wenn man an das Thema Integration mit der Vorannahme herangeht, dass diese einen Automatismus darstellt. Die Italienischstämmigen weisen im Bildungsbereich immer noch einen deutlichen Abstand zu den Einheimischen auf und auch in der zweiten und dritten Generation finden sich hier weniger Personen mit höheren Bildungsabschlüssen als bei den Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien. Auch im Bereich der politischen Partizipation fallen die Personen mit italienischen Wurzeln, mit ihrem vergleichsweise geringen Interesse an der Beteiligung an Wahlen in Deutschland, aus dem Rahmen. Die zweite und dritte italienischstämmige Generation ist zu einem höheren Anteil als die Angehörigen anderer Herkunftsgruppen in binationalen Elternhäusern aufgewachsen, zeigen aber ein anhaltend hohes Interesse am Herkunftsland, dies äußert sich etwa im Festhalten am italienischen Pass oder das hohe Interesse an der Weitergabe der italienischen Sprache an ihre Kinder. Ein wichtiger Unterschied zwischen den Zuwanderern aus dem

Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens und denen aus Italien besteht darin, dass sich die allermeisten Einwanderer aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens von Anfang an in Deutschland willkommen gefühlt haben, während dies für immerhin ein Fünftel der Zuwanderer aus Italien nicht der Fall war. Im Hinblick auf andere Aspekte von Integration, etwa dem Bereich der Sprachverwendung und -kompetenz, ähneln die Italienischstämmigen allerdings mehr den Zuwanderern aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens, die im Generationenverlauf das wohl klarste Muster zunehmender Integration zeigen.

- *Zuwanderer aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen* zeigen bereits in der ersten Generation viel Ähnlichkeit mit den Einheimischen, was schon damit beginnt, dass in der zweiten Generation fast alle deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger sind. Allerdings ist nur eine Minderheit von ihnen ausschließlich deutschsprachig aufgewachsen und ein vergleichsweise hoher Anteil spricht innerhalb der Familie und des Freundeskreises weiterhin auch die Herkunftssprache. Im Bereich der Werte nimmt die zweite polnischstämmige Generation eine deutlich stärkere Vereinbarkeit zwischen den Werten des Herkunftslandes und Deutschland wahr als die Nachkommen der Einwanderer aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. In vielen anderen Bereichen verfügen diese beiden Gruppen – die, nicht zu vergessen, eine völlig andere Migrationsgeschichte nach Deutschland aufweisen – über viel Ähnlichkeit zu Zuwanderern aus Italien und dem ehemaligen Jugoslawien.

Wenngleich auch dieser Bericht mit dem Verweis auf ungeklärte Fragen und weiteren Forschungsbedarf abschließt, gibt es insgesamt betrachtet durchaus begründeten Anlass für Optimismus. Die in Baden-Württemberg lebenden selbst zugewanderten Personen und ihre Nachkommen sind angekommen und in vielen Bereichen wie der Sprache, der sozialen Kontakte, dem Zugehörigkeitsgefühl und der Erfahrungen von Ausgrenzung im Alltag wird die Differenzierung zwischen Einheimischen und Zugewanderten immer unschärfer. Die dritte Generation dürfte bei einigen der betrachteten Gruppen vermutlich die letzte sein, die sich in Befragungen noch sinnvoll identifizieren und abgrenzen lässt. Dennoch gibt es auch hier spezifische Bereiche, in denen eine gezielte Integrationspolitik weiterhin gefragt ist. Warum etwa sind immer noch so viele hier geborene und aufgewachsene Personen mit ausländischen Wurzeln rechtlich Ausländer und nicht Deutsche? Könnte hier die

generelle Akzeptanz doppelter Staatsbürgerschaft eine stärkere Bindung an Deutschland bewirken? Warum fühlt sich rund ein Drittel der in Deutschland geborenen Türkischstämmigen in Deutschland nicht willkommen? Wie können die für den Bildungs- und Arbeitsmarkterfolg so wichtigen deutschen Sprachkenntnisse noch gezielter gefördert werden, und wie kann dabei der Wunsch nach Beibehaltung der Herkunftssprache berücksichtigt werden? Warum hält ein Drittel der in Deutschland Geborenen, deren Eltern aus der ehemaligen Sowjetunion zugewandert sind, die Werte der Einheimischen mit den Werten von Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion für nicht vereinbar? Wie kann die stärkere Einschätzung der Unvereinbarkeit der Werte von Personen mit und ohne ausländische Wurzeln, insbesondere auf Seiten der Einheimischen, reduziert werden? Und könnte darin der Schlüssel liegen, um das Gefühl der Benachteiligung auf Seiten der Personen mit ausländischen Wurzeln nachhaltig zu reduzieren? Wie können in einem christlich geprägten Land die Interessen von Angehörigen anderer Religionen stärker berücksichtigt werden? Kann konfessioneller Religionsunterricht für nicht-christliche Schülerinnen und Schüler deren Integrationserfolg unterstützen? Warum wollen 40 Prozent der Italienerinnen und Italiener in der zweiten Generation in Deutschland nicht wählen gehen, selbst wenn sie wahlberechtigt wären? Diese Fragen zeigen, dass Integrationspolitik sich nicht auf eine Gruppe, einen Bereich oder einen Weg zur Integration festlegen, sondern ein offenes Ohr auch für solche Probleme und Herausforderungen haben sollte, die unerwartet und im Schatten der oft lauten und oberflächlichen gesellschaftlichen und medialen Debatten auftreten.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Staatsbürgerschaft und Einbürgerungserwägung (in Prozent) 25
Abbildung 2: Einbürgerung innerhalb der nächsten zwei Jahre (in Prozent) 27
Abbildung 3: Auswanderungsabsicht (in Prozent) 30
Abbildung 4: Schulische Bildungsabschlüsse (in Prozent) 34
Abbildung 5: Wichtigkeit der schulischen Bildung für die Eltern der Befragten (in Prozent) 36
Abbildung 6: Höchster beruflicher Bildungsabschluss (in Prozent) 38
Abbildung 7: Berufliche Stellung in derzeitiger bzw. letzter Erwerbstätigkeit (in Prozent) 39
Abbildung 8: Berufsprestigeskala „Autonomie des Handelns“ (Mittelwerte) 41
Abbildung 9: Abstände der Frauen auf der Berufsprestigeskala zu den Werten der Männer 42
Abbildung 10: Als Kind erlernte Sprache (in Prozent) 45
Abbildung 11: Wichtigkeit der Herkunftssprache für eigene Kinder (in Prozent) 46
Abbildung 12: Selbsteinschätzung der Deutschkenntnisse (in Prozent) 48
Abbildung 13: Selbsteinschätzung Sprachkenntnisse der Herkunftslandsprache (in Prozent) 49
Abbildung 14: Sprachverwendung zu Hause (in Prozent) 50
Abbildung 15: Sprachverwendung mit Freunden (in Prozent) 51
Abbildung 16: Vereinbarkeit der Werte von Einheimischen und Personen mit ausländischen Wurzeln (in Prozent) 54
Abbildung 17: Zustimmung zur Geschlechtergleichstellung (Gender Equality Scale) 55
Abbildung 18: Abstände der Frauen auf der Gender Equality Scale zu den Werten der Männer 56
Abbildung 19: Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaft (in Prozent) 58
Abbildung 20: Besuche von Gottesdiensten oder anderen religiösen Veranstaltungen (in Prozent) 60
Abbildung 21: Selbsteinschätzung der Religiosität (Mittelwerte) 62
Abbildung 22: Einschätzung der Haltung gegenüber Muslimen in Deutschland (Mittelwert) 63
Abbildung 23: Meinung zu nicht-christlichem Religionsunterricht (in Prozent) 64
Abbildung 24: Kontakt zu Einheimischen in der Nachbarschaft (in Prozent) 67
Abbildung 25: Migrationshintergrund von Partnerin bzw. Partner (in Prozent) 68
Abbildung 26: Migrationshintergrund von Freizeitkontakten (in Prozent) 69
Abbildung 27: Sozialkapital – Möglichkeit sich privat größere Summe Geld zu leihen (in Prozent) 71
Abbildung 28: Sozialkapital – Möglichkeit sich privat Rat bei rechtlichen Fragen einzuholen (in Prozent) 72
Abbildung 29: Aktive Vereinspartizipation (in Prozent) 74

Abbildung 30: Vereinspartizipation nach Mitgliederstruktur (in Prozent) 75
Abbildung 31: Bereitschaft zur Teilnahme an einer Bundestagswahl (in Prozent) 77
Abbildung 32: Für Migrantinnen und Migranten ist Deutschland ein einladendes Land (in Prozent) 82
Abbildung 33: Bei Ankunft in Deutschland willkommen gefühlt (in Prozent) 83
Abbildung 35: Benachteiligung in alltäglichen Situationen (in Prozent) 86
Abbildung 36: Benachteiligung bei der Suche nach einer Arbeitsstelle (in Prozent) 87
Abbildung 37: Benachteiligung bei der Wohnungssuche (in Prozent) 88
Abbildung 38: Benachteiligung im Kontakt mit einer deutschen Behörde (in Prozent) 88
Abbildung 39: Zugehörigkeitsgefühl zum Herkunfts- und Aufnahmeland (in Prozent) 91
Abbildung 40: Besitz einer Immobilie im Herkunftsland (in Prozent) 95
Abbildung 41: Aufenthalt im Herkunftsland im letzten Jahr (in Prozent) 95
Abbildung 42: Finanzielle Unterstützung von Personen im Herkunftsland (in Prozent) 98
Abbildung 43: Quelle des rechtlichen Rats im Generationenvergleich (in Prozent) 104
Abbildung 44: Stärkere Zugehörigkeit zu Deutschland als zu Herkunftsland (in Prozent) 120
Abbildung 45: Persönliche Benachteiligungserfahrung, Zugehörigkeitsgefühl mit Deutschland und Vorhandensein einheimischer Freunde 124

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Überblick über die drei Generationen mit ausländischen Wurzeln 15
Tabelle 2: Generationen nach Herkunftsland (in Prozent; Fallzahl in Klammern) 16
Tabelle 3: Zuwanderungsgründe der ersten Generation (Mehrfachantworten; in Prozent) 19
Tabelle 4: Merkmale der Befragten (in Prozent, soweit nicht anders angegeben) 21
Tabelle 5: Gründe gegen eine Einbürgerung (in Prozent) 28
Tabelle 6: Aktive Vereinspartizipation nach Vereinsart und Herkunftsgruppe (in Prozent) 74
Tabelle 7: Aktive Vereinspartizipation nach Vereinsart und Generation (in Prozent) 75
Tabelle 8: Politische Partizipation nach Herkunftsgruppen (in Prozent) 79
Tabelle 9: Subjektive Gründe für erlebte Benachteiligung 89
Tabelle 10: Typologie der Identifikation mit Herkunfts- und Aufnahmeland 90
Tabelle 11: Identifikative Integration und Gefühl der Zerrissenheit (in Prozent) 92
Tabelle 12: Grund für Aufenthalt im Herkunftsland 96
Tabelle 13: Merkmale sozialer Einbettung 105
Tabelle 14: Rat bei rechtlichen Fragen (Ergebnis der multinomialen logistischen Regression) ... 107
Tabelle 16: Teilnahme an Bundestagswahl (Ergebnisse einer logistischen Regression) 113
Tabelle 17: Bereitschaft zum politischen Engagement und Vereinspartizipation (in Prozent) 116
Tabelle 18: Bereitschaft zum politischen Engagement und persönliche Ansprache (in Prozent) .. 116
Tabelle 19: Wahrgenommene Benachteiligung nach Herkunftsgruppen (Mittelwerte) 120
Tabelle 20: Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland (Ergebnis der logistischen Regression) 122

Literaturverzeichnis

Alba, R., J. Handl & W. Müller, 1994: Ethnische Ungleichheit im deutschen Bildungssystem. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46: 209–237.

Alscher, M., D. Dathe, E. Priller & R. Speth, 2009: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Berlin: BMFSFJ.

Auspurg, K. & T. Hinz, 2011: Gruppenvergleiche bei Regressionen mit binären abhängigen Variablen – Probleme und Fehleinschätzungen am Beispiel von Bildungschancen im Kohortenverlauf. Zeitschrift für Soziologie 40: 62–73.

Auspurg, K., T. Hinz & L. Schmid, 2011: Contexts and Conditions of Ethnic Discrimination: Evidence from a Field Experiment in German Housing Markets. Konstanz: Working Paper 01-2011 DFG-Projekt "Ethnical Discrimination in the German Housing Market – Prevalence, Determinants, and the Contribution to Residential Segregation."

Bauböck, R., 2006: Migration und politische Beteiligung: Wahlrechte jenseits von Staatsgebiet und Staatsangehörigkeit. S. 209–223 in: M. Oberlechner (Hrsg.), Die missglückte Integration? Wege und Irrwege in Europa. Wien: Braumüller.

Baumert, J. & G. Schümer, 2001: Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb. S. 159–202 in: Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.), PISA 2000 : Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.

Becker, B., 2010: Bildungsaspirationen von Migranten. Determinanten und Umsetzung in Bildungsergebnisse. Working Paper Nr. 136. Mannheim: Zentrum für europäische Sozialforschung.

Belli, R., M. Traugott, M. Young & K. McGonale, 1999: Reducing Vote Overreporting in Surveys: Social Desirability, Memory Failure, and Source Monitoring. Public Opinion Quarterly 63: 90–108.

Berry, J., 1990: Psychology of Acculturation. Understanding Individuals Moving Between Cultures. S. 232–253 in: R.W. Brislin (Hrsg.), Applied Cross-Cultural Psychology. Newbury Park: Sage.

Best, H. & C. Wolf, 2010: Logistische Regression. S. 827–854 in: C. Wolf & H. Best (Hrsg.), Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bohne, M., 2010: Nichtwähler in Deutschland – Analyse und Perspektiven. Zeitschrift für Politikberatung 3: 253–265.

Bos, W., S. Hornberg, K.-H. Arnold, G. Faust, L. Fried, E.-M. Lankes, K. Schwippert & R. Valtin (Hrsg.), 2007: IGLU 2006. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster: Waxmann.

Brady, H., S. Verba & K. Schlozman, 1995: Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. American Political Science Review 89: 271–294.

Brücker, H., 2013: Auswirkungen der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Constant, A. & K. Zimmermann, 2008: Measuring Ethnic Identity and its Impact on Economic Behavior. Journal of the European Economic Association 6: 424–433.

Cyrus, N., 2005: Active Civic Participation of Immigrants in Germany. Oldenburg: Universität Oldenburg.

Diehl, C., 2004: Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahmeland? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen. S. 231–250 in: A. Klein, K. Kern, B. Geißel & M. Berger (Hrsg.), Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Diehl, C. & P. Fick, 2012: Deutschsein auf Probe. Der Umgang deutsch-türkischer junger Erwachsener mit dem Optionsmodell. Soziale Welt 63: 339-360.

Diehl, C. & M. Koenig, 2009: Religiosität türkischer Migranten im Generationenverlauf. Ein Befund und einige Erklärungsversuche. Zeitschrift für Soziologie 38: 300–319.

Diehl, C., M. Friedrich & A. Hall, 2009: Jugendliche ausländischer Herkunft beim Übergang in die Berufsausbildung: Vom Wollen, Können und Dürfen. Zeitschrift für Soziologie 38: 48–67.

Diehl, C. & R. Schnell, 2006: "Reactive Ethnicity" or "Assimilation"? Statements, Arguments, and First Empirical Evidence for Labor Migrants in Germany. International Migration Review 40: 786–816.

Dollmann, J., 2010: Türkischstämmige Kinder am ersten Bildungsübergang. Primäre und sekundäre Herkunftseffekte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Esser, H., 2006: Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten. Frankfurt am Main: Campus.

Fennema, M. & J. Tillie, 2001: Civic Community, Political Participation and Political Trust of Ethnic Groups. Connections 24: 26–41.

Gallego, A., 2007: Unequal Political Participation in Europe. International Journal of Sociology 37: 10–25.

Gallego, A., 2009: Where else does Turnout Decline Come From? Education, Age, Generation and Period Effects in Three European Countries. Scandinavian Political Studies 32: 23–44.

Geißler, R., 2014: Die Sozialstruktur Deutschlands. Wiesbaden: Springer VS.

Gonzalez-Ferrer, A., 2006: Who do Immigrants Marry? Partner Choice Among Single Immigrants in Germany. European Sociological Review 22: 171–185.

Graubard, B. & E. Korn, 1999: Predictive Margins with Survey Data. Biometrics 55: 652–659.

Halisch, J. & A. Wüst, 2013: Der Weg zum Pass. Stuttgart: Ministerium für Integration Baden-Württemberg.

Han, P., 2005: Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle, Fakten, politische Konsequenzen. Stuttgart: Lucius & Lucius.

Hans, S., 2010: Assimilation oder Segregation? Anpassungsprozesse von Einwanderern in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Heath, A. & N. Demireva, 2014: Has Multiculturalism Failed in Britain? Ethnic and Racial Studies 37: 161–180.

Hoffmeyer-Zlotnik, J., 2003: "Stellung im Beruf" als Ersatz für eine Berufsklassifikation zur Ermittlung von sozialem Prestige. ZUMA-Nachrichten 27: 114–127.

Huckfeldt, R., 2001: The Social Communication of Political Expertise. American Journal of Political Science 45: 425–438.

Hunkler, C., 2008: Diskriminierung im Arbeitsmarkt. Ein Test der Frame-Selektionstheorie. Saarbrücken: VDM.

Inglehart, R. & P. Norris, 2005: Rising Tide. Gender Equality and Cultural Change around the World. New York: Cambridge University Press.

Kaas, L. & C. Manger, 2010: Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market: A Field Experiment. IZA Discussion Paper No. 4741.

Kalter, F. 2006: Auf der Suche nach einer Erklärung für die spezifischen Arbeitsmarktnachteile von Jugendlichen türkischer Herkunft. Zeitschrift Für Soziologie, 35: 144–160.

Kalter, F., 2007: Ethnische Kapitalien und der Arbeitsmarkterfolg Jugendlicher türkischer Herkunft. S. 393–417 in: M. Wohlrab-Sahr & L. Teczan (Hrsg.), Konfliktfeld Islam in Europa. Soziale Welt, Sonderband. Baden-Baden: Nomos.

Kristen, C., 2008: Schulische Leistungen von Kindern aus türkischen Familien am Ende der Grundschulzeit. Befunde aus der IGLU-Studie. S. 230–251 in: F. Kalter (Hrsg.), Migration und Integration. KZfSS Sonderheft 48. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kristen, C. & J. Dollmann, 2009: Sekundäre Effekte der ethnischen Herkunft: Kinder aus türkischen Familien am ersten Bildungsübergang. S. 205–229 in: J. Baumert, K. Maaz & U. Trautwein (Hrsg.), Bildungsentscheidungen. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft Sonderheft 12. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kühnel, S. & D. Krebs, 2010: Multinomiale und ordinale Regression. S. 855–886 in: C. Wolf & H. Best (Hrsg.), Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Long, J., 1997: Regression Models for Categorical and Limited Dependent Variables. London: SAGE Publication Ltd.

Martinovic, B. & M. Verkuyten, 2012: Host National and Religious Identification Among Turkish Muslims in Western Europe: The Role of Ingroup Norms, Perceived Discrimination and Value Incompatibility. European Journal of Social Psychology 42: 893–903.

McClurg, S., 2003: Social Networks and Political Participation: The Role of Social Interaction in Explaining Political Participation. Political Research Quarterly 56: 449–464.

Müssig, S. & S. Worbs, 2012: Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Working Paper 46. Nürnberg: BAMF.

Mutz, D., 2002: The Consequences of Cross-Cutting Networks for Political Participation. American Journal of Political Science 46: 838–855.

Nauck, B., 2007: Immigrant Families in Germany. Family Change Between Situational Adaption, Acculturation, Segregation and Remigration. Zeitschrift für Familienforschung 19: 34–54.

Nauck, B., A. Kohlmann & H. Diefenbach, 1997: Familiäre Netzwerke, intergenerative Transmission und Assimilationsprozesse bei türkischen Migrantenfamilien. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49: 477–499.

Portes, A. & R. Rumbaut, 2001: Legacies: The Story of the Immigrant Second Generation. Berkeley: University of California Press.

Ramos, M., C. Cassidy, S. Reicher & S. Haslam, 2012: A Longitudinal Investigation of the Rejection-Identification Hypothesis. British Journal of Social Psychology 51: 642–660.

Röder, A. & P. Mühlau, 2011: Discrimination, Exclusion and Immigrants' Confidence in Public Institutions in Europe. European Societies 13: 535–557.

Schroedter, J. & F. Kalter, 2008: Binantionale Ehen in Deutschland. Trends und Mechanismen der sozialen Assimilation. S. 351–379 in: F. Kalter (Hrsg.), Migration und Integration. KZfSS Sonderheft 48. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schwippert, K., W. Bos & E.-M. Lankes, 2003: Heterogenität und Chancengleichheit am Ender der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich. S. 265–302 in: W. Bos, E.-M. Lankes, M. Prenzel, K. Schwippert, G. Walther & R. Valtin (Hrsg.), Erste Ergebnisse aus IGLU. Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich. Münster: Waxmann.

Skrobanek, J., 2009: Perceived Discrimination, Ethnic Identity and the (Re-)Ethnicisation of Youth with a Turkish Ethnic Background in Germany. Journal of Ethnic and Migration Studies 35: 535–554.

Sprietsma, M., 2013: Discrimination in Grading? Experimental Evidence from Primary School. Empirical Economics 45: 523–538.

Stanat, P., J. Baumert & R. Watermann, 2006: Schulleistungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund: Die Rolle der Zusammensetzung der Schülerschaft. S. 189–219 in: J. Baumert, P. Stanat & R. Watermann (Hrsg.), Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Statistisches Bundesamt, 2012: Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden: StBA.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2013: Indikatoren zum Thema Fläche, Bevölkerung. Stuttgart: StaLA.

Verba, S., N. Nie & J. Kim, 1971: The Modes of Democratic Participation. Beverly Hills: Sage.

Weinmann, M., 2013: Potenzial für Bundestagswahlen: Politische Partizipation von Drittstaatsangehörigen. Berlin: SVR.

Wüst, A., 2002: Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Wüst, A., 2004: Naturalised Citizens as Voters: Behaviour and Impact. German Politics 13: 341–359.

Wüst, A., 2006: Wahlverhalten und politische Partizipation von Migranten. Der Bürger im Staat 56: 228–234.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Ministerium für Integration
Baden-Württemberg
Thouretstr. 2
70173 Stuttgart
www.integrationsministerium-bw.de

VERFASSER
Prof. Dr. Claudia Diehl, Prof. Dr. Thomas Hinz,
Patrick Fick, Thomas Wöhler

Unter Mitarbeit von: Sven Kristen, Anna Stein,
Wiebke von Wietersheim

Universität Konstanz
Fachbereich Geschichte und Soziologie,
Fach Soziologie
Universitätsstr. 10
78464 Konstanz

UMSCHLAGGESTALTUNG
freelance project gmbh
Silberburgstr.112
70176 Stuttgart
www.freelance-project.de

SATZ UND DRUCK:
ASTERION Germany GmbH
Heidelberger Straße 59
68519 Viernheim

1. Auflage, Stand Oktober 2014, 1.500 Exemplare

Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR INTEGRATION